



ZMS BW

Zentrum für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Was bleibt von der Zeitenwende in den Köpfen?

Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild
in der Bundesrepublik Deutschland 2023

Timo Graf

Forschungsbericht 136

2024

Impressum

Herausgeber: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Verantwortlich für den Inhalt ist der Autor

Anschrift: Zeppelinstraße 127/128, Potsdam 14471

Tel.: 0331 9714 404

timograf@bundeswehr.org

www.zms.bundeswehr.de

© ZMSBw 2024

Projektnummer: 7141-03

ISBN: 978-3-941571-58-7

URN: [urn:nbn:de:kobv:po79-opus4-7248](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:po79-opus4-7248)

DOI: [10.48727/opus4-724](https://doi.org/10.48727/opus4-724)

Inhaltsverzeichnis

1	Executive Summary	5
2	Sicherheits- und Bedrohungswahrnehmungen.....	6
3	Russlandbild und militärische Unterstützung für die Ukraine	12
4	Verteidigungsausgaben und Personalumfang	20
5	Landes- und Bündnisverteidigung	25
6	Wehrdienst und Verteidigungsbereitschaft	31
7	Öffentliche Wahrnehmung und Akzeptanz der Bundeswehr	36
8	Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr.....	50
9	Aufgaben und Einsätze der Bundeswehr.....	61
10	Außenpolitische Einstellungen	76
11	Europäische Verteidigungszusammenarbeit	87
12	Fazit.....	89
13	Methodologie.....	92

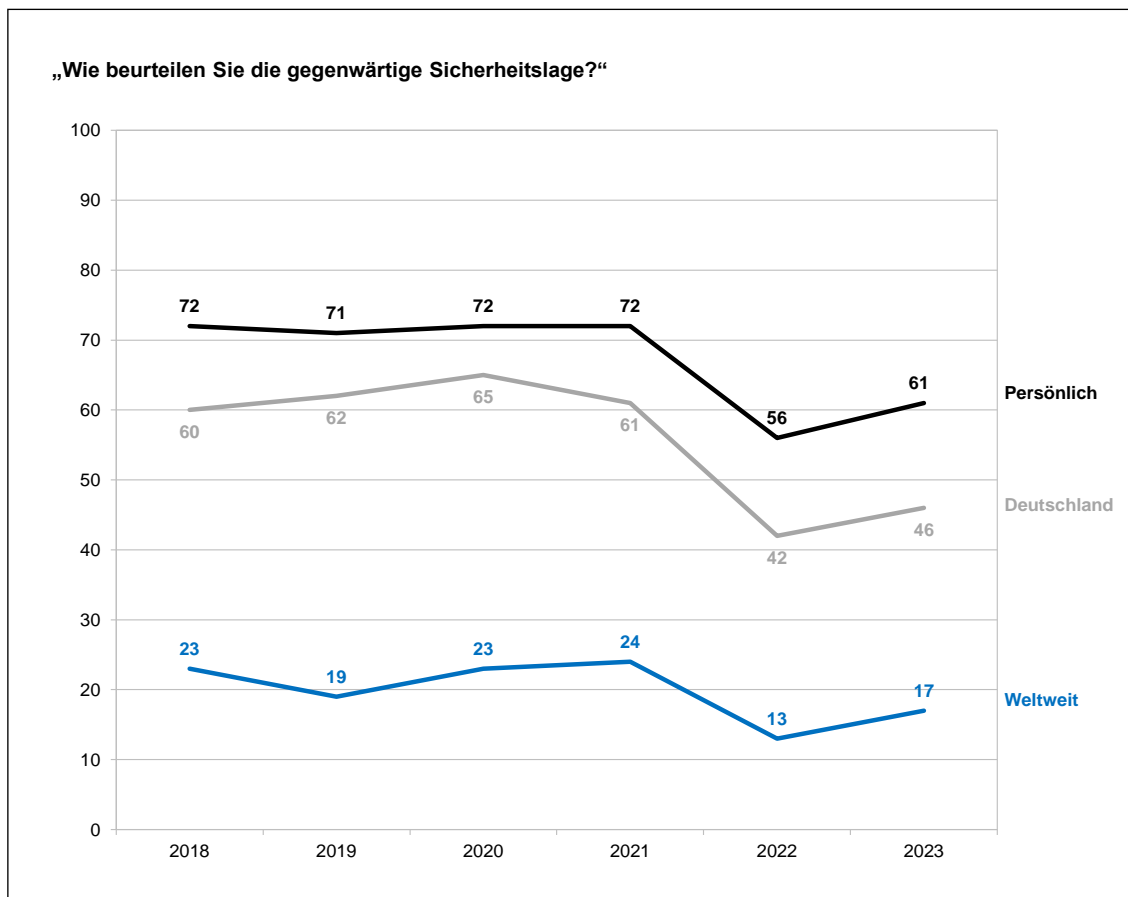
1 Executive Summary

- Die Daten der diesjährigen ZMSBw-Bevölkerungsbefragung wurden vom 19. Juni bis 23. Juli 2023 erhoben. Befragt wurden 2.211 Bürgerinnen und Bürger. Die Stichprobe ist repräsentativ für die in Privathaushalten lebende deutschsprachige Bevölkerung ab 16 Jahren (Abschnitt 13).
- Nach dem starken Einbruch 2022 hat sich das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger insgesamt leicht verbessert. Das Bedrohungsgefühl durch einen Krieg in Europa ist deutlich zurückgegangen (34 Prozent; -11 Prozentpunkte), aber die Sorge vor Spannungen zwischen dem Westen und Russland (55 Prozent) bleibt groß. Wie im Vorjahr fühlen sich die meisten Befragten durch die Inflation bedroht (75 Prozent). Stark zugenommen hat das Gefühl der Bedrohung durch Zuwanderung nach Deutschland (51 Prozent; +12 Prozentpunkte; Abschnitt 2).
- Russland wird weiterhin von einer großen Mehrheit als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrgenommen. Die Einstellung zur militärischen Unterstützung der Ukraine ist überwiegend positiv, aber auch mit Bedenken verbunden (Abschnitt 3).
- Die personelle und finanzielle Stärkung der Bundeswehr stößt in allen soziodemografischen Gruppen und Wählergruppen auf ein mehrheitlich positives Echo. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der große öffentliche Zuspruch kaum verändert (Abschnitt 4).
- Die überwiegend positive Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zur NATO und zu den konkreten Missionen zur Sicherung der NATO-Ostflanke ist im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen. Am vergleichsweise kritischsten ist die Einstellung zur Bündnisverteidigung unter den Anhängern der AfD und der Linken sowie bei Befragten in Ostdeutschland. Die Einstellung zur Bündnisverteidigung hängt stark von der Wahrnehmung Russlands als Sicherheitsbedrohung ab (Abschnitt 5).
- Noch mehr Befragte als im Vorjahr sind aktuell davon überzeugt, dass die Einführung eines Wehrdienstes notwendig ist (52 Prozent Zustimmung; +2 Prozentpunkte), und erhoffen sich von einem Wehrdienst positive Auswirkungen auf die Bundeswehr und deren Beziehung zur Gesellschaft. Im Falle eines militärischen Angriffs wären 39 Prozent (-2 Prozentpunkte) der Befragten bereit, Deutschland mit der Waffe zu verteidigen (Abschnitt 6).
- Die seit Jahrzehnten positive Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr erreicht im Jahr 2023 einen historischen Höchstwert: Annähernd neun von zehn Befragten stehen der Bundeswehr positiv gegenüber (86 Prozent). Die Bundeswehr wird im Vergleich zum Vorjahr häufiger öffentlich wahrgenommen und der dabei entstandene Eindruck hat sich nochmals leicht verbessert (Abschnitt 7).
- Der seit Jahren negative Trend in der wahrgenommenen Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber setzt sich aktuell fort. Das konkrete Interesse junger Menschen (16–29 Jahre) am Soldatenberuf stagniert dagegen auf dem Niveau der Vorjahre: 9 Prozent der jungen Frauen und 19 Prozent der jungen Männer können sich aktuell vorstellen, Soldat/-in bei der Bundeswehr zu werden (Abschnitt 8).
- Wie in den Vorjahren begrüßt eine absolute Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger den Einsatz der Bundeswehr in ihrem gesamten Aufgabenspektrum, dabei akzeptiert die Mehrheit auch den Einsatz von Waffengewalt durch die Bundeswehr. Im Vergleich zum Jahr 2022 ist der Zuspruch zu fast allen Einsätzen der Bundeswehr im Ausland leicht zurückgegangen. Die Missionen an der NATO-Ostflanke erfahren weiterhin mehr Zustimmung als die Auslandseinsätze im Bereich des internationalen Krisenmanagements. Der durchschnittliche Kenntnisstand zu allen Einsätzen im Ausland hat sich nur geringfügig verbessert und bleibt insgesamt auf einem eher niedrigen Niveau (Abschnitt 9).
- 54 Prozent der Befragten sprechen sich für eine aktive deutsche Außenpolitik aus. Dabei besteht eine Präferenz für den Einsatz nichtmilitärischer Mittel. Allerdings werden auch Ausbildungs- und Stabilisierungseinsätze der Bundeswehr mehrheitlich als außenpolitische Mittel befürwortet. Die USA werden von einer unverändert klaren Mehrheit der Befragten als verlässlicher (Bündnis-)Partner wahrgenommen, während die öffentliche Wahrnehmung Chinas ambivalent bleibt (Abschnitt 10).
- In der deutschen Bevölkerung besteht weiterhin ein insgesamt positives Meinungsbild zur Verteidigungskooperation im Rahmen der Europäischen Union, die als Beitrag zur Stärkung der europäischen Säule der NATO verstanden wird. So plädieren 61 Prozent der Befragten für eine stärkere Kooperation zwischen der EU und der NATO in der Verteidigungspolitik (Abschnitt 11).

2 Sicherheits- und Bedrohungswahrnehmungen

Die Beurteilung der persönlichen, der nationalen und der weltweiten Sicherheitslage durch die Bürgerinnen und Bürger hat sich durch Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine im Jahr 2022 massiv verändert. Im Jahr 2023 hat sich das Sicherheitsempfinden in allen drei Dimensionen geringfügig verbessert, bleibt jedoch weiterhin deutlich unter dem Niveau vor dem Krieg (vgl. Abbildung 2.1). Während sich aktuell eine absolute Mehrheit von 61 Prozent (+5 Prozentpunkte im Vergleich zu 2022) persönlich sicher fühlt, schätzt etwas weniger als die Hälfte der Befragten (46 Prozent; +4 Prozentpunkte) die Lage in Deutschland als sicher ein. Die weltweite Sicherheitslage wird lediglich von 17 Prozent (+4 Prozentpunkte) positiv bewertet und bleibt damit weiterhin in einem kritischen Bereich.

Abbildung 2.1: Beurteilung der Sicherheitslage 2018–2023



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Sehr sicher“ und „Eher sicher“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2018–2023.

Die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich aktuell vorrangig durch eine Mischung aus wirtschaftlichen (Inflation und Altersarmut), sicherheitspolitischen (Spannungen mit Russland und weltweites militärisches Wettrüsten) und ökologischen Faktoren (Klimawandel und Naturkatastrophen) in ihrer persönlichen Sicherheit bedroht (vgl. Tabelle 2.1). Allerdings weisen sieben der zehn größten Bedrohungen einen direkten oder indirekten Bezug zur sicherheitspolitischen Lage auf. So ist z.B. die wahrgenommene Bedrohung durch steigende Preise (75 Prozent; -3 Prozentpunkte) und Zuwanderung nach Deutschland (51 Prozent; +12 Prozentpunkte) zum größten Teil auf Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine zurückzuführen.

Tabelle 2.1: Wahrgenommene Bedrohungen der persönlichen Sicherheit

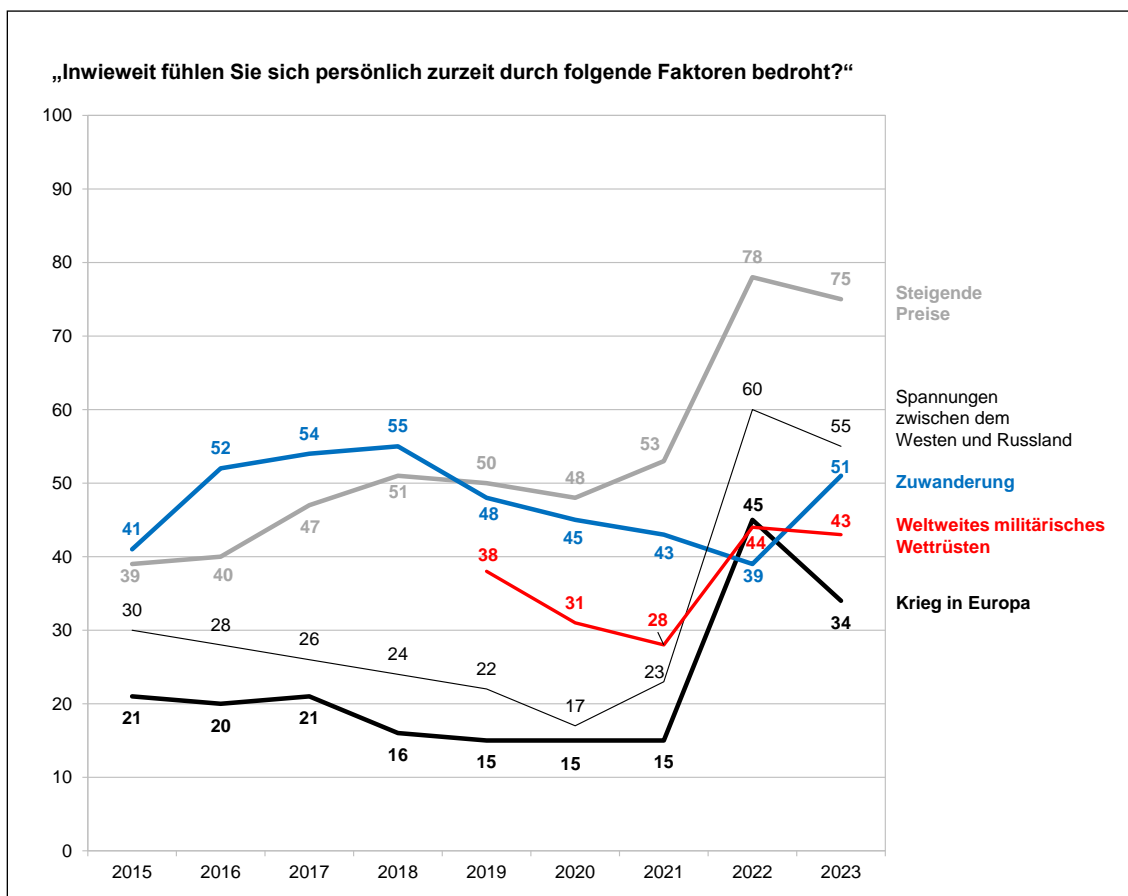
„Inwieweit fühlen Sie sich persönlich zurzeit durch die folgenden Faktoren bedroht?“			
	Bedroht ¹ (vgl. zu 2022)	Teils/teils	Nicht bedroht ²
Steigende Preise	75 (-3)	17	8
Spannungen zwischen dem Westen und Russland	55 (-5)	27	18
Zuwanderung nach Deutschland	51 (+12)	25	24
Weltweiter Klimawandel durch die globale Erwärmung	47 (-3)	28	24
Weltweites militärisches Wettrüsten	43 (-1)	32	25
Große Naturkatastrophen wie z.B. schwere Stürme oder Überschwemmungen	40 (-1)	31	30
Unzureichende finanzielle Absicherung im Alter	40 (-1)	24	34
Krieg mit Atomwaffen	38 (-4)	30	32
Krieg in Europa	34 (-11)	38	28
Angriffe auf die kritische Infrastruktur in Deutschland	31 (Neu)	30	37
Verbreitung von falschen Informationen über die Medien oder das Internet (Fake News)	30 (+5)	31	38
Religiöser Fundamentalismus in Deutschland	29 (+3)	30	41
Internetangriff auf die Infrastruktur in Deutschland	29 (+3)	31	38
Terroranschläge in Deutschland	27 (-6)	34	38
Weltweite Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit oder Seuche	26 (-9)	28	45
Kriminalität im Internet	26 (+5)	29	44
Störfall in einem Atomkraftwerk	23 (-3)	27	49
Fremdenfeindlichkeit in Deutschland	23 (+3)	27	50
Spannungen zwischen dem Westen und China	21 (-1)	34	44
Kriminalität in meinem Umfeld	18 (+1)	28	54
Ansteckung mit dem Coronavirus	17 (-19)	22	61
Verlust des eigenen Arbeitsplatzes bzw. Schwierigkeit, einen Arbeitsplatz zu finden	17 (-2)	18	50
Zerfall der EU	14 (-2)	24	61
Spannungen zwischen Europa und den USA	14 (+1)	24	62

Anmerkungen: Angaben in Prozent. 1) Anteile „Stark bedroht“ und „Eher bedroht“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Eher nicht bedroht“ und „Überhaupt nicht bedroht“ wurden zusammengefasst. Fehlende Prozente zu 100 entsprechen dem Antwortanteil der Angabe „weiß nicht/keine Antwort“.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2022 und 2023.

Während das Gefühl der Bedrohung durch Krieg in Europa (34 Prozent; -11 Prozentpunkte) deutlich gesunken ist, bleibt die Sorge vor Spannungen zwischen dem Westen und Russland (55 Prozent; -5 Prozentpunkte) und vor einem weltweiten militärischen Wettrüsten (43 Prozent; -1 Prozentpunkt) groß. Insgesamt zeichnet sich jedoch in der öffentlichen Wahrnehmung dieser sicherheitspolitischen Bedrohungen, die einen Bezug zum Ukraine-Krieg haben, eine Verschiebung ab: Nach mehr als einem Jahr Krieg in der Ukraine fühlen sich die Deutschen persönlich weniger durch Krieg in Europa bedroht als durch bestehende Faktoren, die durch den aktuellen Krieg verstärkt werden und die für viele Befragte im Alltag persönlich erfahrbar sind (Inflation und Zuwanderung).

Abbildung 2.2: Bedrohungen für die persönliche Sicherheit 2015–2023



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Stark bedroht“ und „Eher bedroht“ wurden zusammengefasst.
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2015–2023.

Unabhängig vom Krieg gegen die Ukraine und der jüngsten Entwicklung der sicherheitspolitischen Lage in Europa gehören die Inflation und Zuwanderung nach Deutschland bereits seit vielen Jahren zu den vorrangigen Sorgen der Bürgerinnen und Bürger (vgl. Abbildung 2.2). Der Krieg in der Ukraine verschärft die wahrgenommene Bedrohung durch diese Faktoren weiter. Infolge des Krieges stieg im Jahr 2022 die wahrgenommene

Bedrohung durch steigende Preise um 25 Prozentpunkte auf 78 Prozent, während die Sorge um die Zuwanderung nach Deutschland zunächst um 4 Prozentpunkte abnahm. Im Jahr 2023 bleibt die Angst vor der Inflation nahezu unverändert hoch (75 Prozent; -3 Prozentpunkte), dafür wird die Zuwanderung nach Deutschland (wieder) stärker als Bedrohung empfunden (+12 Prozentpunkte).

Es wurde untersucht, ob zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung signifikante Unterschiede bestehen in der wahrgenommenen Bedrohung der persönlichen Sicherheit durch dezidiert militärische Risikofaktoren und durch die Auswirkungen militärischer Konflikte (Inflation und Zuwanderung). Das Bedrohungsgefühl durch militärische Risikofaktoren wurde mithilfe von vier Variablen, d.h. abgefragten Einzelfaktoren, erfasst: der wahrgenommenen Bedrohung durch die Spannungen zwischen dem Westen und Russland, das weltweite militärische Wettrüsten, Krieg in Europa und Krieg mit Atomwaffen. Die vier Variablen wurden in einer Indexvariable „militärische Risiken“ zusammengefasst. Diese Indexvariable weist einen Wertebereich von 0 (kein Bedrohungsgefühl) bis 1 (starkes Bedrohungsgefühl) auf, d.h. die im Folgenden berichteten Mittelwerte können einen Wert zwischen 0 und 1 annehmen. Ein Mittelwert von 0,5 bedeutet, dass die befragte Gruppe im Durchschnitt eine ambivalente Meinung hat (wie sie z.B. die Antwortmöglichkeit „teils/teils“ darstellt). Je höher der Wert (maximal 1), desto stärker das Bedrohungsgefühl. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden auch die wahrgenommene Bedrohung durch die Inflation und die Zuwanderung nach Deutschland auf den Wertebereich 0 (kein Bedrohungsgefühl) bis 1 (starkes Bedrohungsgefühl) kodiert.

Zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen bestehen in der durchschnittlichen Ausprägung der drei Bedrohungswahrnehmungen eine Vielzahl von statistisch signifikanten Unterschieden. Sie sollten allerdings nicht überbewertet werden, da die Unterschiede meist nicht substantiell sind, d.h. mit wenigen Ausnahmen gibt es keine größeren Unterschiede in der Wahrnehmung der drei Risikofaktoren. Über alle Gruppen hinweg fühlen sich die Bürgerinnen und Bürger durch die Inflation (Mittelwert 0,76) und die Zuwanderung (Mittelwert 0,60) stärker in ihrer persönlichen Sicherheit bedroht als durch militärische Risikofaktoren, die einen Bezug zum Ukraine-Krieg haben (Mittelwert 0,56; vgl. Tabelle 2.2). Diese Hierarchie der wahrgenommenen Bedrohungs-faktoren bildet sich in nahezu allen untersuchten Gruppen ab.

Das durchschnittliche *Bedrohungsgefühl durch die Inflation* steigt mit dem Alter der Befragten an und nimmt mit höherem Einkommen und höherer Bildung ab. Im Vergleich der Regionen wird ein schwach ausgeprägtes Nord-Süd-Gefälle erkennbar: Die Angst vor steigenden Preisen ist am stärksten in Süddeutschland ausgeprägt, gefolgt von West- und

Ostdeutschland und am schwächsten in Norddeutschland. Frauen sowie Befragte mit Migrationshintergrund empfinden die Inflation etwas stärker als Bedrohung der persönlichen Sicherheit als Männer und Befragte ohne Migrationshintergrund. Zwischen den verschiedenen Wählergruppen bestehen zwar geringfügige Unterschiede in der wahrgenommenen Bedrohung durch steigende Preise, diese sind aber nicht statistisch signifikant.

Tabelle 2.2: Bedrohungsperzeptionen in soziodemografischen Gruppen

„Inwieweit fühlen Sie sich persönlich zurzeit durch die folgenden Faktoren bedroht?“			
	Inflation	Zuwanderung	Militärische Risiken
Insgesamt	0,76	0,60	0,56
Geschlecht	*	*	n.s.
Männer	0,75	0,61	0,56
Frauen	0,78	0,58	0,57
Alter	*	*	***
16 bis 29 Jahre	0,74	0,56	0,53
30 bis 49 Jahre	0,76	0,59	0,55
50 bis 69 Jahre	0,78	0,61	0,58
70 Jahre und älter	0,76	0,61	0,59
Bildungsniveau	***	**	n.s.
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,74	0,59	0,55
Realschulabschluss	0,78	0,63	0,58
Hauptschulabschluss	0,81	0,59	0,57
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	***	n.s.	**
4.001 Euro und mehr	0,73	0,59	0,55
2.001 bis 4.000 Euro	0,76	0,59	0,57
Bis 2.000 Euro	0,82	0,61	0,59
Wahlabsicht Bundestagswahl	n.s.	***	n.s.
CDU/CSU	0,76	0,59	0,58
SPD	0,77	0,57	0,55
AfD	0,76	0,78	0,58
FDP	0,74	0,62	0,53
Die Linke	0,81	0,50	0,55
Bündnis 90/Die Grünen	0,78	0,48	0,57
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,75	0,59	0,56
Region	*	**	*
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,73	0,56	0,59
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,76	0,60	0,57
Süddeutschland (BW, BY)	0,78	0,63	0,55
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,77	0,58	0,57
Migrationshintergrund	*	***	**
Ja	0,79	0,48	0,53
Nein	0,76	0,61	0,57

Anmerkungen: Ausgewiesen sind die Mittelwerte. Alle Variablen haben einen Wertebereich von [0 – kein Bedrohungsgefühl; 1 – starkes Bedrohungsgefühl]. Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023.

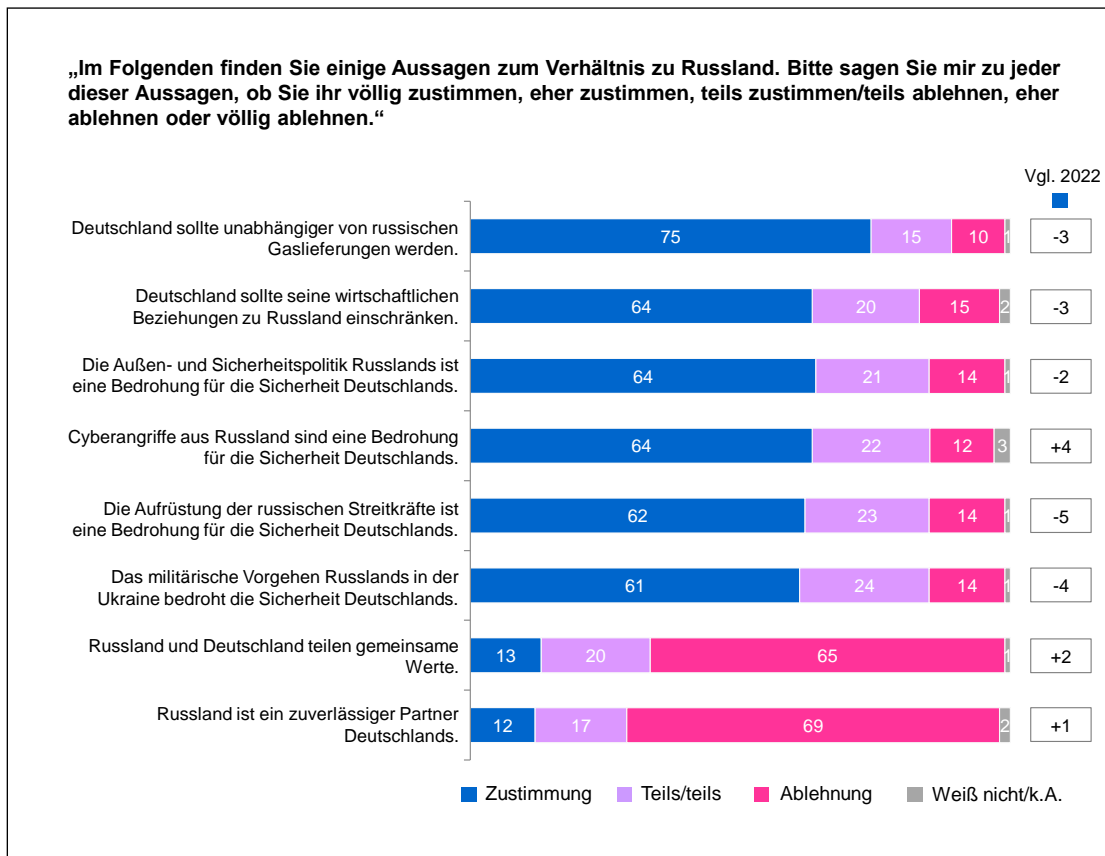
Die *Zuwanderung nach Deutschland* wird mit steigendem Alter der Befragten zunehmend als Bedrohung wahrgenommen. Zudem empfinden Männer, Befragte mit mittlerem Bildungsniveau und Befragte ohne Migrationshintergrund die Zuwanderung im Durchschnitt stärker als Risikofaktor für die persönliche Sicherheit als die entsprechenden Vergleichsgruppen. Im Vergleich der Regionen zeigt sich erneut ein leichtes Nord-Süd-Gefälle: Zuwanderung wird am stärksten in Süddeutschland als Bedrohung wahrgenommen, gefolgt von Ost- und Westdeutschland und am wenigsten in Norddeutschland. Besonders ausgeprägt sind die Wahrnehmungsunterschiede zwischen den Wählergruppen, wobei sich im Wesentlichen drei Gruppen identifizieren lassen: Die AfD-Anhänger sehen in der Zuwanderung nach Deutschland die größte Gefahr für die persönliche Sicherheit (Mittelwert 0,78). Am schwächsten ausgeprägt ist die Bedrohungswahrnehmung dagegen unter den Wählerinnen und Wähler der Grünen (Mittelwert 0,48). Alle übrigen Wählergruppen nehmen die Zuwanderung etwas stärker als Bedrohung wahr als die Anhänger der Grünen, aber deutlich geringer als die AfD-Anhänger (Mittelwerte 0,50 bis 0,59).

Die *Angst vor militärischen Risiken* nimmt mit steigendem Alter zu und sinkt dagegen mit steigendem Haushaltseinkommen. Im Vergleich der Regionen ist ebenfalls ein leichtes Nord-Süd-Gefälle zu erkennen: Die Befragten in Norddeutschland sehen sich am stärksten durch militärische Risiken bedroht, gefolgt von den Bürgerinnen und Bürgern in West- und Ostdeutschland; die Befragten in Süddeutschland fühlen sich hiervon am wenigsten bedroht. Wie bei den beiden anderen Bedrohungsfaktoren sind diese Unterschiede marginal und sollten deshalb nicht überbewertet werden. Befragte ohne Migrationshintergrund fühlen sich im Durchschnitt etwas stärker durch militärische Risikofaktoren bedroht als solche mit Migrationshintergrund. Zwischen Männern und Frauen, den Bildungs- und den Wählergruppen bestehen keine statistisch signifikanten Unterschiede in der wahrgenommenen Bedrohung der persönlichen Sicherheit durch militärische Risiken.

3 Russlandbild und militärische Unterstützung für die Ukraine

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Russlandbild in der deutschen Bevölkerung kaum verändert: Eine klare Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nimmt Russland als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands (61 bis 64 Prozent) wahr und spricht sich für Deutschlands Unabhängigkeit von russischen Gaslieferungen aus (75 Prozent; -3 Prozentpunkte im Vergleich zu 2022) sowie für die Einschränkung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland (64 Prozent; -3 Prozentpunkte; vgl. Abbildung 3.1). Nur eine Minderheit glaubt, dass Russland ein zuverlässiger Partner ist (12 Prozent; +1 Prozentpunkt), mit dem Deutschland gemeinsame Werte teilt (13 Prozent; +2 Prozentpunkte). Die Mehrheit der Deutschen teilt diese Einschätzung nicht.

Abbildung 3.1: Einstellungen zu den bilateralen Beziehungen zu Russland



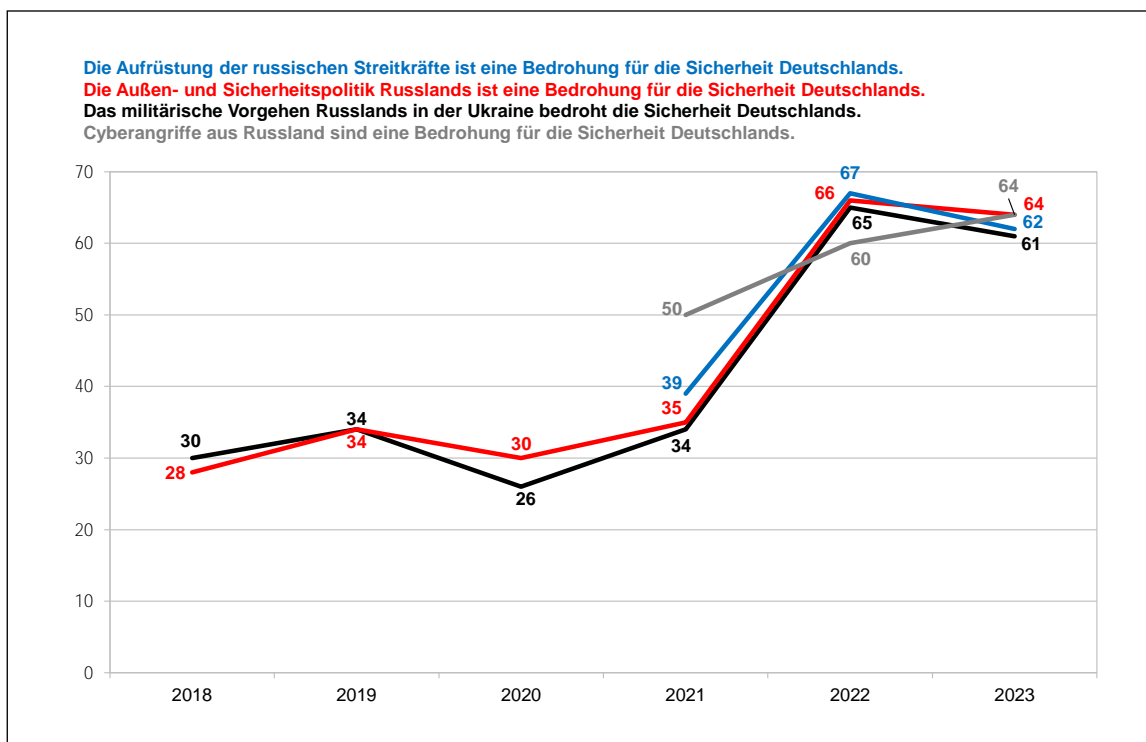
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ sowie „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2022 und 2023.

Weiterhin hohe Bedrohungswahrnehmung

Die aktuelle Wahrnehmung Russlands als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands ist noch immer sehr stark ausgeprägt. Es ist zwar im Vergleich zum Vorjahr wie beim persönlichen Bedrohungsgefühl durch militärische Risikofaktoren (vgl. Abschnitt 2, Tabelle 2.1) eine Abschwächung erkennbar (vgl. Abbildung 3.2), aber im Vergleich zu den Jahren vor 2022 bleibt die wahrgenommene Bedrohung durch Russland weiterhin hoch. Einzig Cyberangriffe aus Russland werden noch stärker als im Vorjahr als Bedrohung der nationalen Sicherheit erachtet (64 Prozent; +4 Prozentpunkte).

Abbildung 3.2: Wahrnehmung Russlands als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2018–2023.

Nachfolgend wird berichtet, ob zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung statistisch signifikante Unterschiede in der Wahrnehmung Russlands als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands bestehen. Die Bedrohungswahrnehmung wurde als eine Indexvariable berechnet, in die folgende Einzelfaktoren einfließen: die wahrgenommene Bedrohung durch Cyberangriffe aus Russland, durch die Aufrüstung der russischen Streitkräfte, durch das militärische Vorgehen Russlands in der Ukraine und durch die Außen- und Sicherheitspolitik Russlands. Die Indexvariable weist einen Wertebereich von 0 (keine Bedrohungswahrnehmung) bis 1

(starke Bedrohungswahrnehmung) auf, wobei ein Mittelwert von 0 keiner Bedrohungswahrnehmung und ein Wert von 1 einer starken Bedrohungswahrnehmung entspricht. Ein Mittelwert von 0,5 weist auf ein ambivalentes Meinungsbild hin.

Tabelle 3.1: Wahrgenommene Bedrohung durch Russland in soziodemografischen Gruppen

	Wahrnehmung Russlands als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands
Insgesamt	0,70
Geschlecht ^{n.s.}	
Männer	0,70
Frauen	0,71
Alter ^{**}	
16 bis 29 Jahre	0,68
30 bis 49 Jahre	0,70
50 bis 69 Jahre	0,73
70 Jahre und älter	0,68
Bildungsniveau ^{n.s.}	
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,70
Realschulabschluss	0,71
Hauptschulabschluss	0,72
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat [*]	
4.001 Euro und mehr	0,72
2.001 bis 4.000 Euro	0,70
Bis 2.000 Euro	0,68
Wahlabsicht Bundestagswahl ^{***}	
CDU/CSU	0,74
SPD	0,74
AfD	0,62
FDP	0,77
Die Linke	0,62
Bündnis 90/Die Grünen	0,74
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,67
Region ^{***}	
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,70
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,61
Süddeutschland (BW, BY)	0,73
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,74
Migrationshintergrund ^{n.s.}	
Ja	0,72
Nein	0,71

Anmerkungen: Ausgewiesen sind die Mittelwerte. Wertebereich der abhängigen Variable [0 – keine Bedrohungswahrnehmung; 1 – starke Bedrohungswahrnehmung]. Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** $p < 0,001$; ** $p < 0,01$; * $p < 0,05$; n.s. = nicht signifikant ($p \geq 0,05$). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet. Die Indexvariable hat eine sehr gute Skalenreliabilität (Cronbachs alpha = 0,86).

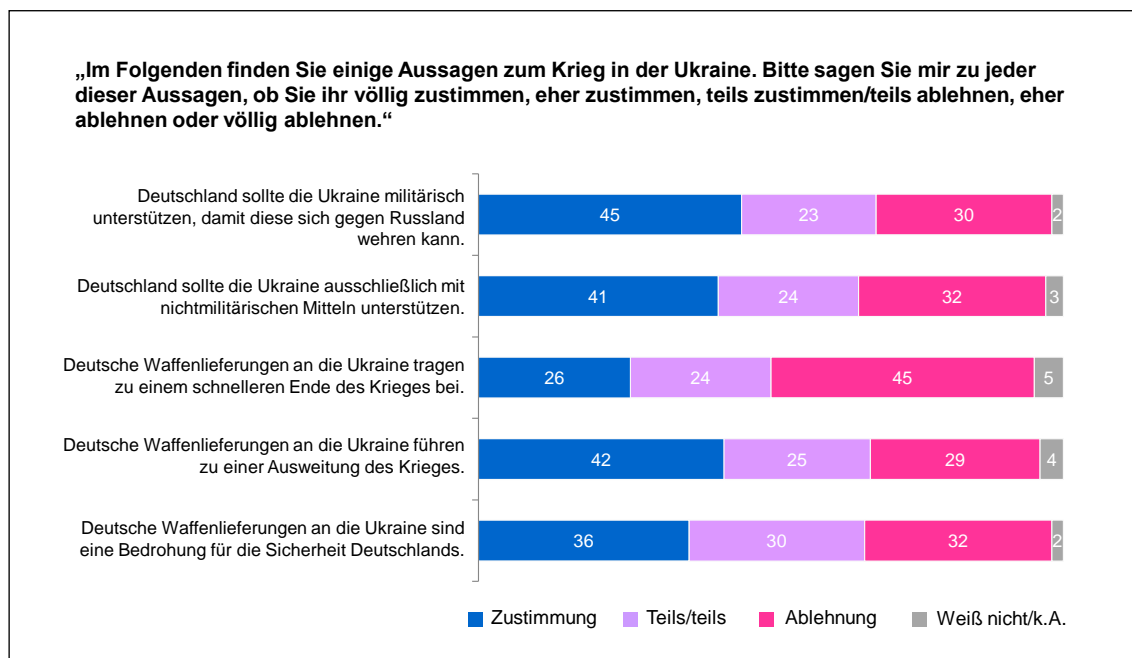
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023.

Wie aus den Ergebnissen in Tabelle 3.1. hervorgeht, wird Russland in allen untersuchten Gruppen von einer Mehrheit als Bedrohung wahrgenommen. Zwischen den untersuchten Gruppen bestehen in dieser Bedrohungswahrnehmung nur wenige statistisch signifikante Unterschiede. So nimmt die Wahrnehmung Russlands als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands mit dem Alter und dem Haushaltseinkommen der Befragten leicht zu. Befragte in Ostdeutschland sowie Anhänger der AfD oder der Linken haben im Durchschnitt eine schwächer ausgeprägte Bedrohungspersonifikation als die entsprechenden Vergleichsgruppen. Zwischen Männern und Frauen, Befragten mit verschiedenen Bildungsniveaus sowie Befragten mit und ohne Migrationshintergrund bestehen keine statistisch signifikanten Unterschiede in der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland.

Einstellungen zu Deutschlands militärischer Unterstützung für die Ukraine

Eine relative Mehrheit von 45 Prozent spricht sich dafür aus, die Ukraine militärisch zu unterstützen, damit diese sich gegen Russland wehren kann (vgl. Abbildung 3.3). Ein knappes Viertel (23 Prozent) ist hier geteilter Meinung und nahezu ein Drittel (30 Prozent) lehnt eine solche Unterstützung ab. Fast ebenso viele Befragte (41 Prozent) plädieren dafür, die Ukraine ausschließlich mit nichtmilitärischen Mitteln zu unterstützen, ein Viertel (24 Prozent) hat dazu eine ambivalente Einstellung und ein Drittel (32 Prozent) lehnt dies ab.

Abbildung 3.3: Aussagen zu Deutschlands militärischer Unterstützung für die Ukraine



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ sowie „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023.

Für die möglichen Auswirkungen der deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine offenbart sich ebenfalls ein ambivalentes Meinungsbild: Dass deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine zu einem schnelleren Ende des Krieges beitragen, glaubt nur ein Viertel (26 Prozent) der Befragten, ein Viertel (24 Prozent) ist geteilter Meinung und eine relative Mehrheit von 45 Prozent glaubt dies nicht. Viele Bürgerinnen und Bürger (42 Prozent) befürchten vielmehr eine Ausweitung des Krieges durch die deutschen Waffenlieferungen, ein Viertel ist unentschieden und 29 Prozent teilen diese Sorge nicht. Uneins ist die deutsche Bevölkerung in der Frage, ob deutsche Waffenlieferungen eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands darstellen: 36 Prozent sehen hier ein Sicherheitsrisiko, 30 Prozent haben eine ambivalente Haltung und 32 Prozent sehen in den Waffenlieferungen an die Ukraine keine Bedrohung für die nationale Sicherheit.

Um zu untersuchen, ob zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen statistisch signifikante Unterschiede in den Einstellungen zur militärischen Unterstützung der Ukraine bestehen, wurden die jeweiligen Mittelwerte ausgewertet und miteinander verglichen. Alle Variablen wurden auf einen Wertebereich von 0 (völlige Ablehnung) bis 1 (völlige Zustimmung) rekodiert; ein Mittelwert von 0,5 entspricht einer ambivalenten Einstellung (teils/teils). Insgesamt zeigen die Ergebnisse in Tabelle 3.2, dass zu allen abgefragten Aussagen über Deutschlands militärische Unterstützung und die damit verbundenen Hoffnungen und Sorgen ein ambivalentes Meinungsbild besteht. Zudem offenbart die Auswertung eine Vielzahl von statistisch signifikanten Einstellungsunterschieden zwischen den untersuchten Gruppen. Männer und Frauen unterscheiden sich nur in ihrer Überzeugung, dass Deutschland die Ukraine einzig mit nichtmilitärischen Mitteln unterstützen sollte: Die Frauen sind hiervon im Durchschnitt etwas überzeugter als die Männer. Allerdings stellt die geringe Differenz keinen substanziellen Niveauunterschied dar. Zwischen den Altersgruppen bestehen fast keine statistisch signifikanten Einstellungsunterschiede. Einzig die Bereitschaft, die Ukraine in ihrem Verteidigungskampf gegen Russland auch militärisch zu unterstützen, nimmt mit steigendem Alter der Befragten leicht ab. Befragte mit höherem Bildungsniveau (Hochschul- oder Fachhochschulreife) unterstützen im Durchschnitt Deutschlands Militärhilfe für die Ukraine stärker, sind von einer ausschließlich nichtmilitärischen Unterstützung weniger überzeugt, glauben etwas stärker an ein schnelleres Kriegsende durch deutsche Waffenlieferungen, befürchten weniger stark eine Ausweitung des Krieges durch deutsche Waffenlieferungen und bewerten deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine etwas weniger als Sicherheitsrisiko für Deutschland als Befragte mit einem niedrigeren Bildungsniveau. Diese Unterschiede sind zwar statistisch signifikant, aber wenig substanziell. Für sich betrachtet ist aber auch das Meinungsbild innerhalb der Gruppe mit dem höchsten Bildungsniveau als ambivalent zu charakterisieren.

Tabelle 3.2: Einstellungen zu Deutschlands militärischer Unterstützung für die Ukraine in soziodemografischen Gruppen

	Unterstützung:		Waffenlieferungen:		
	Militärisch	Ausschließlich nichtmilitärisch	Schnelleres Kriegsende	Ausweitung des Krieges	Sicherheitsrisiko für Deutschland
Insgesamt	0,55	0,54	0,42	0,55	0,52
Geschlecht	n.s.	**	n.s.	n.s.	n.s.
Männer	0,56	0,52	0,42	0,54	0,52
Frauen	0,54	0,56	0,41	0,56	0,53
Alter	*	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
16 bis 29 Jahre	0,59	0,54	0,44	0,54	0,50
30 bis 49 Jahre	0,56	0,51	0,42	0,53	0,52
50 bis 69 Jahre	0,53	0,56	0,40	0,56	0,54
70 Jahre und älter	0,54	0,55	0,42	0,57	0,52
Bildungsniveau	**	**	**	**	**
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,59	0,51	0,45	0,52	0,50
Realschulabschluss	0,53	0,57	0,40	0,57	0,55
Hauptschulabschluss	0,54	0,55	0,41	0,57	0,53
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	*	*	n.s.	*	n.s.
4.001 Euro und mehr	0,56	0,51	0,43	0,52	0,51
2.001 bis 4.000 Euro	0,57	0,55	0,43	0,55	0,52
Bis 2.000 Euro	0,52	0,56	0,41	0,58	0,54
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***	***	***	***
CDU/CSU	0,61	0,49	0,47	0,49	0,48
SPD	0,64	0,52	0,48	0,52	0,46
AfD	0,45	0,58	0,35	0,64	0,61
FDP	0,69	0,41	0,49	0,43	0,43
Die Linke	0,42	0,63	0,30	0,69	0,61
Bündnis 90/Die Grünen	0,70	0,48	0,53	0,44	0,45
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,45	0,60	0,34	0,61	0,57
Region	***	***	***	***	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,58	0,52	0,45	0,53	0,51
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,48	0,62	0,37	0,63	0,58
Süddeutschland (BW, BY)	0,51	0,52	0,40	0,54	0,53
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,61	0,52	0,45	0,52	0,49
Migrationshintergrund	***	***	***	***	***
Ja	0,68	0,45	0,50	0,43	0,42
Nein	0,54	0,55	0,41	0,56	0,53

Anmerkungen: Ausgewiesen sind die Mittelwerte. Alle Variablen haben einen Wertebereich von [0 – völlige Ablehnung; 1 – völlige Zustimmung]. Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023.

Zwischen den Einkommensgruppen bestehen ebenfalls statistisch signifikante Einstellungsunterschiede. Mit steigendem Haushaltseinkommen der Befragten nimmt die Bereitschaft zur militärischen Unterstützung der Ukraine zu, während die Sorge vor einer

Ausweitung des Ukraine-Krieges durch deutsche Waffenlieferungen abnimmt. Allerdings stellen auch diese statistisch signifikanten Unterschiede keine substanziellen Niveauunterschiede dar und sollten deshalb nicht überbewertet werden: In allen Einkommensgruppen ist das Meinungsbild zur militärischen Unterstützung der Ukraine und zu den damit verbundenen Sorgen und Hoffnungen ambivalent.

Nicht nur statistisch signifikante, sondern wirklich substanzielle Unterschiede in der Einstellung zur militärischen Unterstützung der Ukraine offenbaren sich zwischen den Regionen, den Wählergruppen, sowie Befragten mit und ohne Migrationshintergrund: Befragte in Ostdeutschland, Personen ohne Migrationshintergrund sowie die Gruppe der Nichtwähler und die Anhänger der AfD und der Linken stehen der militärischen Unterstützung der Ukraine sehr viel kritischer gegenüber, befürworten eine ausschließlich nichtmilitärische Unterstützung der Ukraine sehr viel stärker, zweifeln sehr viel stärker an einem schnellen Kriegsende durch deutsche Waffenlieferungen, glauben stärker an eine Ausweitung des Krieges durch diese Lieferungen und bewerten sie eher als Sicherheitsrisiko für Deutschland als die entsprechenden Vergleichsgruppen. Vorbehalte und Zweifel an Deutschlands Militärhilfe für die Ukraine bestehen also an den Rändern des politischen Spektrums, in Ostdeutschland und unter Befragten ohne Migrationshintergrund.

Bedrohungswahrnehmungen beeinflussen die Einstellung zur militärischen Unterstützung der Ukraine

Weiterführende Analysen zeigen, dass die Einstellungen zu Deutschlands militärischer Unterstützung für die Ukraine in einem statistisch signifikanten Zusammenhang zur Wahrnehmung Russlands als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands und zur Wahrnehmung militärischer Risikofaktoren als Bedrohung für die persönliche Sicherheit stehen. Die Wahrnehmung Russlands als Bedrohung wurde hierfür als Indexvariable berechnet, in welche die wahrgenommene Bedrohung durch Cyberangriffe aus Russland, durch die Aufrüstung der russischen Streitkräfte, das militärische Vorgehen Russlands in der Ukraine und durch die Außen- und Sicherheitspolitik Russlands einfließen (vgl. Tabelle 3.1). Das persönliche Bedrohungsgefühl wurde als Indexvariable auf Grundlage der wahrgenommenen Bedrohung der persönlichen Sicherheit durch Krieg in Europa, Krieg mit Atomwaffen, die Spannungen zwischen dem Westen und Russland und durch das weltweite militärische Wettrüsten berechnet. Die Größe der in Tabelle 3.3 ausgewiesenen Korrelationskoeffizienten gibt an, wie stark der Zusammenhang zwischen den entsprechenden Variablen ist und ob es sich um einen positiven oder negativen Zusammenhang handelt. Die Auswertung offenbart eine Vielzahl statistisch signifikanter Zusammenhänge (vgl. Tabelle 3.3), die nahelegen, dass die Sorge um die nationale Sicherheit die

Bereitschaft zur militärischen Unterstützung der Ukraine erhöht, während die Angst um die persönliche Sicherheit diese Handlungs- und Hilfsbereitschaft einschränkt.

Je mehr *Russland als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands* gesehen wird,

- umso positiver ist die grundsätzliche Einstellung zur militärischen Unterstützung der Ukraine;
- umso schwächer ist die Überzeugung, dass Deutschland die Ukraine ausschließlich mit nichtmilitärischen Mitteln unterstützen sollte;
- umso größer ist die Erwartung, dass deutsche Waffenlieferungen zu einem schnelleren Ende des Krieges beitragen;
- umso geringer ist die Sorge, dass deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine zu einer Ausweitung des Krieges führen;
- umso schwächer ausgeprägt ist die Befürchtung, dass deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine ein Sicherheitsrisiko für Deutschland darstellen.

Das Gefühl der *Bedrohung der persönlichen Sicherheit durch militärische Risikofaktoren* wirkt dem zumindest in Teilen entgegen: Je mehr sich die Befragten durch militärische Risikofaktoren in ihrer persönlichen Sicherheit bedroht fühlen,

- umso geringer ist die Bereitschaft zur militärischen Unterstützung der Ukraine;
- umso größer ist die Sorge, dass deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine zu einer Ausweitung des Krieges führen;
- umso mehr werden deutsche Waffenlieferungen als potenzielles Sicherheitsrisiko für die nationale Sicherheit empfunden.

Tabelle 3.3: Bivariate Korrelationen zwischen Bedrohungswahrnehmungen und den Einstellungen zur militärischen Unterstützung der Ukraine

	Russland als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands	Militärische Risikofaktoren als Bedrohung für die persönliche Sicherheit
Deutschland sollte die Ukraine militärisch unterstützen, damit diese sich gegen Russland wehren kann.	+0,30***	-0,08**
Deutschland sollte die Ukraine ausschließlich mit nichtmilitärischen Mitteln unterstützen.	-0,14***	+0,05 ^{n.s.}
Deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine tragen zu einem schnelleren Ende des Krieges bei.	+0,20***	-0,04 ^{n.s.}
Deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine führen zu einer Ausweitung des Krieges.	-0,19***	+0,14***
Deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine sind eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands.	-0,15***	+0,22***

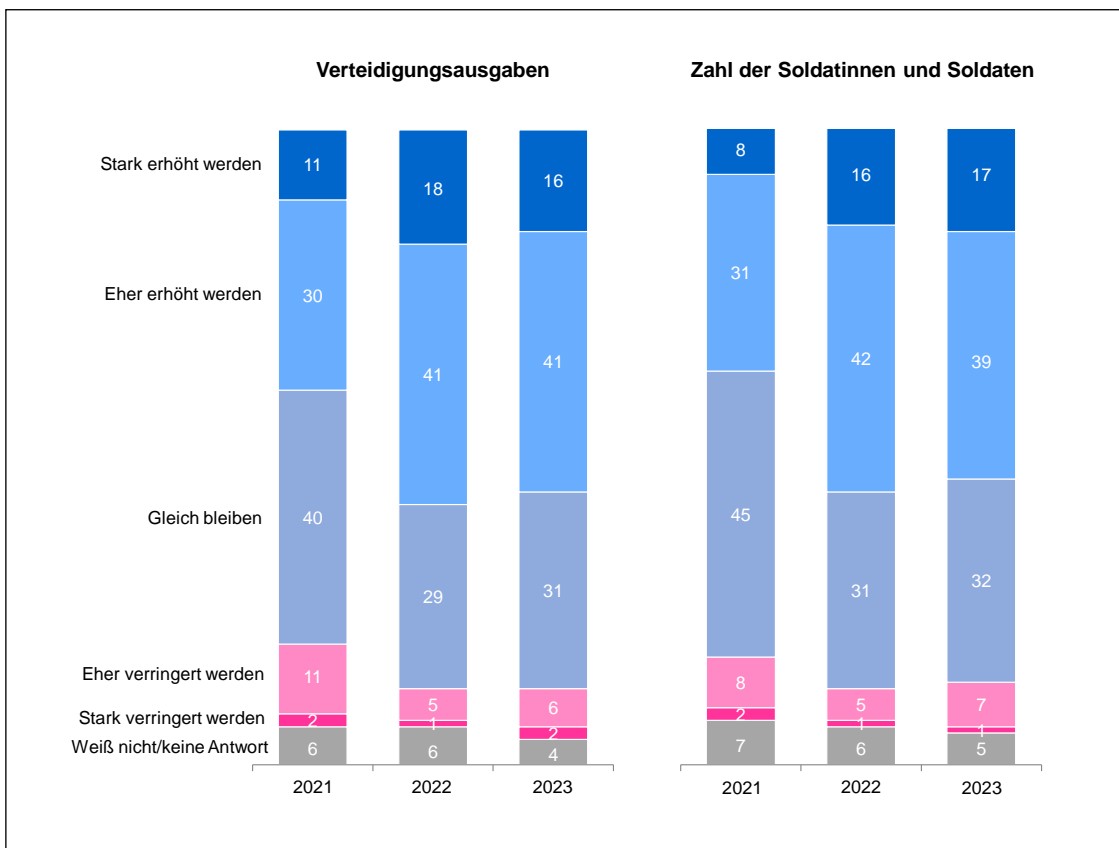
Anmerkungen: Bivariate Korrelationen nach Pearson. Ausgewiesen sind die Korrelationskoeffizienten. Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023.

4 Verteidigungsausgaben und Personalumfang

Infolge von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine im Februar 2022 stieg die öffentliche Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben und der Zahl der Soldatinnen und Soldaten auf einen historischen Höchstwert. Aktuell hält sich die öffentliche Zustimmung zum finanziellen und personellen Aufwuchs der Bundeswehr auf dem Niveau des Vorjahres: Eine absolute Mehrheit befürwortet eine weitere Aufstockung der finanziellen (57 Prozent; -2 Prozentpunkte) und personellen (56 Prozent; -2 Prozentpunkte) Ressourcen der Bundeswehr (vgl. Abbildung 4.1). Nur eine Minderheit von jeweils 8 Prozent spricht sich für eine Verringerung der Verteidigungsausgaben und des Personalumfangs der Bundeswehr aus, während 31 bzw. 32 Prozent für ein gleichbleibendes Niveau plädieren.

Abbildung 4.1: Einstellung zur finanziellen und personellen Stärkung der Bundeswehr 2021–2023



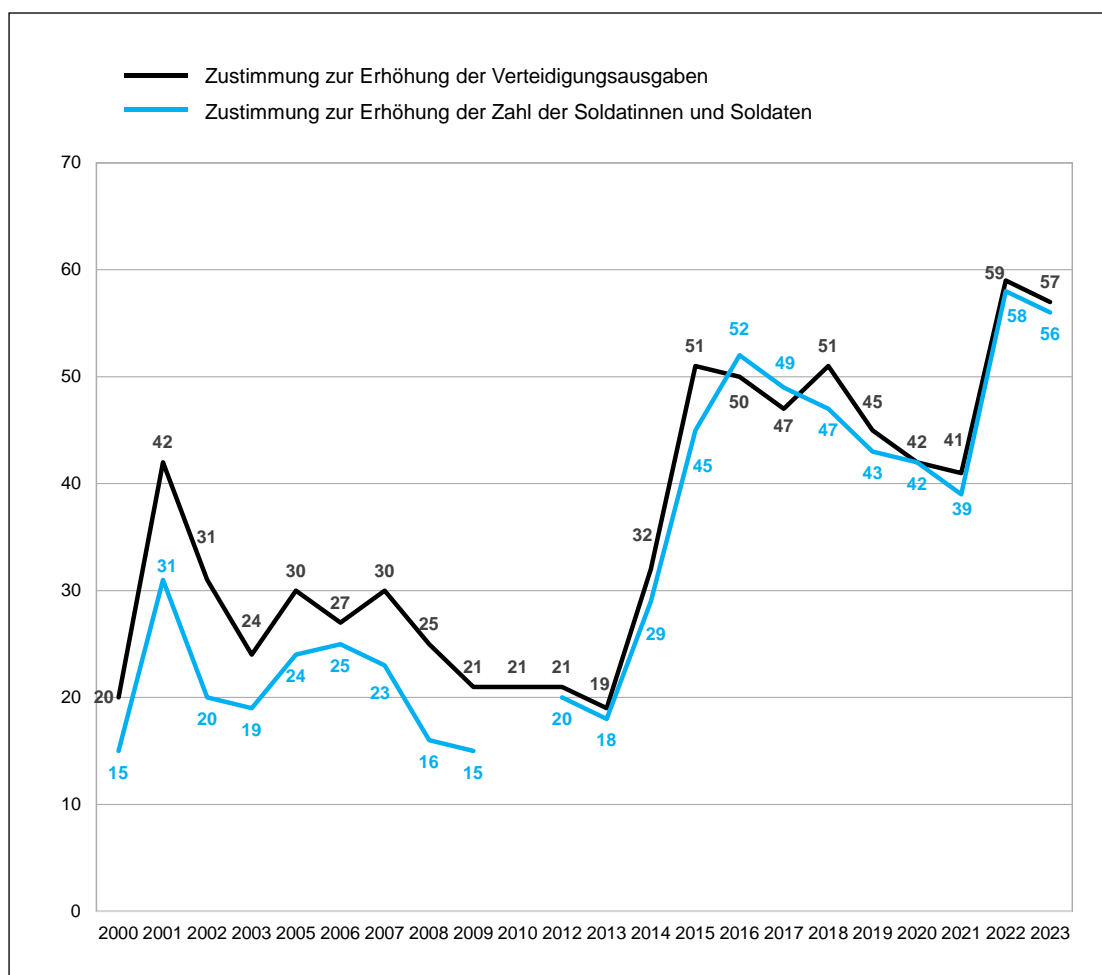
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Fragetext Verteidigungsausgaben: „Was meinen Sie? Sollten die Ausgaben für die Verteidigung in Zukunft erhöht werden, sollten sie gleich bleiben oder sollten diese verringert werden?“ Fragetext Personalumfang: „Was meinen Sie? Sollte die Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in Zukunft erhöht werden, sollte sie gleich bleiben oder sollte diese verringert werden?“

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2021–2023.

Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben und des militärischen Personalumfangs wird durch Bedrohungswahrnehmung beeinflusst

Insgesamt unterliegt das Meinungsbild zu den Verteidigungsausgaben und zur Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr im Zeitverlauf bemerkenswerten Schwankungen (vgl. Abbildung 4.2): Ähnlich wie im Jahr 2022 stieg die öffentliche Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben und der militärischen Personalstärke auch im Jahr 2001 und im Zeitraum 2014–2016 sprunghaft an, was als Reaktion der Bevölkerung auf Veränderungen der sicherheitspolitischen Lage interpretiert werden kann (Anschläge vom 11. September 2001 und russische Annexion der Krim im Jahr 2014).

Abbildung 4.2: Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben und zur Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr

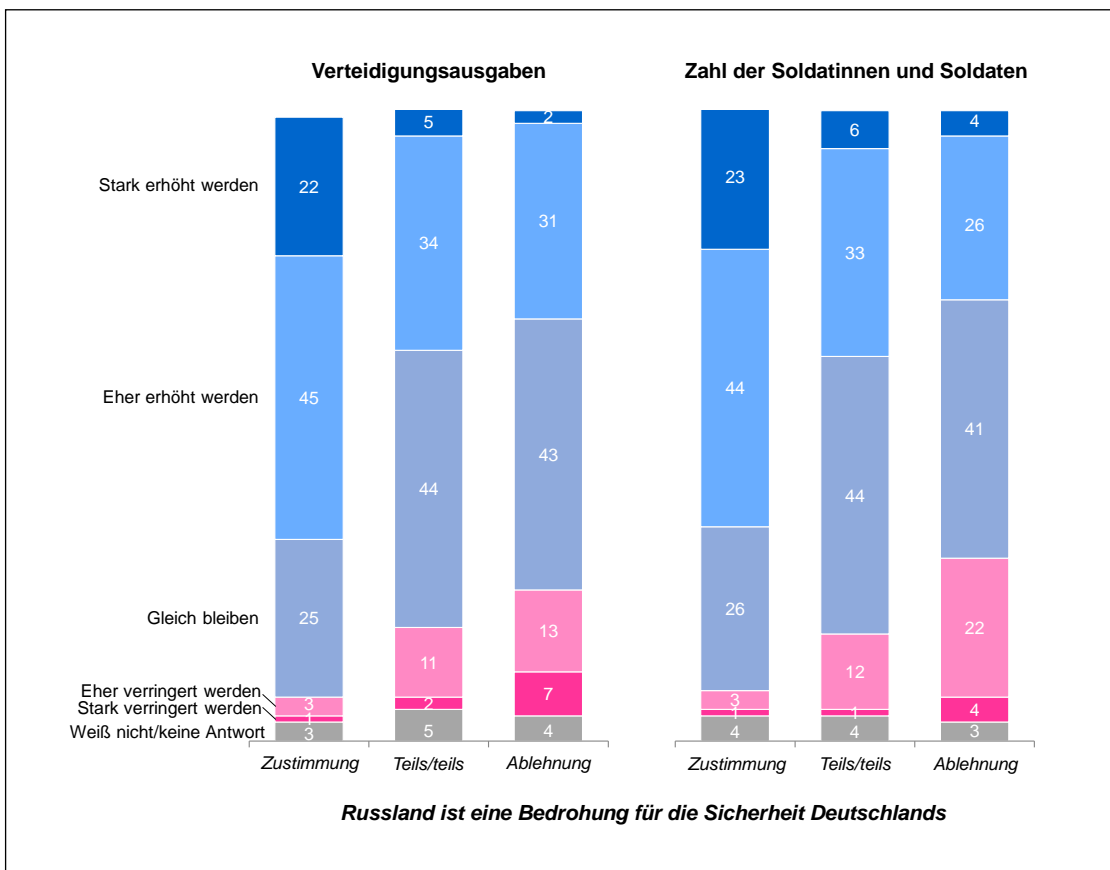


Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Stark erhöht werden“ und „Eher erhöht werden“ wurden jeweils zusammengefasst. Fragetext Verteidigungsausgaben: „Was meinen Sie? Sollten die Ausgaben für die Verteidigung in Zukunft erhöht werden, sollten sie gleich bleiben oder sollten diese verringert werden?“ Fragetext Personalumfang: „Was meinen Sie? Sollte die Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in Zukunft erhöht werden, sollte sie gleich bleiben oder sollte diese verringert werden?“ Die Frage zu den Verteidigungsausgaben wurde 2004 und 2011 nicht erhoben. Die Frage zur Zahl der Soldatinnen und Soldaten wurde 2004, 2010 und 2011 nicht erhoben.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2000–2023.

Diese Interpretation wird auch in der aktuellen Situation durch die Ergebnisse weitergehender Auswertungen gestützt: Diejenigen Befragten, die Russland als eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrnehmen, stimmen der Erhöhung der Verteidigungsausgaben und des militärischen Personals sehr viel stärker zu als diejenigen, die Russland nicht als Bedrohung der nationalen Sicherheit betrachten oder eine ambivalente Bedrohungswahrnehmung haben (vgl. Abbildung 4.3). Selbst in der Gruppe derer, die in Russland keine Gefahr erkennen, spricht sich nur ein Fünftel bzw. ein Viertel für eine Verringerung der finanziellen bzw. personellen Ressourcen der Bundeswehr aus.

Abbildung 4.3: Einstellung zur finanziellen und personellen Stärkung der Bundeswehr in Abhängigkeit von der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Fragetext Verteidigungsausgaben: „Was meinen Sie? Sollten die Ausgaben für die Verteidigung in Zukunft erhöht werden, sollten sie gleich bleiben oder sollten diese verringert werden?“ Fragetext Personalumfang: „Was meinen Sie? Sollte die Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in Zukunft erhöht werden, sollte sie gleich bleiben oder sollte diese verringert werden?“

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023.

Einstellung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben und des militärischen Personalumfangs in soziodemografischen Gruppen

Zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung existieren Unterschiede in der Einstellung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben und der Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr. In nahezu allen untersuchten Gruppen befürwortet eine absolute Mehrheit die Aufstockung der finanziellen und personellen Ressourcen der Bundeswehr (vgl. Tabelle 4.1). Eine der wenigen Ausnahmen ist die Gruppe der 16- bis 29-Jährigen: Mit Zustimmungswerten von 48 bzw. 47 Prozent werden absolute Mehrheiten knapp verfehlt. Die Anhänger der Partei Die Linke sowie die Gruppe der Nichtwählerinnen und Nichtwähler stehen einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben und des Personalumfangs ebenfalls weniger positiv gegenüber als die Vergleichsgruppen und als der Bevölkerungsdurchschnitt. Jedoch plädiert selbst in diesen Gruppen nur eine Minderheit von 8 bis maximal 11 Prozent für eine Verringerung der finanziellen und personellen Ressourcen der Bundeswehr. Regional bemerkenswert ist der vergleichsweise geringe Zuspruch (46 Prozent) zur Stärkung des militärischen Personalkörpers der Bundeswehr unter Befragten in Ostdeutschland. Des Weiteren zeigt sich, dass die Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben und der Zahl der Soldatinnen und Soldaten mit dem Haushaltseinkommen und dem Alter der Befragten zunimmt. Männer und Befragte mit Migrationshintergrund befürworten den finanziellen und personellen Aufwuchs der Bundeswehr stärker als Frauen und Befragte ohne Migrationshintergrund. Insgesamt verdeutlichen die Befunde, dass die Stärkung der Bundeswehr in allen soziodemografischen Gruppen und Wählergruppen auf ein mehrheitlich positives Echo stößt.

Tabelle 4.1: Einstellung zu den Verteidigungsausgaben und zum militärischen Personalumfang der Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen

„Sollten die Ausgaben für die Verteidigung in Zukunft erhöht werden, sollten diese verringert werden oder sollten sie gleich bleiben?“ [Verteidigungsausgaben]						
„Sollte die Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in Zukunft erhöht werden, sollte diese verringert werden oder sollte sie gleich bleiben?“ [Personalumfang]						
	Verteidigungsausgaben			Personalumfang		
	Erhöht werden ¹	Gleich bleiben	Verringert werden ²	Erhöht werden ¹	Gleich bleiben	Verringert werden ²
Insgesamt	57	31	8	56	32	8
Geschlecht		***			***	
Männer	61	28	7	61	30	7
Frauen	52	34	9	51	34	9
Alter		***			***	
16 bis 29 Jahre	48	35	8	47	35	9
30 bis 49 Jahre	58	31	8	58	31	7
50 bis 69 Jahre	61	30	7	59	32	7
70 Jahre und älter	56	32	9	56	30	10
Bildungsniveau		n.s.			n.s.	
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	56	32	8	55	34	8
Realschulabschluss	60	30	7	57	32	7
Hauptschulabschluss	58	30	8	60	28	8
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat		*			*	
4.001 Euro und mehr	61	27	9	59	30	7
2.001 bis 4.000 Euro	57	33	6	58	31	7
Bis 2.000 Euro	54	30	11	51	34	10
Wahlabsicht Bundestagswahl		***			***	
CDU/CSU	66	26	6	66	26	6
SPD	67	26	4	68	24	7
AfD	61	28	10	59	30	9
FDP	66	27	7	74	24	3
Die Linke	50	38	11	40	50	8
Bündnis 90/Die Grünen	54	35	9	54	34	8
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	41	40	11	40	40	10
Region		***			***	
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	54	37	8	59	30	9
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	55	32	11	46	41	10
Süddeutschland (BW, BY)	57	29	8	56	30	7
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	58	30	6	60	29	7
Migrationshintergrund		**			**	
Ja	62	29	5	65	28	4
Nein	56	32	8	55	32	8

Anmerkungen: Angaben in Prozent. 1) Anteile „Stark erhöht werden“ und „Eher erhöht werden“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Stark verringert werden“ und „Eher verringert werden“ wurden zusammengefasst. Fehlende Werte zu 100 Prozent entsprechen dem Antwortanteil der Angabe „weiß nicht/keine Antwort“. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023.

5 Landes- und Bündnisverteidigung

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zustimmung zu fast allen Aspekten der Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO zurückgegangen, am stärksten zu Aspekten der Verteidigung der NATO-Ostflanke (vgl. Abbildung 5.1). Die Zustimmungswerte liegen aber noch immer über dem Niveau vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022.

Die prinzipielle Bündniszugehörigkeit Deutschlands wird von einer absoluten Mehrheit unterstützt: 70 Prozent (-3 Prozentpunkte im Vergleich zu 2022) sind davon überzeugt, dass Deutschland auch weiterhin der NATO angehören muss, um seine Sicherheit gewährleisten zu können; 65 Prozent (-4 Prozentpunkte) sprechen sich für die Einhaltung der finanziellen Zusagen an die NATO aus; 64 Prozent (+2 Prozentpunkte) sind davon überzeugt, dass Deutschland hinter seinen Verpflichtungen gegenüber anderen NATO-Staaten steht; 54 Prozent (-4 Prozentpunkte) plädieren für ein vorrangiges sicherheits- und verteidigungspolitisches Engagement Deutschlands in der NATO.

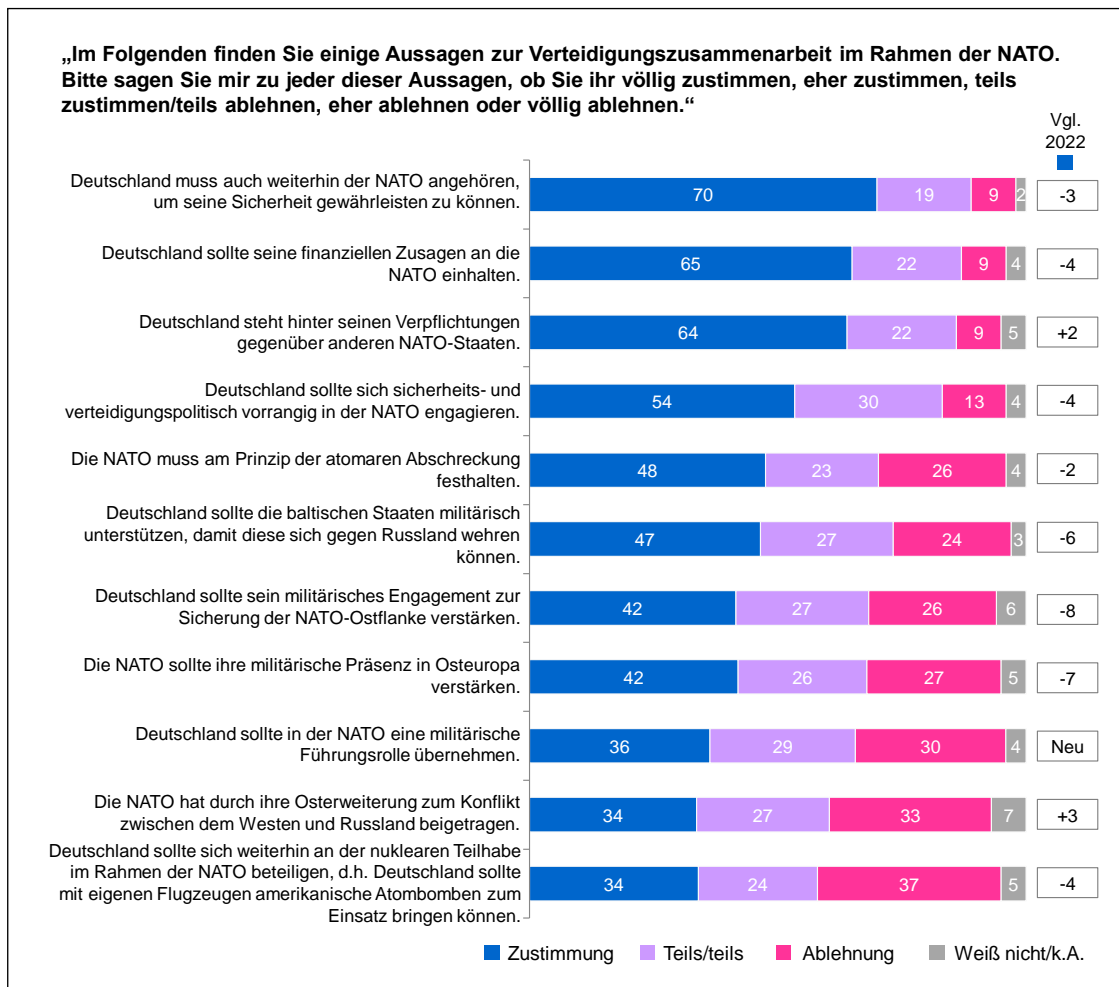
Praktische Aspekte der Bündnisverteidigung werden nur noch von einer relativen Mehrheit unterstützt: 48 Prozent (-2 Prozentpunkte) fordern ein Festhalten der NATO am Prinzip der atomaren Abschreckung; 47 Prozent (-6 Prozentpunkte) sprechen sich für eine militärische Unterstützung Deutschlands für die baltischen Staaten aus, damit diese sich gegen Russland wehren können; jeweils 42 Prozent begrüßen eine stärkere militärische Präsenz der NATO in Osteuropa (-7 Prozentpunkte) und ein stärkeres militärisches Engagement Deutschlands zur Sicherung der NATO-Ostflanke (-8 Prozentpunkte).

Die Bürgerinnen und Bürger haben eine ambivalente Einstellung zu Deutschlands Beteiligung an der nuklearen Teilhabe im Rahmen der NATO (34 Prozent Zustimmung; 37 Prozent Ablehnung) und sind sich uneins, ob Deutschland innerhalb der NATO eine militärische Führungsrolle einnehmen sollte (36 Prozent Zustimmung; 30 Prozent Ablehnung). Zudem besteht in der Bevölkerung Unklarheit darüber, ob die NATO durch ihre Osterweiterung zum Konflikt zwischen dem Westen und Russland beigetragen hat (34 Prozent Zustimmung; 33 Prozent Ablehnung).

Die praktische Bündnissolidarität der deutschen Bevölkerung lässt sich zudem mit der Einstellung zu den konkreten Missionen der Bundeswehr im Bereich Landes- und Bündnisverteidigung (LV/BV) erfassen, z.B. im Baltikum (vgl. Abschnitt 9, Abbildung 9.4): 44 Prozent stimmen der Beteiligung der Bundeswehr an der Enhanced Forward Presence der NATO in Litauen zu (26 Prozent teils/teils; 25 Prozent Ablehnung); 44 Prozent (-4 Prozentpunkte) unterstützen die Beteiligung der Bundeswehr an der Luftraumsicherung (Air Policing) im Baltikum (27 Prozent teils/teils; 24 Prozent Ablehnung). Anhand dieser

Indikatoren offenbart sich im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls ein Rückgang in der öffentlichen Zustimmung zu Deutschlands militärischem Engagement zur Rückversicherung der östlichen Bündnispartner und zur Sicherung der NATO-Ostflanke (vgl. Abschnitt 9).

Abbildung 5.1: Einstellungen zur Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ sowie „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst.

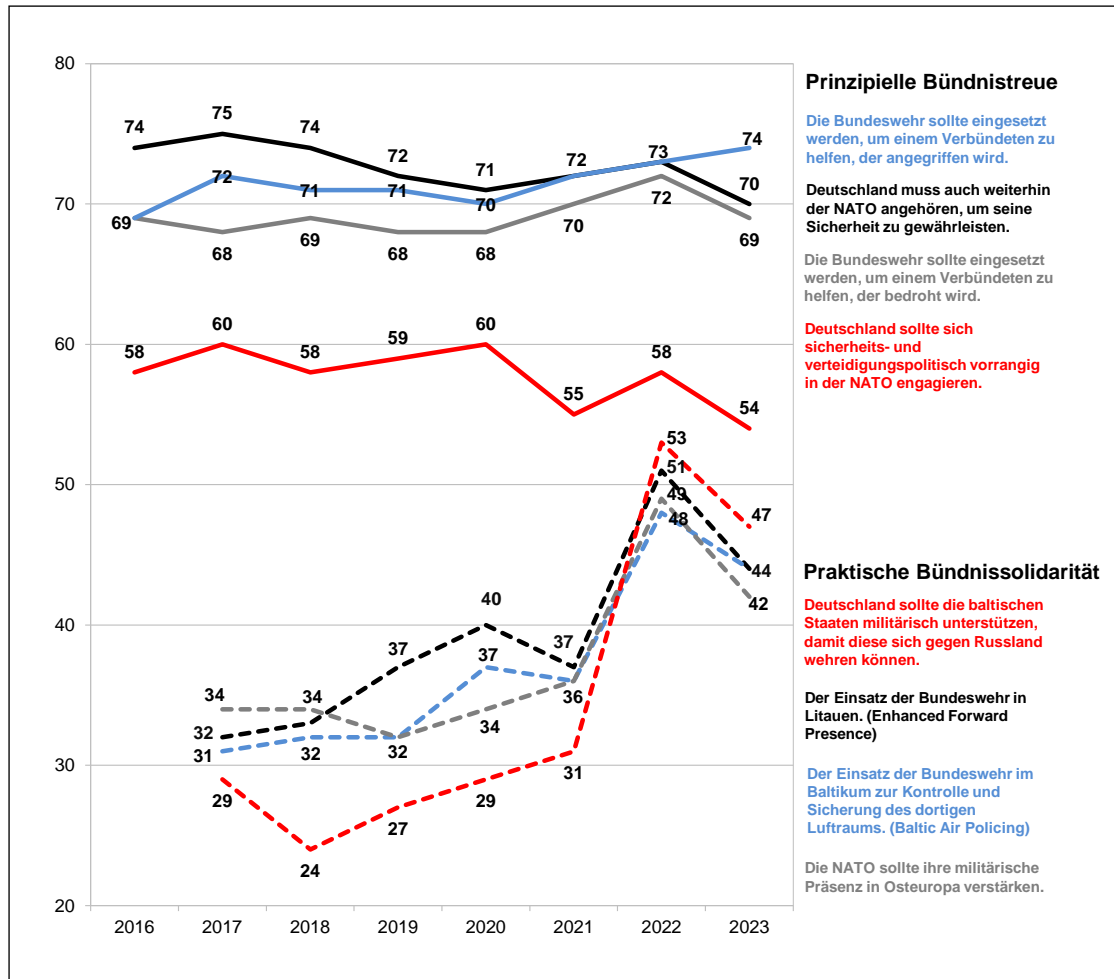
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2022 und 2023.

Lücke zwischen prinzipieller und praktischer Bündnissolidarität wächst wieder

Bestand in den Jahren 2016–2021 ein ausgeprägtes Missverhältnis zwischen der hohen Zustimmung zu prinzipiellen Aspekten der Bündnistreue und der eher geringen Zustimmung zu praktischen Aspekten der Bündnissolidarität, so verringerte sich diese Diskrepanz infolge des Ukraine-Krieges im Jahr 2022 deutlich (vgl. Abbildung 5.2). Im Vergleich zum Vorjahr ist nun die öffentliche Zustimmung zu prinzipiellen Aspekten der Bündnistreue etwas weniger stark gesunken als die Zustimmung zu konkreten Maßnahmen zur Sicherung der NATO-Ostflanke und zur Rückversicherung der östlichen

Bündnispartner, wodurch die Lücke zwischen prinzipieller Bündnistreue und praktischer Bündnissolidarität wieder wächst.

Abbildung 5.2: Zustimmung zu prinzipiellen und praktischen Aspekten der Bündnisverteidigung, 2016–2023



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ wurden jeweils zusammengefasst. Der Wert für EFP Litauen für 2023 ist nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2016–2023.

Einstellungen zur Bündnisverteidigung in soziodemografischen Gruppen

Nachfolgend wird beschrieben, ob zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung statistisch signifikante Unterschiede in der prinzipiellen Bündnistreue und der praktischen Bündnissolidarität bestehen. Diese beiden Einstellungen sollen umfassend untersucht werden, weshalb die einzelnen Indikatoren, wie sie in Abbildung 5.2 dargestellt sind, in zwei Indexvariablen zusammengefasst wurden, die einen Wertebereich von 0 (völlige Ablehnung) bis 1 (völlige Zustimmung) haben. Ein Mittelwert von 0,5 entspricht einer ambivalenten Einstellung. Die Ergebnisse in Tabelle 5.1 zeigen, dass in allen untersuchten Gruppen die praktische Bündnissolidarität

geringer ausgeprägt ist als die prinzipielle Bündnistreue. Allerdings besteht zwischen den Gruppen eine Vielzahl statistisch signifikanter Unterschiede in den beiden Einstellungen.

Tabelle 5.1: Prinzipielle Bündnistreue und praktische Bündnissolidarität in soziodemografischen Gruppen

	Prinzipielle Bündnistreue	Praktische Bündnissolidarität
Insgesamt	0,72	0,58
Geschlecht	**	**
Männer	0,73	0,59
Frauen	0,71	0,56
Alter	n.s.	n.s.
16 bis 29 Jahre	0,71	0,56
30 bis 49 Jahre	0,72	0,59
50 bis 69 Jahre	0,73	0,58
70 Jahre und älter	0,72	0,58
Bildungsniveau	n.s.	n.s.
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,73	0,58
Realschulabschluss	0,71	0,57
Hauptschulabschluss	0,72	0,59
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	***	***
4.001 Euro und mehr	0,75	0,61
2.001 bis 4.000 Euro	0,72	0,58
Bis 2.000 Euro	0,68	0,54
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***
CDU/CSU	0,75	0,63
SPD	0,76	0,65
AfD	0,69	0,49
FDP	0,79	0,68
Die Linke	0,69	0,50
Bündnis 90/Die Grünen	0,72	0,62
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,68	0,51
Region	***	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,72	0,60
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,68	0,48
Süddeutschland (BW, BY)	0,74	0,59
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,73	0,61
Migrationshintergrund	**	***
Ja	0,78	0,65
Nein	0,71	0,57

Anmerkungen: Ausgewiesen sind die Mittelwerte. Alle Variablen haben einen Wertebereich von [0 – völlige Ablehnung; 1 – völlige Zustimmung]. Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet. Beide Indexvariablen haben eine sehr gute Skalenreliabilität (Cronbachs alpha = 0,77 [prinzipielle Bündnistreue]; 0,82 [praktische Bündnissolidarität]).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023.

Unter Männern und Befragten mit Migrationshintergrund sind die prinzipielle Bündnistreue und die praktische Bündnissolidarität im Durchschnitt etwas stärker ausgeprägt als in den entsprechenden Vergleichsgruppen. Beide Einstellungen zur Bündnisverteidigung sind umso positiver, je höher das Haushaltseinkommen der Befragten ist. Befragte in Ostdeutschland stehen den prinzipiellen und vor allem den praktischen Aspekten der NATO-Bündnisverteidigung im Durchschnitt weniger positiv gegenüber als die Befragten in den anderen Regionen. Die Unterschiede in der prinzipiellen Bündnistreue sind zwischen den Wählergruppen zwar statistisch signifikant, aber nicht substantiell: Alle Wählergruppen haben eine überwiegend positive Einstellung. In der Bereitschaft zur praktischen militärischen Unterstützung der östlichen Bündnispartner bestehen dagegen erhebliche Unterschiede: Die praktische Bündnissolidarität der Anhänger der AfD, der Linken sowie der Gruppe der Nichtwähler ist im Durchschnitt ambivalent und damit deutlich geringer ausgeprägt als die überwiegend positive Haltung der Wählerinnen und Wähler der übrigen Parteien. Anders formuliert: Deutschlands militärisches Engagement zur Rückversicherung der östlichen Bündnispartner und zur Sicherung der NATO-Ostflanke ist vor allem an den Rändern des politischen Spektrums umstritten. Diese Beobachtung deckt sich mit dem Befund, dass die Anhänger der AfD, der Linken und die Gruppe der Nichtwähler auch die vergleichsweise kritischste Einstellung zu Deutschlands militärischer Unterstützung der Ukraine haben (vgl. Abschnitt 3, Tabelle 3.2).

Starker Zusammenhang zwischen praktischer NATO-Bündnissolidarität und Einstellung zur militärischen Unterstützung der Ukraine

Unabhängig von der politischen Orientierung korreliert die praktische Solidarität mit den östlichen Bündnispartnern stark mit allen Aspekten der Bereitschaft zur militärischen Unterstützung der Ukraine. Je stärker die praktische NATO-Bündnissolidarität der Befragten ist, desto größer ist die grundsätzliche Zustimmung zur militärischen Unterstützung der Ukraine ($r = 0,59$; $p < 0,001$); desto geringer ist der Zuspruch zu einer ausschließlich nichtmilitärischen Unterstützung der Ukraine ($r = -0,37$; $p < 0,001$); desto größer ist die Erwartung, dass deutsche Waffenlieferungen zu einem schnelleren Ende des Krieges beitragen können ($r = 0,47$; $p < 0,001$); desto geringer ist die Sorge, dass deutsche Waffenlieferungen zu einer Ausweitung des Krieges führen ($r = -0,42$; $p < 0,001$); und desto weniger werden deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands bewertet ($r = -0,043$; $p < 0,001$). Kurzum: Je mehr sich die Befragten für ein aktives militärisches Engagement Deutschlands zur Verteidigung der NATO-Ostflanke aussprechen, desto größer ist auch ihre Bereitschaft, die Ukraine in ihrem Abwehrkampf gegen Russland mit militärischen Mitteln zu unterstützen. Dieser Zusammenhang wird besonders deutlich, wenn man die deutsche Bevölkerung entsprechend der

Ausprägung ihrer praktischen NATO-Bündnissolidarität in drei Gruppen einteilt (stark, mittel, schwach) und deren Zustimmungswerte zu den Aussagen über die Unterstützung der Ukraine miteinander vergleicht. Die Vorbehalte gegen Deutschlands militärische Unterstützung der Ukraine, insbesondere durch Waffenlieferungen, konzentrieren sich in jenem Teil der Bevölkerung, dessen Zustimmung zur aktiven Verteidigung der NATO-Ostflanke schwach ausgeprägt ist (vgl. Tabelle 5.2). Umgekehrt gilt: Wer die NATO-Ostflanke schützen will, befürwortet die Unterstützung der Ukraine in ihrem Abwehrkampf gegen Russland auch mit militärischen Mitteln und erkennt in dieser Unterstützung eine Chance und weniger ein Risiko.

Tabelle 5.2: Zustimmung zu Aussagen über die Unterstützung der Ukraine in Abhängigkeit von der praktischen NATO-Bündnissolidarität

	Unterstützung Ukraine:		Waffenlieferungen an die Ukraine:		
	Militärisch	Ausschließlich nichtmilitärisch	Schnelleres Kriegsende	Ausweitung des Krieges	Sicherheitsrisiko für Deutschland
Praktische NATO-Bündnissolidarität					
Stark	70	31	42	31	27
Mittel	32	38	21	44	38
Schwach	17	62	8	59	55

Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ wurden jeweils zusammengefasst. Lesebeispiel: 70 Prozent derjenigen, die eine starke NATO-Bündnissolidarität aufweisen, sprechen sich für eine militärische Unterstützung der Ukraine aus.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023.

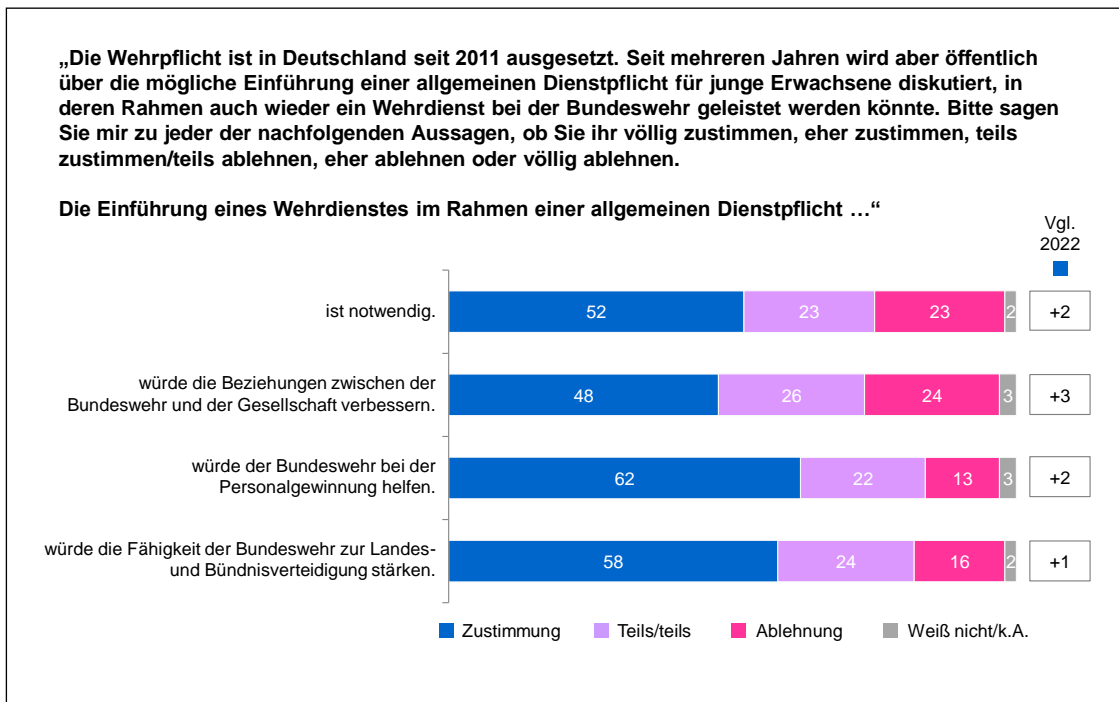
Wahrgenommene Bedrohung durch Russland beeinflusst praktische Bündnissolidarität

Wie die Bereitschaft zur militärischen Unterstützung der Ukraine (vgl. Abschnitt 3) hängt auch die Bereitschaft zur Unterstützung der östlichen NATO-Bündnispartner entscheidend von der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland ab. Wer Russland als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrnimmt, stimmt allen Aussagen zur konkreten Bündnisverteidigung sehr viel stärker zu (Anteile „stimme eher zu“ und „stimme völlig zu“ zusammengefasst) als jene Befragten, die Russland nicht als Bedrohung wahrnehmen oder ein ambivalentes Bedrohungsgefühl haben: NATO-Präsenz in Osteuropa verstärken (53 zu 18 Prozent Zustimmung); militärische Unterstützung der baltischen Staaten (60 zu 11 Prozent Zustimmung); grundsätzlich stärkeres militärisches Engagement Deutschlands an der Ostflanke (52 zu 20 Prozent Zustimmung); Einsatz der Bundeswehr in Litauen (58 zu 21 Prozent Zustimmung); Einsatz der Bundeswehr beim Air Policing im Baltikum (56 zu 19 Prozent Zustimmung); Einsatz der Bundeswehr in der Slowakei (58 zu 16 Prozent Zustimmung); Einsatz der Bundeswehr zur Luftraumüberwachung in Polen (63 zu 19 Prozent Zustimmung).

6 Wehrdienst und Verteidigungsbereitschaft

Die Wehrpflicht in Deutschland wurde 2011 ausgesetzt. Im Spannungs- oder Verteidigungsfall könnte die Wehrpflicht gemäß Artikel 12a des Grundgesetzes jedoch wieder aktiviert werden. Eine Mehrheit von 52 Prozent (+2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2022) hält aktuell die Einführung eines Wehrdienstes im Rahmen einer allgemeinen Dienstpflicht für notwendig, während 23 Prozent keine Notwendigkeit sehen und 23 Prozent unentschieden sind (vgl. Abbildung 6.1). Ein großer Teil der Bürgerinnen und Bürger ist der Auffassung, dass die Einführung eines Wehrdienstes die Beziehungen zwischen der Bundeswehr und der Gesellschaft verbessern (48 Prozent; +3 Prozentpunkte), der Bundeswehr bei der Personalgewinnung helfen (62 Prozent; +2 Prozentpunkte) und die Fähigkeit der Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung stärken würde (58 Prozent; +1 Prozentpunkt). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die überwiegend positive Einstellung in der Bevölkerung zur möglichen Einführung eines Wehrdienstes weiter verstärkt.

Abbildung 6.1: Aussagen zur möglichen Einführung eines Wehrdienstes



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ sowie „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2022 und 2023.

Die Zustimmung zur möglichen Einführung eines Wehrdienstes und die Erwartungen an die möglichen Auswirkungen eines Wehrdienstes unterscheiden sich zum Teil erheblich zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung. Ungeachtet dieser Unterschiede ist festzustellen: Mit wenigen Ausnahmen besteht in allen untersuchten Gruppen eine überwiegend positive Einstellung zur Einführung eines Wehrdienstes. So ist in allen Gruppen eine relative oder absolute Mehrheit der Auffassung, dass die Einführung eines Wehrdienstes notwendig ist (41 bis 60 Prozent). Auch erwartet eine relative oder absolute Mehrheit in allen untersuchten Gruppen durch die Einführung eines Wehrdienstes positive Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen der Bundeswehr und der Gesellschaft (38 bis 61 Prozent), die Personalgewinnung der Bundeswehr (51 bis 72 Prozent) und die Fähigkeit der Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung (45 bis 71 Prozent). Männer stehen einem Wehrdienst insgesamt etwas positiver gegenüber als Frauen, aber das Alter der Befragten spielt hier eine entscheidende Rolle: Unter jungen Männern (16–29 Jahre) ist die Zustimmung zu allen Aspekten der Einführung eines Wehrdienstes geringer als unter älteren Männern ab 30 Jahren. Die jüngeren Frauen (16–29 Jahre) stehen allen Aspekten der Wiedereinführung eines Wehrdienstes ebenfalls weniger positiv gegenüber als Frauen ab 30 Jahren. Unabhängig vom Geschlecht wächst die Zustimmung zu allen Aspekten der Einführung eines Wehrdienstes mit dem Alter der Befragten. Die Unterschiede zwischen den Altersgruppen stellen aber keinen „Generationenkonflikt“ dar, weil selbst in der Gruppe der 16–29-Jährigen eine relative Mehrheit allen Aspekten der Einführung eines Wehrdienstes zustimmt. Mit steigender Bildung nimmt die Überzeugung von der Notwendigkeit der Einführung eines Wehrdienstes ab; Gleiches gilt für die Erwartung von möglichen positiven Auswirkungen auf die Fähigkeiten der Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung. Der Vergleich der Regionen zeigt, dass in Ostdeutschland nur 44 Prozent von der Notwendigkeit der Einführung eines Wehrdienstes überzeugt sind, während es in den anderen Regionen absolute Mehrheiten sind. Die Zustimmung zu allen Aspekten der Einführung eines Wehrdienstes ist in Norddeutschland am größten. Mit Blick auf die Unterschiede zwischen den Wählergruppen lässt sich festhalten, dass die Wählerinnen und Wähler der CDU/CSU, der SPD und der FDP eine positivere Einstellung zu allen Aspekten der Einführung eines Wehrdienstes haben als die der Linken, der Grünen, der AfD oder die Gruppe der Nichtwähler. Zwischen Befragten mit und ohne Migrationshintergrund bestehen hingegen kaum Unterschiede in der Zustimmung zur Einführung eines Wehrdienstes. Einziger Unterschied: Befragte mit Migrationshintergrund sind stärker (66 Prozent) davon überzeugt als Befragte ohne Migrationshintergrund (57 Prozent), dass ein Wehrdienst die Fähigkeit der Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung steigern würde.

Tabelle 6.1: Zustimmung zu Aussagen über die mögliche Einführung eines Wehrdienstes – in soziodemografischen Gruppen, 2023

	Notwendig	Gesellschaft	Personal	LV/BV
„Die Einführung eines Wehrdienstes im Rahmen einer allgemeinen Dienstpflicht ...				
... ist notwendig. [Notwendig]				
... würde die Beziehungen zwischen der Bundeswehr und der Gesellschaft verbessern. [Gesellschaft]				
... würde der Bundeswehr bei der Personalgewinnung helfen. [Personal]				
... würde die Fähigkeit der Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung stärken.“ [LV/BV]				
Insgesamt	52	48	62	58
Geschlecht	***	***	***	***
Männer (Insgesamt)	56	51	65	61
Männer (16–29 Jahre)	41	45	56	50
Frauen (Insgesamt)	47	45	60	55
Frauen (16–29 Jahre)	41	42	51	45
Alter	***	n.s.	**	***
16 bis 29 Jahre	41	43	54	47
30 bis 49 Jahre	51	47	63	59
50 bis 69 Jahre	55	49	66	61
70 Jahre und älter	57	50	64	62
Bildungsniveau	*	n.s.	n.s.	*
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	50	48	62	56
Realschulabschluss	51	49	64	59
Hauptschulabschluss	59	49	65	62
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
4.001 Euro und mehr	53	52	62	59
2.001 bis 4.000 Euro	51	48	65	59
Bis 2.000 Euro	51	47	62	56
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***	***	***
CDU/CSU	57	53	68	65
SPD	62	54	72	66
AfD	54	48	55	55
FDP	58	49	67	71
Die Linke	45	49	60	56
Bündnis 90/Die Grünen	45	48	61	53
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	42	38	55	49
Region	***	***	***	**
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	60	61	68	63
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	44	45	60	58
Süddeutschland (BW, BY)	52	49	64	57
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	52	42	59	56
Migrationshintergrund	n.s.	n.s.	n.s.	**
Ja	50	50	65	66
Nein	52	47	62	57

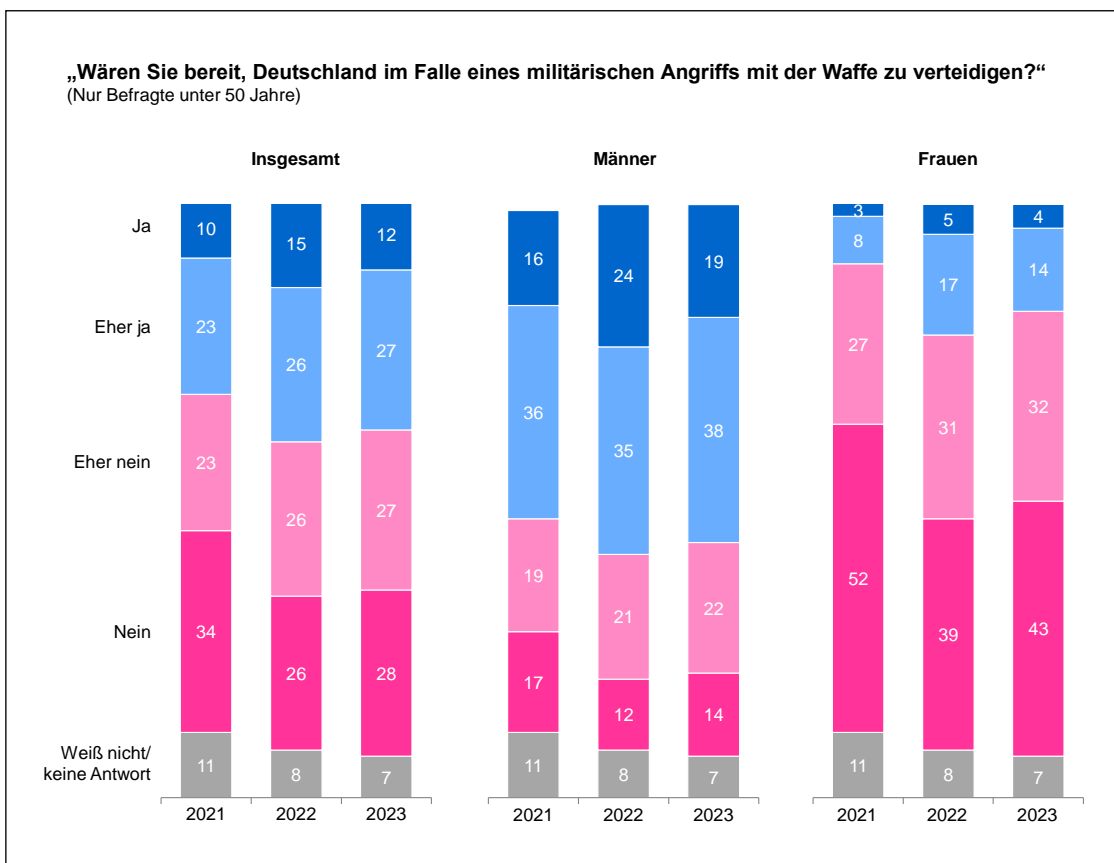
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ wurden jeweils zusammengefasst. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023.

Persönliche Verteidigungsbereitschaft

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter 50 Jahren (n = 1.060) wurden auch zu ihrer persönlichen Verteidigungsbereitschaft befragt. Im Vergleich der letzten Jahre zeigt sich, dass die persönliche Verteidigungsbereitschaft infolge des Ukraine-Krieges leicht anstieg, aber aktuell wieder rückläufig ist (vgl. Abbildung 6.2). Im Jahr 2023 geben 39 Prozent (-2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2022) der Befragten an, Deutschland im Falle eines militärischen Angriffs mit der Waffe verteidigen zu wollen, während eine Mehrheit von 55 Prozent (+3 Prozentpunkte) dies ablehnt. 7 Prozent der Befragten wollten oder konnten diese Frage nicht beantworten. In allen Erhebungsjahren ist die persönliche Verteidigungsbereitschaft der Männer (52 bis 59 Prozent) deutlich stärker ausgeprägt als die der Frauen (11 bis 22 Prozent).

Abbildung 6.2: Persönliche Verteidigungsbereitschaft 2021–2023



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Frage wurde nur Befragten unter 50 Jahren gestellt (n = 1.060).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2021–2023.

Die persönliche Verteidigungsbereitschaft unterscheidet sich zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen (vgl. Tabelle 6.2): Männer im Alter von 30 bis 49 Jahren (62 Prozent) sowie Anhänger der AfD (64 Prozent) sind am ehesten bereit,

Deutschland im Falle eines militärischen Angriffs mit der Waffe zu verteidigen. Am schwächsten ist die Verteidigungsbereitschaft unter jungen Frauen im Alter von 16 bis 29 Jahren (17 Prozent), Befragten in Süddeutschland (29 Prozent), den Wählerinnen und Wählern der Grünen (29 Prozent) und der Gruppe der Nichtwähler (26 Prozent).

Tabelle 6.2: Persönliche Verteidigungsbereitschaft in soziodemografischen Gruppen

„Wären Sie bereit, Deutschland im Falle eines militärischen Angriffs mit der Waffe zu verteidigen?“			
	Ja ¹	Nein ²	Weiß nicht/ Keine Antwort
Insgesamt	39	55	7
Geschlecht ***			
Männer (Insgesamt)	57	36	7
Männer (16 bis 29 Jahre)	52	40	8
Männer (30 bis 49 Jahre)	62	33	6
Frauen (Insgesamt)	18	75	7
Frauen (16 bis 29 Jahre)	17	76	7
Frauen (30 bis 49 Jahre)	19	75	6
Bildungsniveau ^{n.s.}			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	42	52	6
Realschulabschluss	36	57	7
Hauptschulabschluss	39	53	8
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat ^{n.s.}			
4.001 Euro und mehr	38	58	4
2.001 bis 4.000 Euro	42	52	6
Bis 2.000 Euro	29	60	11
Wahlabsicht Bundestagswahl ***			
CDU/CSU	48	47	5
SPD	46	49	5
AfD	64	33	4
FDP	(39)	(49)	(13)
Die Linke	(42)	(58)	(0)
Bündnis 90/Die Grünen	29	64	7
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	26	66	9
Region **			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	44	54	2
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	41	52	7
Süddeutschland (BW, BY)	29	61	10
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	43	52	5
Migrationshintergrund ^{n.s.}			
Ja	36	54	10
Nein	39	55	6

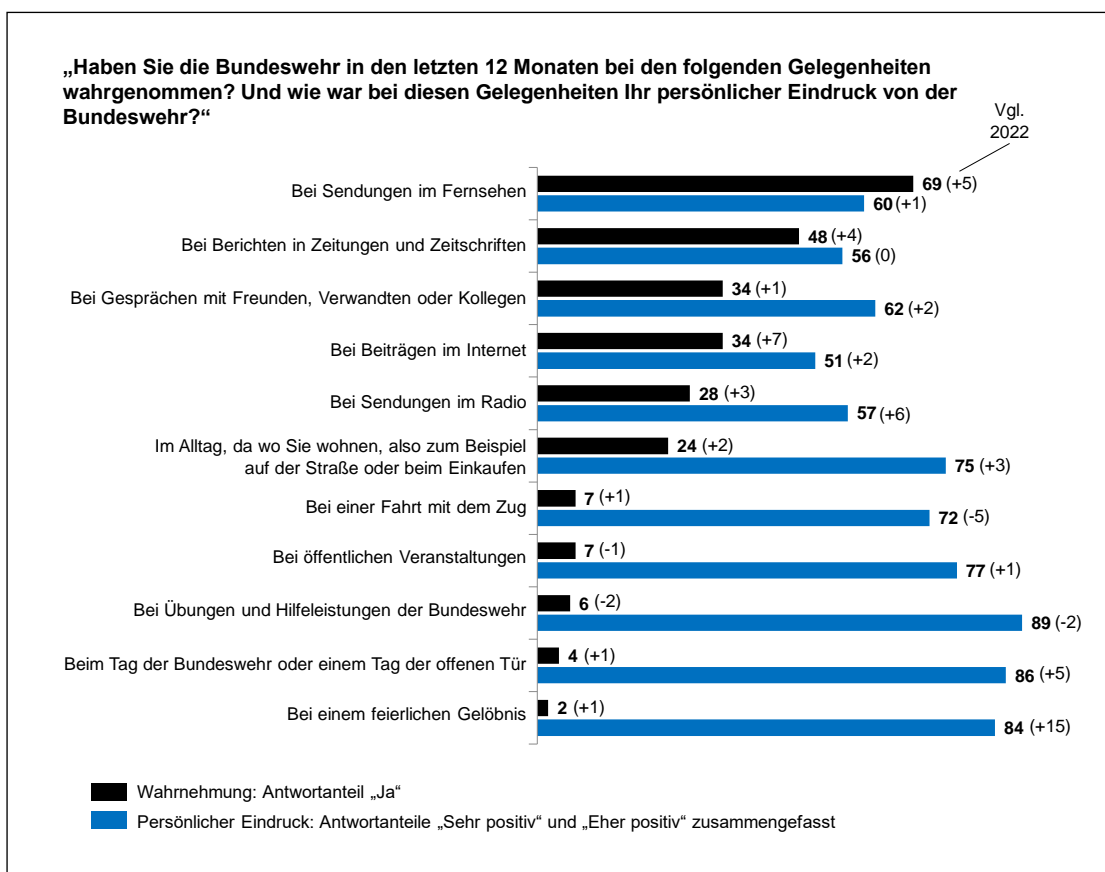
Anmerkungen: Angaben in Prozent. 1) Anteile „Ja“ und „Eher ja“ zusammengefasst; 2) Anteile „Nein“ und „Eher nein“ zusammengefasst. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Frage wurde nur Befragten unter 50 Jahren gestellt (n = 1.060). Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05); Werte in Klammern: n ≤ 50.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023.

7 Öffentliche Wahrnehmung und Akzeptanz der Bundeswehr

Die Bürgerinnen und Bürger nehmen die Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten wahr – persönlich wie medial. Dabei wird die Bundeswehr deutlich öfter in den Medien wahrgenommen als bei persönlichen Gelegenheiten (vgl. Abbildung 7.1). Im Vergleich zum Vorjahr ist die mediale Wahrnehmung der Bundeswehr gestiegen, während die Häufigkeit der persönlichen Kontakterfahrungen nahezu unverändert (gering) ist. Vor allem bei Sendungen im Fernsehen (69 Prozent; +5 Prozentpunkte) und bei Beiträgen im Internet (34 Prozent; +7 Prozentpunkte) wurde die Bundeswehr häufiger wahrgenommen als im Vorjahr. Insgesamt hat die öffentliche Wahrnehmung der Bundeswehr im Vergleich zum Vorjahr zugenommen und der dabei gewonnene Eindruck hat sich leicht verbessert.

Abbildung 7.1: Öffentliche Wahrnehmung der Bundeswehr

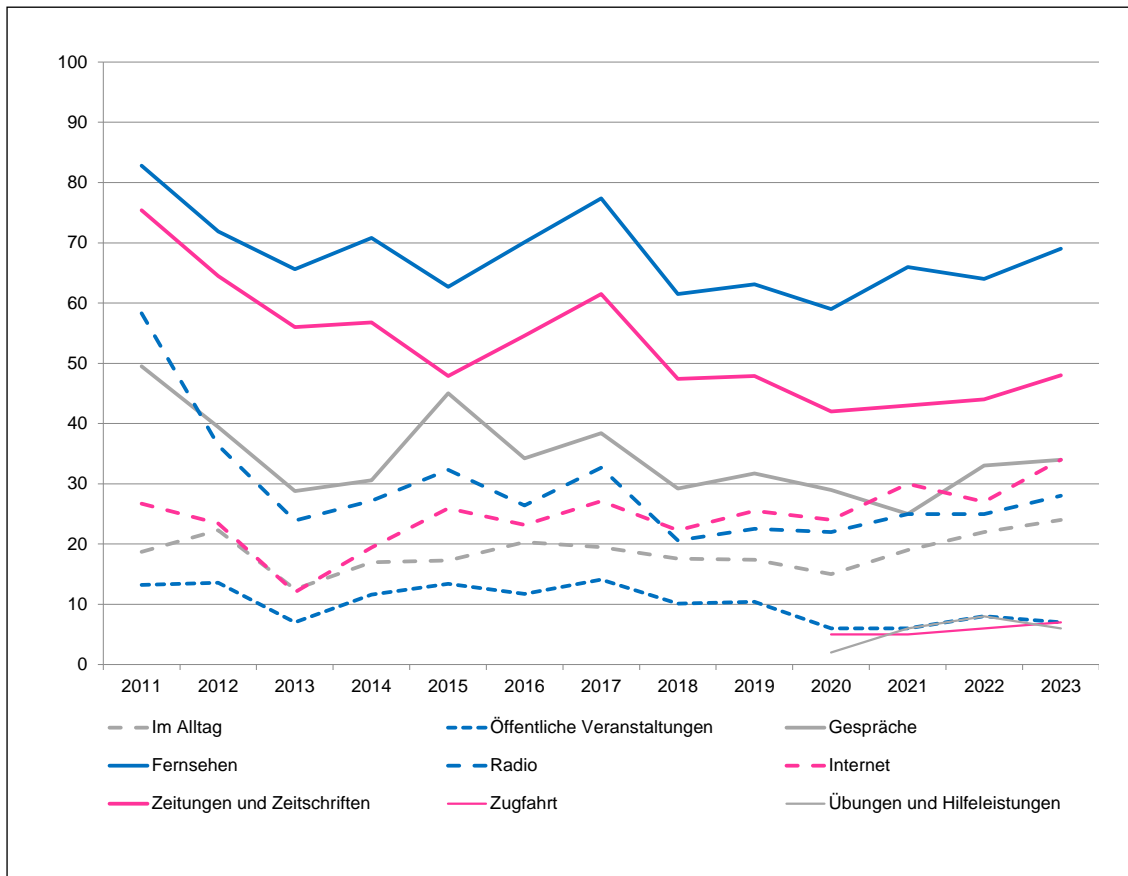


Anmerkung: Angaben in Prozent.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2022 und 2023.

Die Wahrnehmung der Bundeswehr fällt bei persönlichen Begegnungen sehr viel positiver aus als in medialen Berichten. Allerdings kommen die Bürgerinnen und Bürger auf diesen Wegen am seltensten mit ihr in Kontakt. Umgekehrt heißt das: Die Bundeswehr wird über die Medien zwar häufiger, aber nicht ganz so positiv wahrgenommen wie bei persönlichen Begegnungen.

Abbildung 7.2: Wahrnehmung der Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten im Zeitverlauf 2011–2023

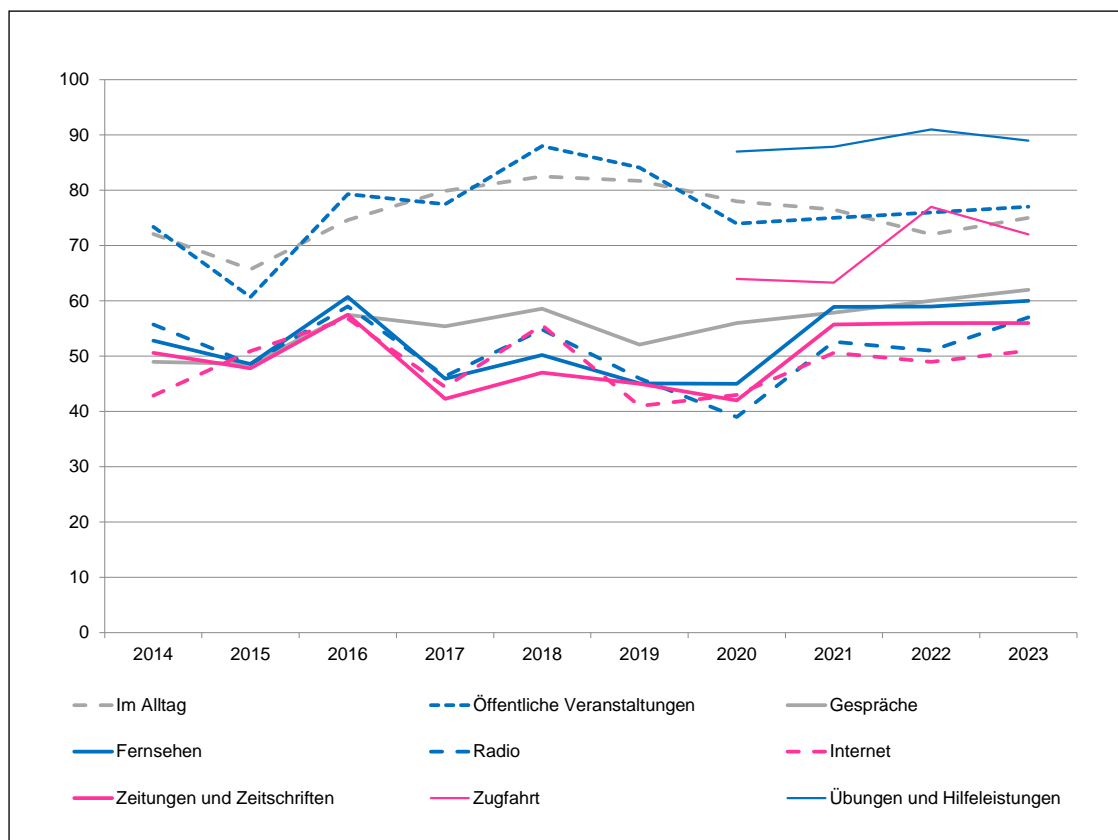


Anmerkungen: Angaben in Prozent. Antwortanteil „Ja“.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2011–2023.

Bei einer längeren zeitlichen Perspektive auf die Wahrnehmung der Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten ist im Zeitraum 2011 bis 2020 eine Abnahme der relativen Häufigkeiten für fast alle massenmedialen wie persönlichen Gelegenheiten zu erkennen (vgl. Abbildung 7.2). Seit 2021 nimmt die Häufigkeit der öffentlichen Wahrnehmung der Bundeswehr wieder leicht zu – medial wie persönlich.

Abbildung 7.3: Persönlicher Eindruck von der Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten im Zeitverlauf 2014–2023



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Positiv: Anteile „Sehr positiv“ und „Eher positiv“ zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2014–2023.

Bei einer längeren zeitlichen Perspektive auf den persönlichen Eindruck von der Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten seit dem Jahr 2014¹ zeigen sich für fast alle neun Optionen teils deutliche Schwankungen in der wahrgenommenen Qualität der Kontakterfahrung (vgl. Abbildung 7.3). Für den gesamten Betrachtungszeitraum lässt sich zwar kein einheitlicher Trend über alle Kontaktformen hinweg identifizieren, jedoch hat sich der Eindruck der Bürgerinnen und Bürger von der Bundeswehr im Zeitraum 2020–2023 für fast alle Kanäle kontinuierlich verbessert, wobei der größte Anstieg im Jahr 2021 erfolgte. Einzige Ausnahmen vom positiven Trend sind der leichte Rückgang im Vergleich zum Vorjahr bei den positiven Kontakterfahrungen mit der Bundeswehr im alltäglichen Umfeld der Bürgerinnen und Bürger und bei Zugfahrten.

¹ In den Jahren zuvor wurden diese Fragen mit anderen, nicht vergleichbaren Antwortskalen erhoben.

Tabelle 7.1: Massenmediale Wahrnehmung der Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen

„Haben Sie die Bundeswehr in den letzten 12 Monaten bei den folgenden Gelegenheiten wahrgenommen?“				
	Fernsehen	Radio	Internet	Printmedien
Insgesamt	69	28	34	48
Geschlecht	***	***	***	***
Männer	73	32	41	53
Frauen	65	24	27	43
Männer 16–29 Jahre	70	17	55	32
Frauen 16–29 Jahre	60	15	42	30
Alter	*	***	***	***
16 bis 29 Jahre	65	16	49	31
30 bis 49 Jahre	66	28	44	45
50 bis 69 Jahre	71	33	26	54
70 Jahre und älter	73	32	17	61
Bildungsniveau	*	n.s.	***	n.s.
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	73	30	48	50
Realschulabschluss	70	28	34	51
Hauptschulabschluss	66	29	19	46
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	n.s.	*	***	*
4.001 Euro und mehr	71	33	47	52
2.001 bis 4.000 Euro	72	30	36	50
Bis 2.000 Euro	65	25	21	43
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***	***	***
CDU/CSU	76	36	35	60
SPD	74	36	30	64
AfD	65	29	45	42
FDP	84	40	48	58
Die Linke	78	31	26	40
Bündnis 90/Die Grünen	68	20	47	44
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	59	17	26	33
Region	**	n.s.	***	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	78	27	44	63
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	66	26	29	44
Süddeutschland (BW, BY)	67	31	36	47
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	67	27	31	46
Migrationshintergrund	n.s.	n.s.	n.s.	*
Ja	73	26	32	41
Nein	68	28	34	49

Anmerkungen: Angaben in Prozent. Antwortanteil „Ja“. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023.

Betrachtet man die Wahrnehmungshäufigkeit der Bundeswehr für die vier Massenmedien Fernsehen, Radio, Internet und Printmedien in den soziodemografischen Gruppen und den verschiedenen Wählergruppen, zeigt sich, dass die Bundeswehr in allen Gruppen am häufigsten bei Berichten im Fernsehen und am seltensten im Radio wahrgenommen wird. Männer nehmen die Bundeswehr häufiger bei Beiträgen in allen vier Massenmedien wahr als Frauen. In der Gruppe der 16- bis 29-Jährigen fallen die Wahrnehmungsunterschiede zwischen Männern und Frauen etwas geringer aus. Am größten ist der Geschlechterunterschied in der Wahrnehmungshäufigkeit der Bundeswehr bei Beiträgen im Internet (Männer: 41 Prozent; Frauen 27 Prozent).

Auch zwischen den Altersgruppen besteht eine Vielzahl von statistisch signifikanten Unterschieden in der massenmedialen Wahrnehmungshäufigkeit der Bundeswehr, was auf die grundsätzlichen Unterschiede in der Mediennutzung der Altersgruppen zurückzuführen sein dürfte. So nimmt mit steigendem Alter die Wahrnehmung der Bundeswehr im Internet ab, während die Wahrnehmung über traditionelle Kanäle zunimmt. Umgekehrt heißt das: Je jünger die Befragten sind, umso eher nehmen sie die Bundeswehr im Internet wahr. Auch mit steigendem Bildungsniveau und Haushaltseinkommen nimmt die Wahrnehmung der Bundeswehr im Internet kontinuierlich zu. Im Internet wird die Bundeswehr also häufiger von jüngeren, einkommensstärkeren und höher gebildeten Personen wahrgenommen. Ungeachtet dessen nehmen *alle* Alters- und Bildungsgruppen die Bundeswehr am häufigsten bei Beiträgen im Fernsehen wahr.²

Der Vergleich der Regionen offenbart, dass Befragte in Norddeutschland die Bundeswehr bei Beiträgen im Fernsehen, im Internet und in Printmedien deutlich häufiger wahrnehmen als Befragte in den anderen Regionen. Befragte mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden sich nur in der Häufigkeit der Wahrnehmung der Bundeswehr in Zeitungen und Zeitschriften: Hier wird die Bundeswehr von Befragten mit Migrationshintergrund etwas seltener wahrgenommen.

Zwischen den Wählergruppen besteht eine Reihe von statistisch signifikanten Unterschieden in der Häufigkeit der Wahrnehmung der Bundeswehr. Von allen Parteianhängern nehmen jene der FDP die Bundeswehr insgesamt am häufigsten wahr (mit Ausnahme der Printmedien). Auch die Anhänger der CDU/CSU und der SPD nehmen die Bundeswehr bei Beiträgen im Fernsehen, im Radio und in Printmedien häufiger wahr als die meisten anderen Parteianhänger. Dagegen wird die Bundeswehr von der Gruppe

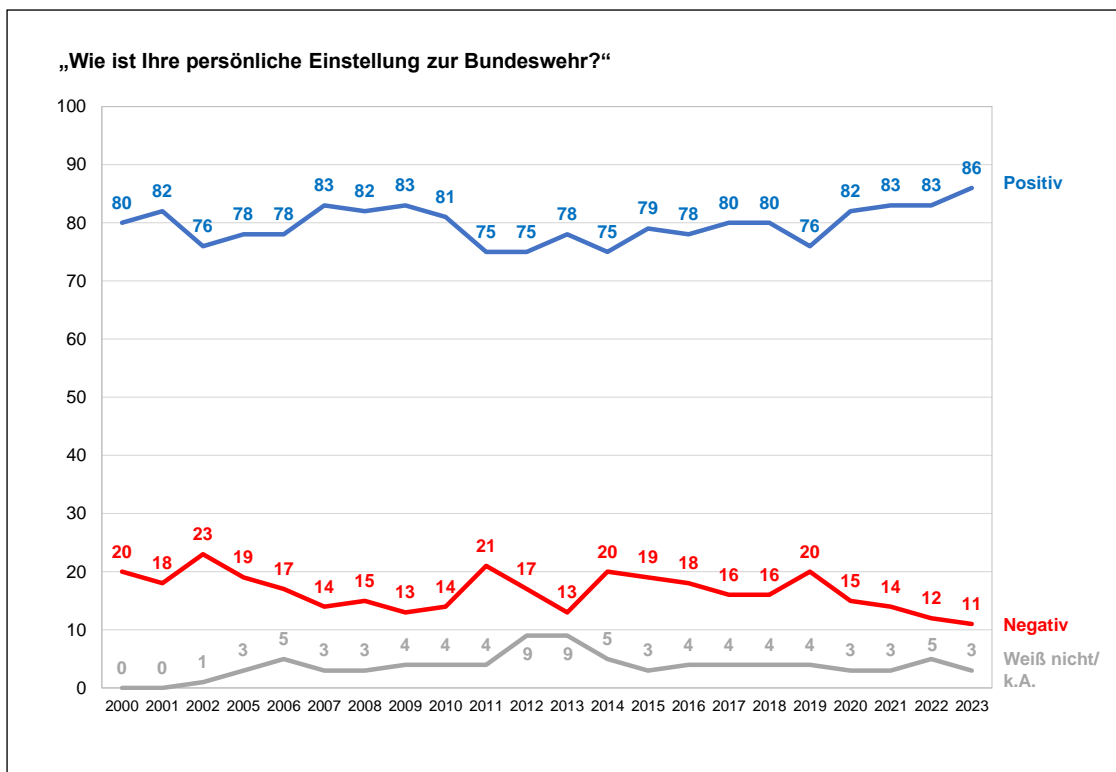
² Unklar ist, ob es sich bei diesen Nennungen ggf. auch um klassische Fernsehformate (z.B. Tagesschau) im Internet (z.B. Youtube) handelt.

der Nichtwählerinnen und Nichtwähler am seltensten wahrgenommen. Darüber hinaus ist kein klares Muster erkennbar.

Einstellung und Vertrauen zur Bundeswehr sowie Ansehen der Bundeswehr

Die seit Jahrzehnten positive Grundeinstellung der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr erreicht im Jahr 2023 einen historischen Höchstwert (vgl. Abbildung 7.4): Annähernd neun von zehn Befragten haben eine positive Einstellung zur Bundeswehr (86 Prozent; +3 Prozentpunkte im Vergleich zu 2022). Ebenso viele Befragte (87 Prozent; -1 Prozentpunkt) vertrauen der Bundeswehr (vgl. Abbildung 7.5). Nur 11 Prozent der Bürgerinnen und Bürger haben eine negative Einstellung zur Bundeswehr und vertrauen ihr nicht. Seit 2014 ist der Anteil der Bevölkerung mit einer positiven Einstellung zur Bundeswehr um 11 Prozentpunkte gewachsen, während sich die Gruppe der Bundeswehr-Kritiker nahezu halbiert hat (2014: 20 Prozent; 2023: 11 Prozent).

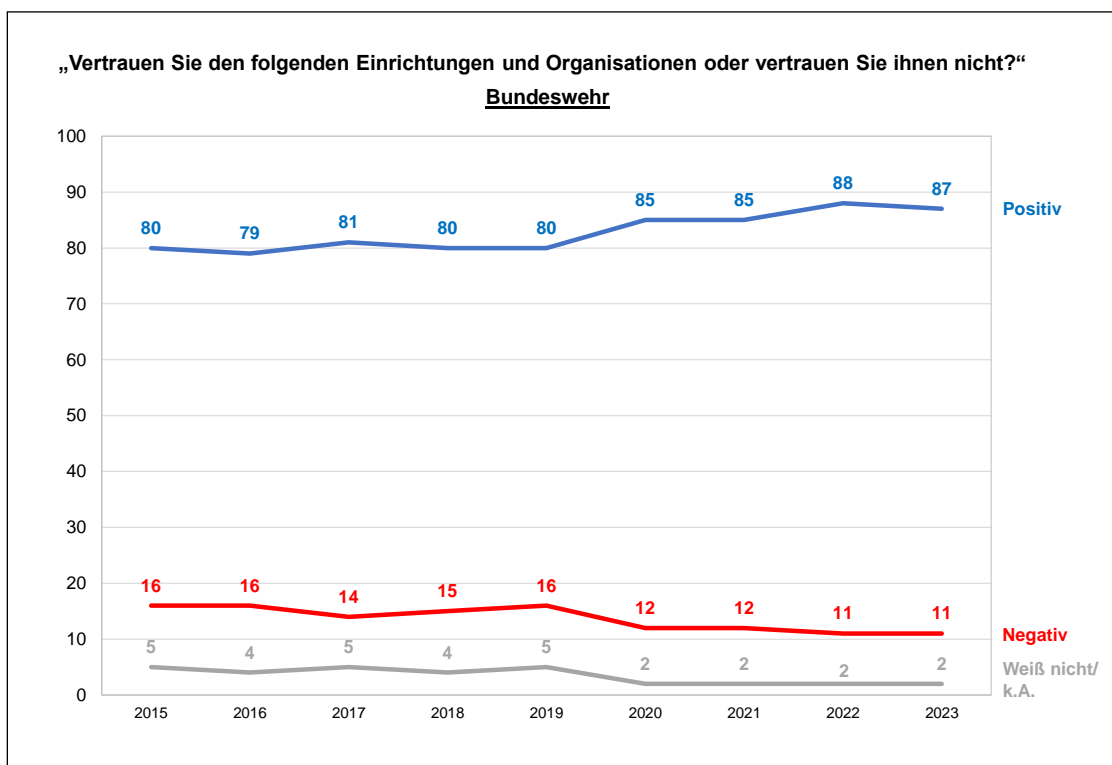
Abbildung 7.4: Einstellung zur Bundeswehr 2000–2023



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Sehr positiv“, „Positiv“ und „Eher positiv“ sowie „Sehr negativ“, „Negativ“ und „Eher negativ“ wurden jeweils zusammengefasst. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. In den Jahren 2000–2005, 2011 und 2014 wurden nur eingeschränkt vergleichbare Daten erhoben (unterschiedliche Bewertungsskala/Erhebungsmethode).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2000–2023.

Abbildung 7.5: Vertrauen in die Bundeswehr 2015–2023



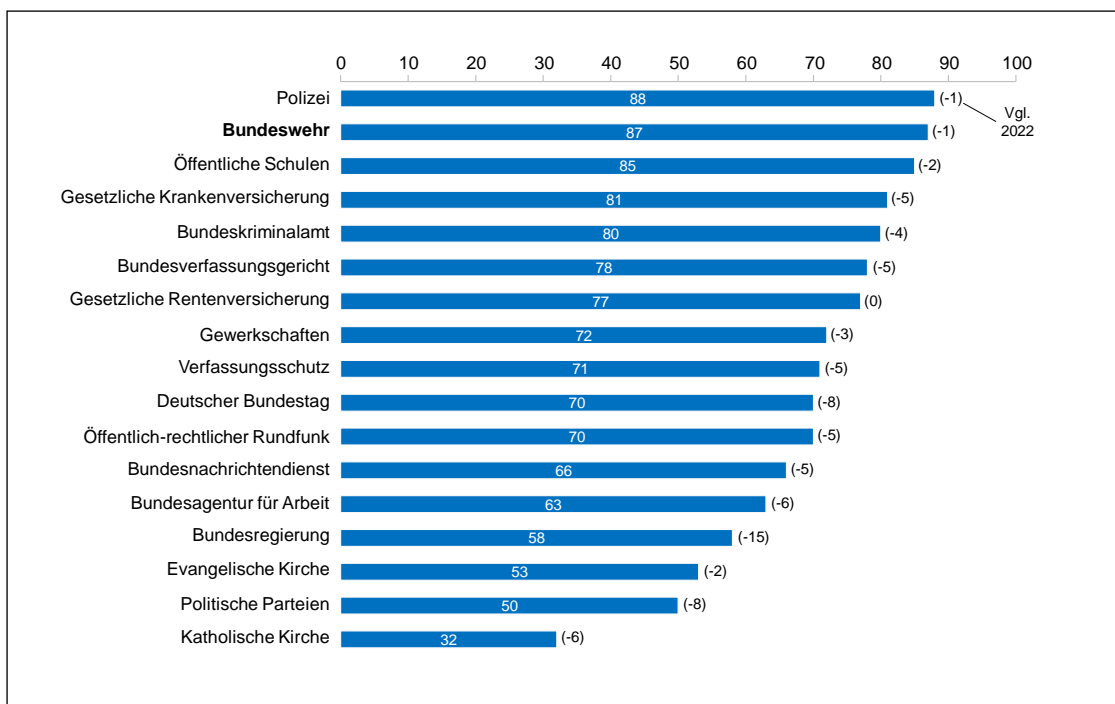
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Vertraue voll und ganz“, „Vertraue überwiegend“ und „Vertraue eher“ sowie „Vertraue eher nicht“, „Vertraue überwiegend nicht“ und „Vertraue überhaupt nicht“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2015–2023.

Im Zeitverlauf zeigt sich auch sehr deutlich, wie stabil die positive Grundeinstellung und das hohe Vertrauen der deutschen Bevölkerung in die Bundeswehr ist. Unabhängig von der sicherheits- und verteidigungspolitischen Lage hatten im vergangenen Vierteljahrhundert mindestens drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger eine positive Einstellung zur Bundeswehr (vgl. Abbildung 7.4). Seit 2015 vertrauten stets mehr als drei Viertel der Befragten der Bundeswehr (vgl. Abbildung 7.5).

Der Vergleich mit anderen staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen verdeutlicht ebenfalls, wie hoch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Bundeswehr ist (vgl. Abbildung 7.6): Das zweite Jahr in Folge kommt die Bundeswehr (87 Prozent) mit nur einem Prozentpunkt Unterschied hinter der Polizei (88 Prozent) auf den zweiten Platz. Während das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger im Vergleich zum Vorjahr in viele andere Institutionen und Organisation zum Teil deutlich gesunken ist, ist das Vertrauen in die Bundeswehr nahezu unverändert hoch. Somit erweist sich das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Bundeswehr auch aktuell als äußerst robust.

Abbildung 7.6: Institutionenvertrauen im Vergleich



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Vertraue voll und ganz“, „Vertraue überwiegend“ und „Vertraue eher“ wurden zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2022 und 2023.

Darüber hinaus genießt die Bundeswehr bei der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ein hohes oder eher hohes Ansehen (61 Prozent; +1 Prozentpunkt), bei 29 Prozent ein mittleres Ansehen und bei nur 9 Prozent ein geringes oder eher geringes Ansehen. 63 Prozent (+1 Prozentpunkt) der Befragten bringen dem Dienst der Soldatinnen und Soldaten volle oder hohe Anerkennung entgegen, 29 Prozent ein mittleres Maß an Anerkennung und 6 Prozent geringe oder gar keine Anerkennung. Eine große Mehrheit von 76 Prozent (-1 Prozentpunkt) ist außerdem davon überzeugt, dass die Bundeswehr für Deutschland wichtig ist, 19 Prozent haben hierzu eine ambivalente Haltung und 5 Prozent sind gegenteiliger Meinung.

Nachfolgend wird beschrieben, ob zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung statistisch signifikante Unterschiede in der Haltung zur Bundeswehr bestehen. Dazu wurde eine Indexvariable gebildet: Die persönliche Einstellung zur Bundeswehr, das Vertrauen in die Bundeswehr, das persönliche Ansehen der Bundeswehr, die den Soldatinnen und Soldaten entgegengebrachte Anerkennung und die wahrgenommene Wichtigkeit der Bundeswehr korrelieren sehr stark miteinander und bilden faktoranalytisch eine einzige Einstellungsdimension. Dementsprechend wurden diese fünf Einstellungsindikatoren in einer Indexvariable zusammengefasst, die einen Wertebereich von 0 (negative Haltung) bis 1 (positive Haltung) aufweist; d.h. ein

niedriger Mittelwert (minimal 0) steht für eine negative Grundhaltung zur Bundeswehr, ein hoher Mittelwert (maximal 1) für eine positive Haltung und ein Mittelwert von 0,5 repräsentiert eine ambivalente Einstellung.

Tabelle 7.2 Grundhaltung zur Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen

	Grundhaltung zur Bundeswehr
Insgesamt	0,72
Geschlecht *	
Männer	0,73
Frauen	0,71
Alter ***	
16 bis 29 Jahre	0,68
30 bis 49 Jahre	0,71
50 bis 69 Jahre	0,73
70 Jahre und älter	0,74
Bildungsniveau ^{n.s.}	
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,71
Realschulabschluss	0,73
Hauptschulabschluss	0,73
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat ^{n.s.}	
4.001 Euro und mehr	0,72
2.001 bis 4.000 Euro	0,72
Bis 2.000 Euro	0,72
Wahlabsicht Bundestagswahl ***	
CDU/CSU	0,76
SPD	0,76
AfD	0,70
FDP	0,74
Die Linke	0,70
Bündnis 90/Die Grünen	0,68
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,67
Region *	
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,71
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,70
Süddeutschland (BW, BY)	0,71
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,73
Migrationshintergrund ***	
Ja	0,75
Nein	0,71

Anmerkungen: Ausgewiesen sind die Mittelwerte; Wertebereich [0 – negative Haltung; 1 – positive Haltung]. Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** $p < 0,001$; ** $p < 0,01$; * $p < 0,05$; n.s. = nicht signifikant ($p \geq 0,05$). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet. Die Indexvariable hat eine sehr gute Skalenreliabilität (Cronbachs alpha = 0,88).

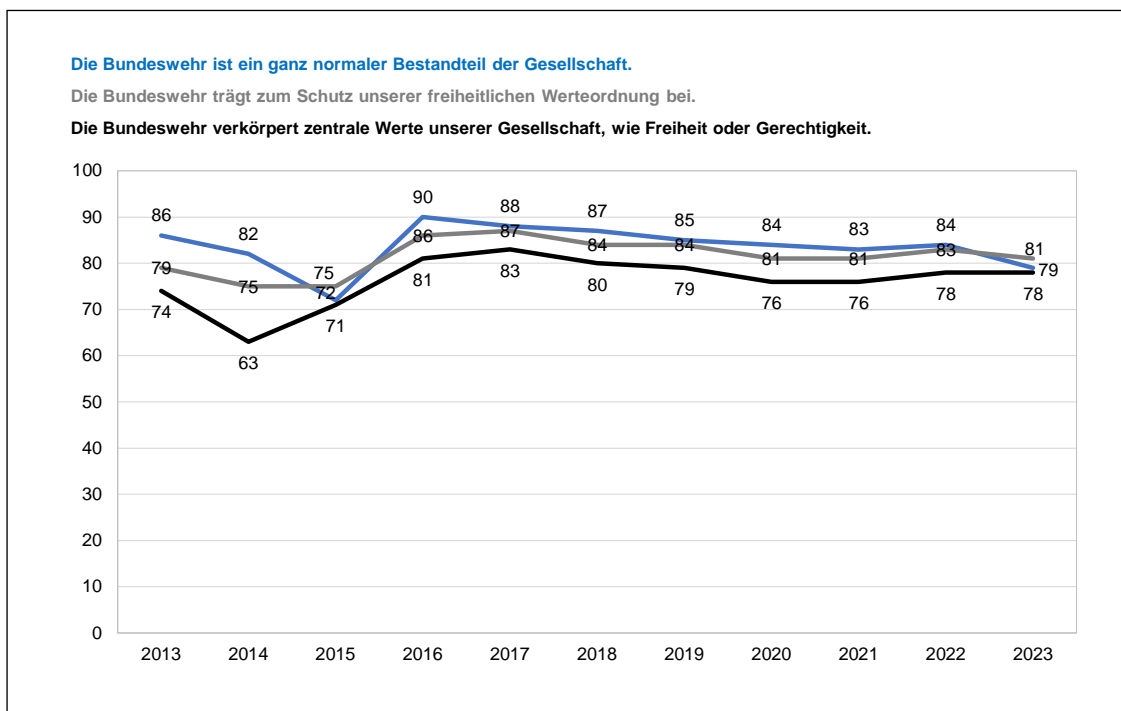
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023.

Alle untersuchten soziodemografischen Gruppen und Wählergruppen haben im Durchschnitt eine positive Haltung zur Bundeswehr (vgl. Tabelle 7.2). Mit dieser breiten Akzeptanz quer durch alle Gruppen stellt die Bundeswehr einen etablierten Bestandteil von Staat und Gesellschaft dar. Dennoch bestehen zwischen den Gruppen statistisch signifikante Unterschiede: Männer, Befragte mit Migrationshintergrund, die Bürgerinnen und Bürger in Westdeutschland sowie Befragte mit einer Wahlpräferenz für die CDU/CSU und die SPD haben eine im Durchschnitt positivere Haltung zur Bundeswehr als die entsprechenden Vergleichsgruppen. Darüber hinaus wird die Haltung zur Bundeswehr mit zunehmendem Alter der Befragten positiver.

Bewertung des Verhältnisses zwischen Bundeswehr und Gesellschaft

Ein klare Mehrheit der Deutschen bewertet das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Gesellschaft positiv (vgl. Abbildung 7.7): 79 Prozent (-5 Prozentpunkte) empfinden die Bundeswehr als einen ganz normalen Bestandteil der Gesellschaft; 81 Prozent (-2 Prozentpunkte) sind der Auffassung, dass die Bundeswehr zum Schutz unserer freiheitlichen Werteordnung beiträgt; 78 Prozent (keine Veränderung) sind davon überzeugt, dass die Bundeswehr zentrale Werte unserer Gesellschaft verkörpert.

Abbildung 7.7: Zustimmung zu Aussagen über das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Gesellschaft 2013–2023



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ wurden jeweils zusammengefasst. Im Jahr 2023 wurden diese Fragen nur der Hälfte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gestellt (n = 1.089).

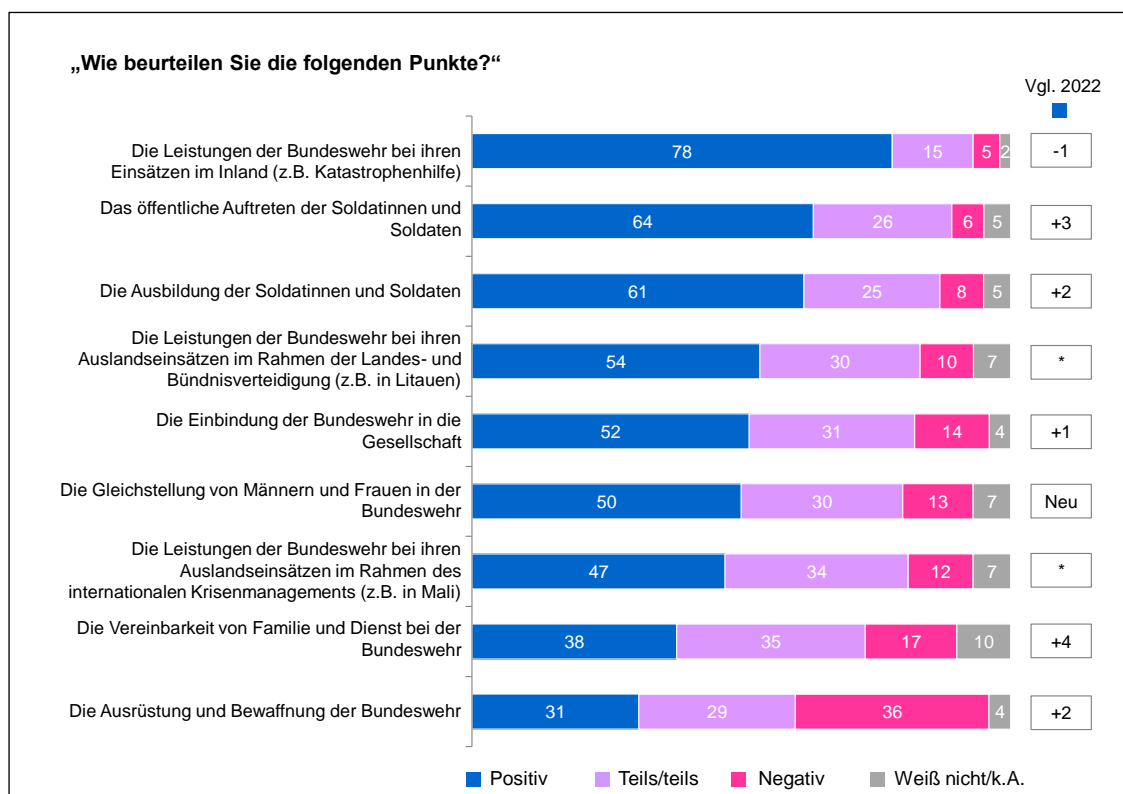
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2013–2023.

Während zwischen den Jahren 2014 und 2016 zum Teil deutliche Schwankungen in den Zustimmungswerten von fast 20 Prozentpunkten zu beobachten waren, zeigt sich das positive Meinungsbild zum Verhältnis zwischen Bundeswehr und Gesellschaft seit 2017 weitgehend gefestigt. Jedoch nimmt die Überzeugung, dass die Bundeswehr ein ganz normaler Bestandteil der Gesellschaft ist, seit 2017 kontinuierlich ab (-9 Prozentpunkte).

Gute Noten für die Leistungen der Truppe, schlechte Noten für die Ausrüstung

Viele Aspekte der Bundeswehr werden von den Bürgerinnen und Bürgern mehrheitlich positiv beurteilt (vgl. Abbildung 7.8): die Leistungen bei Einsätzen im Inland (78 Prozent; -1 Prozentpunkt); das öffentliche Auftreten (64 Prozent; +3 Prozentpunkte) und die Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten (61 Prozent; +2 Prozentpunkte); die Leistungen bei Einsätzen im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung (54 Prozent; kein Vergleich möglich); die Einbindung der Bundeswehr in die Gesellschaft (52 Prozent; +1 Prozentpunkt); die Gleichstellung von Männern und Frauen in der Bundeswehr (50 Prozent; kein Vergleich möglich).

Abbildung 7.8: Beurteilung verschiedener Aspekte der Bundeswehr



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Sehr positiv“ und „Eher positiv“ sowie „Sehr negativ“ und „Eher negativ“ wurden jeweils zusammengefasst. *Die Formulierungen sind nicht vergleichbar mit den Vorjahren. Bis einschließlich 2022: „Die Leistungen der Bundeswehr bei ihren Einsätzen im Ausland“.

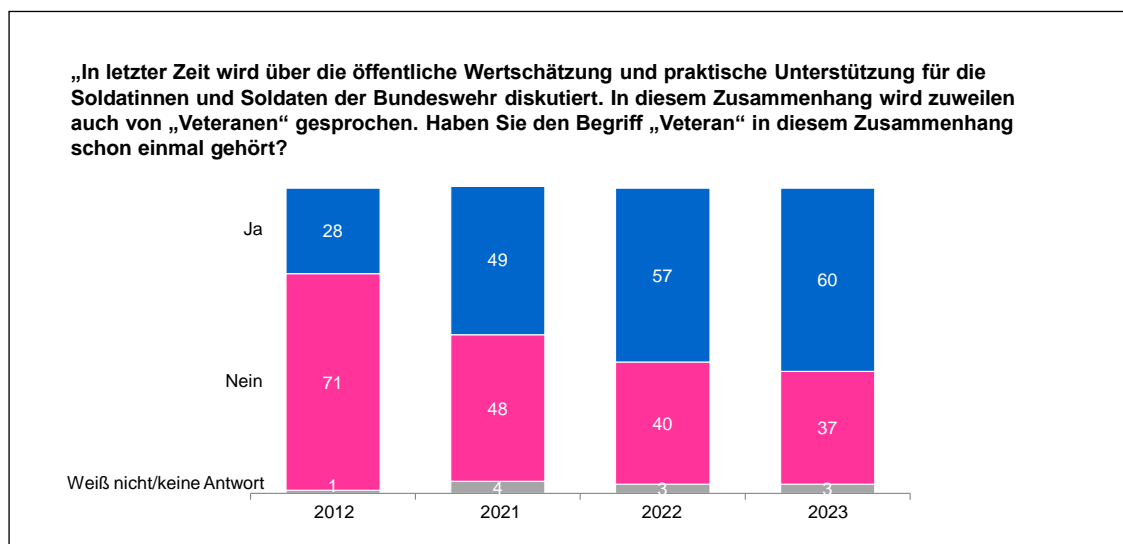
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2022 und 2023.

Eine relative Mehrheit (47 Prozent) bewertet die Leistungen der Bundeswehr bei ihren Auslandseinsätzen im Rahmen des internationalen Krisenmanagements positiv, 34 Prozent sind hier geteilter Meinung und 12 Prozent kommen zu einem negativen Urteil. Das Meinungsbild zur Vereinbarkeit von Familie und Dienst bei der Bundeswehr ist ambivalent: Etwas mehr als ein Drittel (38 Prozent) bewertet diesen Aspekt positiv, fast ebenso viele Befragte sind geteilter Meinung (35 Prozent), 17 Prozent haben eine negative Meinung und 10 Prozent konnten oder wollten sich hierzu nicht äußern. Eher kritisch beurteilen die Bürgerinnen und Bürger (36 Prozent) die Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr, nur etwas weniger als ein Drittel (31 Prozent) beurteilt diesen Aspekt positiv.

Unterstützungsmaßnahmen für Veteranen der Bundeswehr

Im Jahr 2018 hat die Bundeswehr den Begriff des Veteranen definiert. Als Veteranin oder Veteran der Bundeswehr gilt, wer als Soldatin oder Soldat der Bundeswehr im aktiven Dienst steht oder aus diesem Dienstverhältnis ehrenhaft ausgeschieden ist, also den Dienstgrad nicht verloren hat. Die ZMSBw-Bevölkerungsbefragung belegt die fortschreitende gesellschaftliche Etablierung des Veteranen-Begriffs.

Abbildung 7.9: Einstellungen zu Unterstützungsmaßnahmen für Veteranen der Bundeswehr



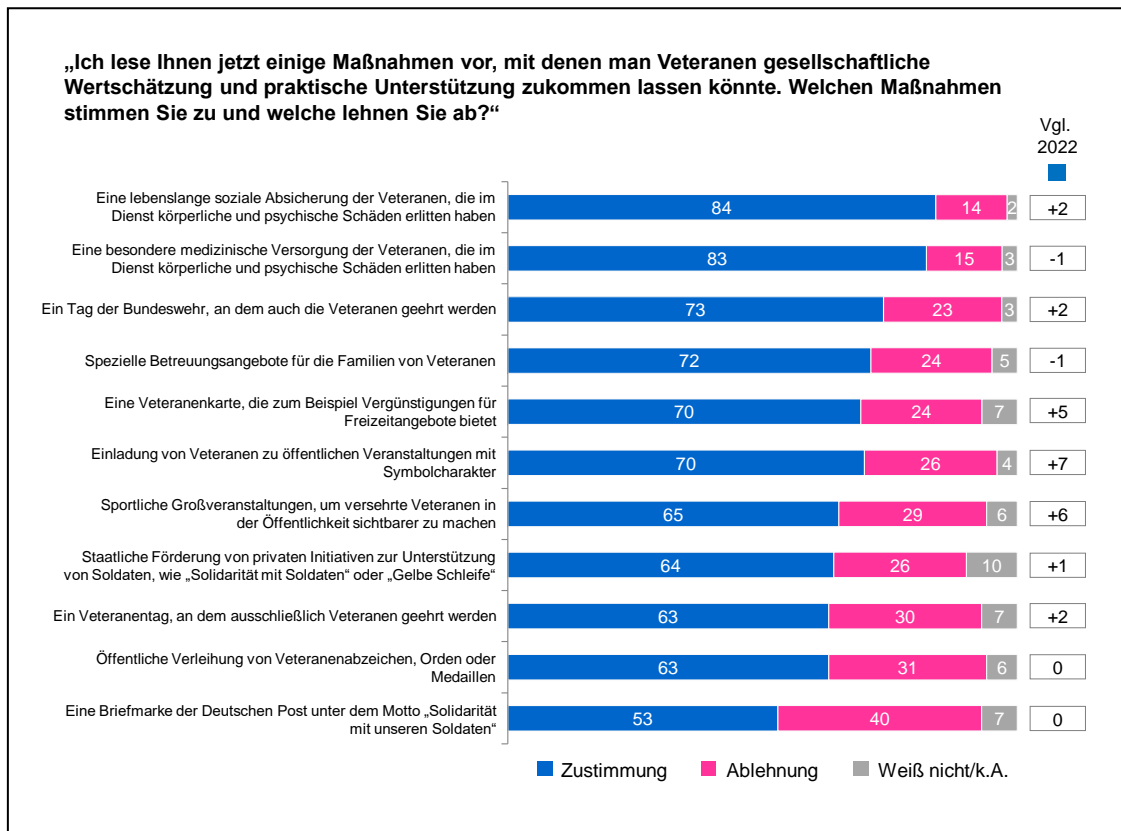
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Frage wurde nur der Hälfte der Befragten gestellt (n = 1.122).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2012 und 2021–2023.

Gaben im Jahr 2012 nur 28 Prozent der Bevölkerung an, den Ausdruck „Veteran“ in einem aktuellen Kontext gehört zu haben, waren es 2021 bereits 49 Prozent und 2022 57 Prozent. Im Jahr 2023 ist der entsprechende Anteil auf 60 Prozent gestiegen, während 37 Prozent angeben, den Begriff noch nicht gehört zu haben (vgl. Abbildung 7.9).

Die große Wertschätzung der Bürgerinnen und Bürger für ihre Streitkräfte kommt auch darin zum Ausdruck, dass die Mehrheit eine Vielzahl von Maßnahmen zur Unterstützung von Veteranen der Bundeswehr befürwortet (vgl. Abbildung 7.10).

Abbildung 7.10: Einstellungen zu Unterstützungsmaßnahmen für Veteranen der Bundeswehr



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ sowie „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst. Die Frage wurde nur der Hälfte der Befragten gestellt (n = 1.122).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2022 und 2023.

Mit Abstand am größten ist die Zustimmung zu praktischen Unterstützungsmaßnahmen für Veteranen, die im Dienst physische oder psychische Schäden erlitten haben: 84 Prozent der Befragten (+2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2022) sprechen sich für eine lebenslange soziale Absicherung und 83 Prozent (-1 Prozentpunkt) für eine besondere medizinische Versorgung aus. Die Ehrung von Veteranen beim Tag der Bundeswehr (73 Prozent; +2 Prozentpunkte) und spezielle Betreuungsangebote für die Familien von Veteranen erfahren ebenfalls viel öffentlichen Zuspruch (72 Prozent). Im Vergleich dazu stoßen rein symbolische Maßnahmen, z.B. eine Briefmarke der Deutschen Post unter dem Motto „Solidarität mit unseren Soldaten“, auf weniger öffentliche Akzeptanz, werden aber immer noch von einer absoluten Mehrheit unterstützt (53 Prozent; keine Veränderung). Im Vergleich zum Vorjahr ist die öffentliche Zustimmung zu allen Maßnahmen für

Veteranen gestiegen. Am stärksten gestiegen ist der öffentliche Zuspruch zur Einladung von Veteranen zu öffentlichen Veranstaltungen (70 Prozent; +7 Prozentpunkte), zu sportlichen Großveranstaltungen (65 Prozent; +6 Prozentpunkte) und zu einer Veteranenkarte (70 Prozent; +5 Prozentpunkte).

Mit Blick auf die 2023 in Düsseldorf stattfindenden Invictus Games – eine internationale Sportveranstaltung für versehrte Einsatzkräfte – ist festzustellen: Eine absolute Mehrheit der Befragten (65 Prozent) begrüßt derartige Veranstaltungen zur Steigerung der Sichtbarkeit von Veteranen in der Öffentlichkeit und ist davon überzeugt, dass öffentliche Sportveranstaltungen speziell für versehrte Soldatinnen und Soldaten zu deren gesellschaftlicher Anerkennung beitragen (62 Prozent Zustimmung; 23 Prozent teils/teils; 11 Prozent Ablehnung). Explizit auf die Invictus Games 2023 angesprochen, geben 50 Prozent der Befragten an, dass diese internationale Sportveranstaltung für versehrte Soldatinnen und Soldaten wichtig sei, ein knappes Viertel (23 Prozent) ist hier geteilter Meinung und 12 Prozent halten die Spiele für unwichtig. Ein Drittel (32 Prozent) gibt an, Berichterstattung und Werbung zu den Invictus Games 2023 wahrgenommen zu haben, 20 Prozent sind sich unsicher und 41 Prozent haben keine Berichterstattung oder Werbung wahrgenommen. Die Gruppe derer, die Werbung oder Berichterstattung über die Invictus Games wahrgenommen hat, ist sehr viel stärker von der Bedeutung dieser Veranstaltung überzeugt (vgl. Tabelle 7.3).

Tabelle 7.3: Einstellung zur Bedeutung der Invictus Games in Abhängigkeit von der Wahrnehmung von Werbung und Berichterstattung über die Invictus Games

	Die Invictus Games als internationale Sportveranstaltung versehrter Soldatinnen und Soldaten sind wichtig.			
	Zustimmung	Teils/teils	Ablehnung	Weiß nicht/ Keine Antwort
Berichterstattung oder Werbung über die Invictus Games				
Wahrgenommen	76	15	8	2
Unsicher	43	42	13	2
Nicht wahrgenommen	37	23	17	23

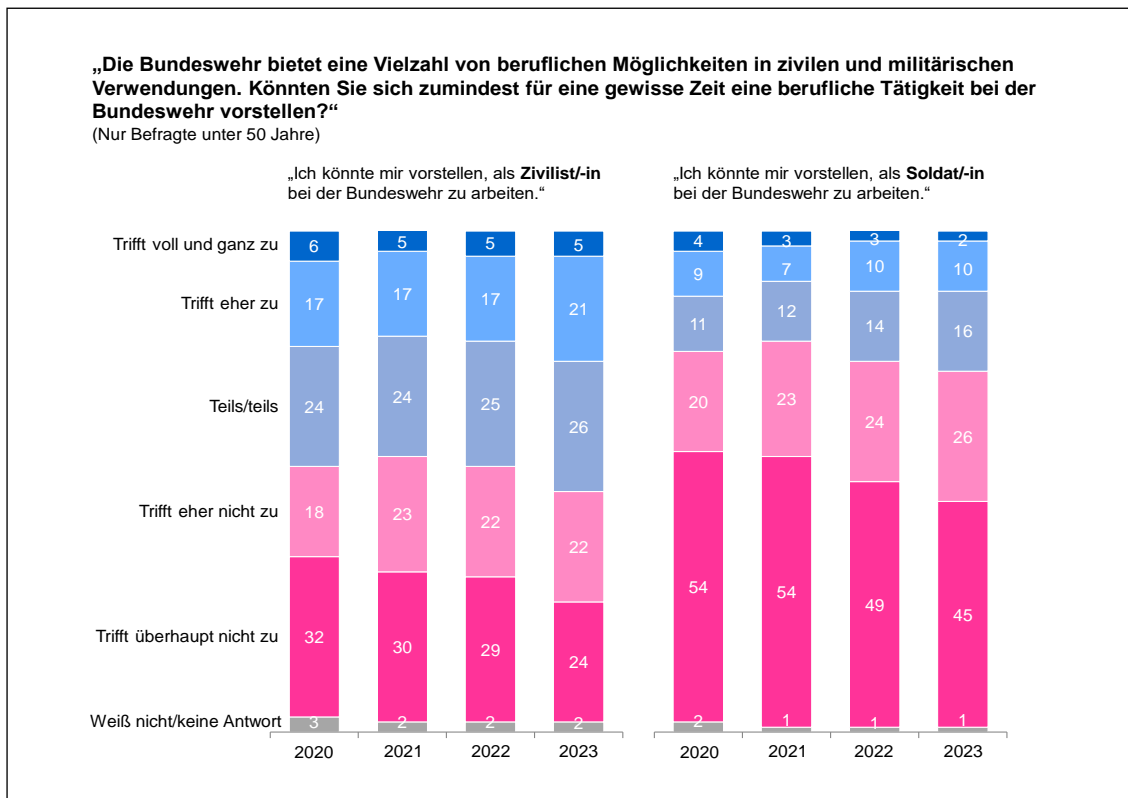
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ sowie „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst. Lesebeispiel: Von den Befragten, die Berichterstattung oder Werbung über die Invictus Games wahrgenommen haben, stimmen 76 Prozent der Aussage zu, dass die Invictus Games wichtig sind. Die Frage wurde nur der Hälfte der Befragten gestellt (n = 1.122).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023.

8 Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr

In diesem Abschnitt wird die Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr in der Bevölkerung anhand verschiedener Indikatoren untersucht. Da die Bundeswehr eine Vielzahl beruflicher Möglichkeiten im militärischen und zivilen Bereich bietet, wurden die Befragungs- teilnehmerinnen und -teilnehmer unter 50 Jahren zunächst gefragt, ob sie sich zumindest für eine gewisse Zeit eine Tätigkeit als Zivildienstleistende oder als Soldat/-in bei der Bundeswehr vorstellen könnten.³

Abbildung 8.1: Einstellung zu einer beruflichen Tätigkeit bei der Bundeswehr – nur Befragte unter 50 Jahre



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Frage wurde nur Befragten unter 50 Jahren gestellt, die zum Zeitpunkt der Befragung noch nie in einem Dienstverhältnis bei der Bundeswehr gestanden haben (2023: n = 964).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2020–2023.

³ Die Auswertung beschränkt sich auf Befragte, die angaben, noch nie in einem Dienstverhältnis bei der Bundeswehr gestanden zu haben. Die Gruppe der aktuellen und ehemaligen Zeit- und Berufssoldaten ist für eine belastbare statistische Auswertung zu klein. Von den Befragten unter 50 Jahren wurden folgende Angaben zu einem aktuellen oder ehemaligen Dienstverhältnis in der Bundeswehr gemacht: Wehrpflichtige im Grundwehrdienst (69 Personen); Freiwillig Wehrdienstleistende (12 Personen); Soldat/-in auf Zeit (8 Personen); Berufssoldat/-in (7 Personen); zivile Beschäftigte (0 Personen).

Im gesamten Erhebungszeitraum 2020–2023 können sich deutlich mehr Befragte vorstellen, eine zivile Tätigkeit bei der Bundeswehr auszuüben (22 bis 26 Prozent) als Soldat/-in zu werden (10 bis 13 Prozent) (vgl. Abbildung 8.1). Die Mehrheit der Befragten zieht jedoch weder eine zivile (46 bis 53 Prozent) noch eine militärische Verwendung (71 bis 77 Prozent) in der Bundeswehr in Betracht. Seit 2021 ist der Anteil derjenigen, die sich eine zivile bzw. militärische Tätigkeit bei der Bundeswehr vorstellen können, nicht wesentlich gewachsen, aber der Anteil derjenigen, die sich eine zivile oder militärische Tätigkeit *nicht* vorstellen können, ist um 7 bzw. 6 Prozentpunkte zurückgegangen, d.h. die explizite Abneigung gegenüber einer beruflichen Tätigkeit bei der Bundeswehr ist seit 2021 gesunken, ohne dass das explizite Interesse daran gestiegen wäre.

Tabelle 8.1: Interesse an einer beruflichen Tätigkeit in der Bundeswehr – in soziodemografischen Gruppen, nur Befragte unter 50 Jahre, 2023

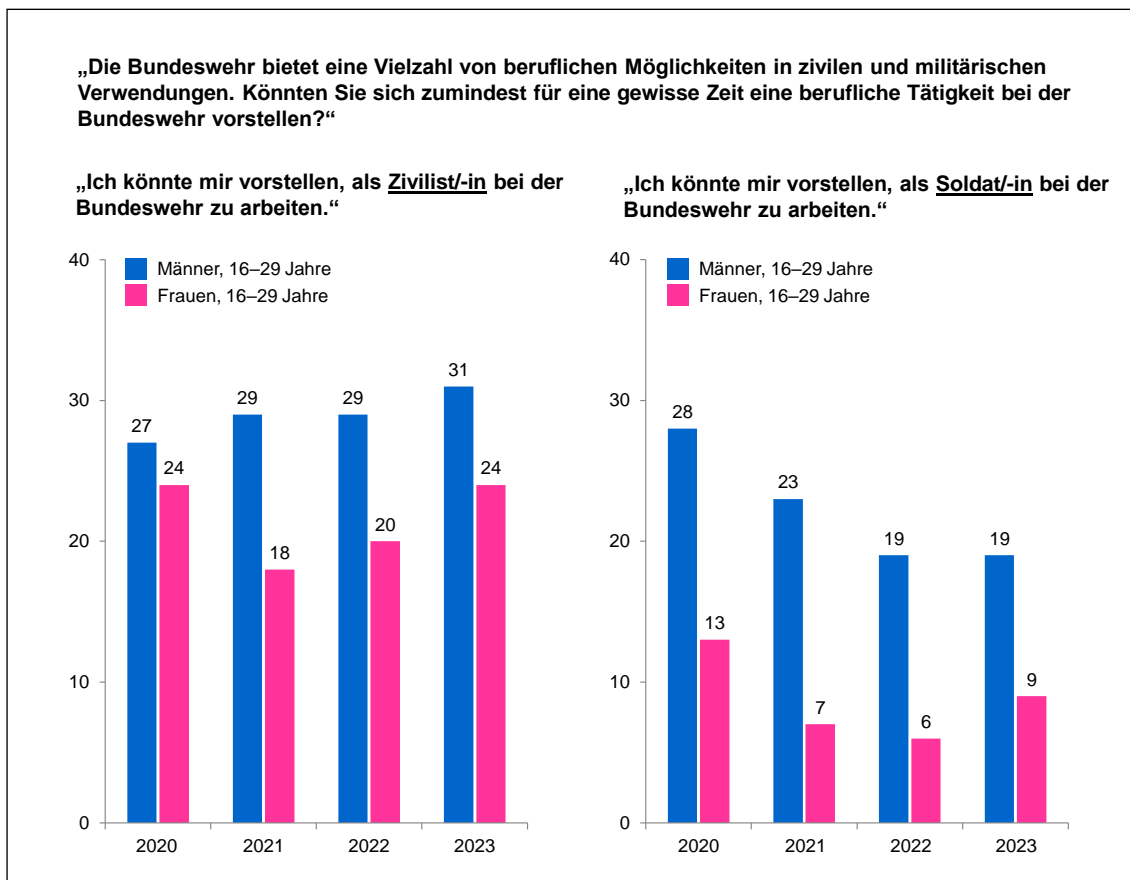
	Ich könnte mir vorstellen, als Zivilist/-in bei der Bundeswehr zu arbeiten.	Ich könnte mir vorstellen, als Soldat/-in bei der Bundeswehr zu arbeiten.
Insgesamt	26	12
Geschlecht	***	***
Männer	31	19
Frauen	21	6
Alter	*	**
16 bis 29 Jahre	28	14
30 bis 49 Jahre	24	10
Bildungsniveau	n.s.	n.s.
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	27	12
Realschulabschluss	26	10
Hauptschulabschluss	26	17
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	*	n.s.
4.001 Euro und mehr	22	11
2.001 bis 4.000 Euro	30	13
Bis 2.000 Euro	24	9
Region	***	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	44	18
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	26	7
Süddeutschland (BW, BY)	19	9
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	22	13
Migrationshintergrund	**	n.s.
Ja	30	11
Nein	25	12

Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Trifft voll und ganz zu“ und „Trifft eher zu“ wurden zusammengefasst. Die Frage wurde nur Befragten unter 50 Jahren gestellt, die noch nie in einem Dienstverhältnis bei der Bundeswehr gestanden haben (n = 964). Eine belastbare Auswertung der Wählergruppen ist nicht möglich, da die Fallzahlen für viele Gruppen zu gering sind. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023.

Die Einstellung zu einer beruflichen Tätigkeit in der Bundeswehr unterscheidet sich nach soziodemografischen Gruppen (vgl. Tabelle 8.1): Männer, Befragte in der Altersgruppe der 16–29-Jährigen sowie Befragte in Norddeutschland können sich eher eine zivile oder militärische Tätigkeit in der Bundeswehr vorstellen als die entsprechenden Vergleichsgruppen. Zudem interessieren sich Befragte mit mittlerem Haushaltseinkommen (2.001 bis 4.000 Euro) und solche mit Migrationshintergrund mehr für eine zivile Tätigkeit bei der Bundeswehr als die entsprechenden Vergleichsgruppen.

Abbildung 8.2: Interesse an einer beruflichen Tätigkeit bei der Bundeswehr – nach Geschlecht, nur Befragte unter 30 Jahre, 2020–2023



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Trifft voll und ganz zu“ und „Trifft eher zu“ wurden zusammengefasst. Die Frage wurde nur Befragten unter 30 Jahren gestellt, die zum Zeitpunkt der Befragung noch nie in einem Dienstverhältnis bei der Bundeswehr gestanden haben (n = 401).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2020–2023.

Betrachtet man die Zielgruppe der 16–29-Jährigen zudem differenziert nach Geschlecht, zeigt sich, dass sich mehr junge Männer als junge Frauen für eine zivile oder militärische Tätigkeit bei der Bundeswehr interessieren (vgl. Abbildung 8.2). Dabei ist die Lücke zwischen jungen Männern und Frauen bei einer militärischen Tätigkeit größer als bei einer zivilen Verwendung. Insgesamt ist das Interesse an einer zivilen Tätigkeit bei der

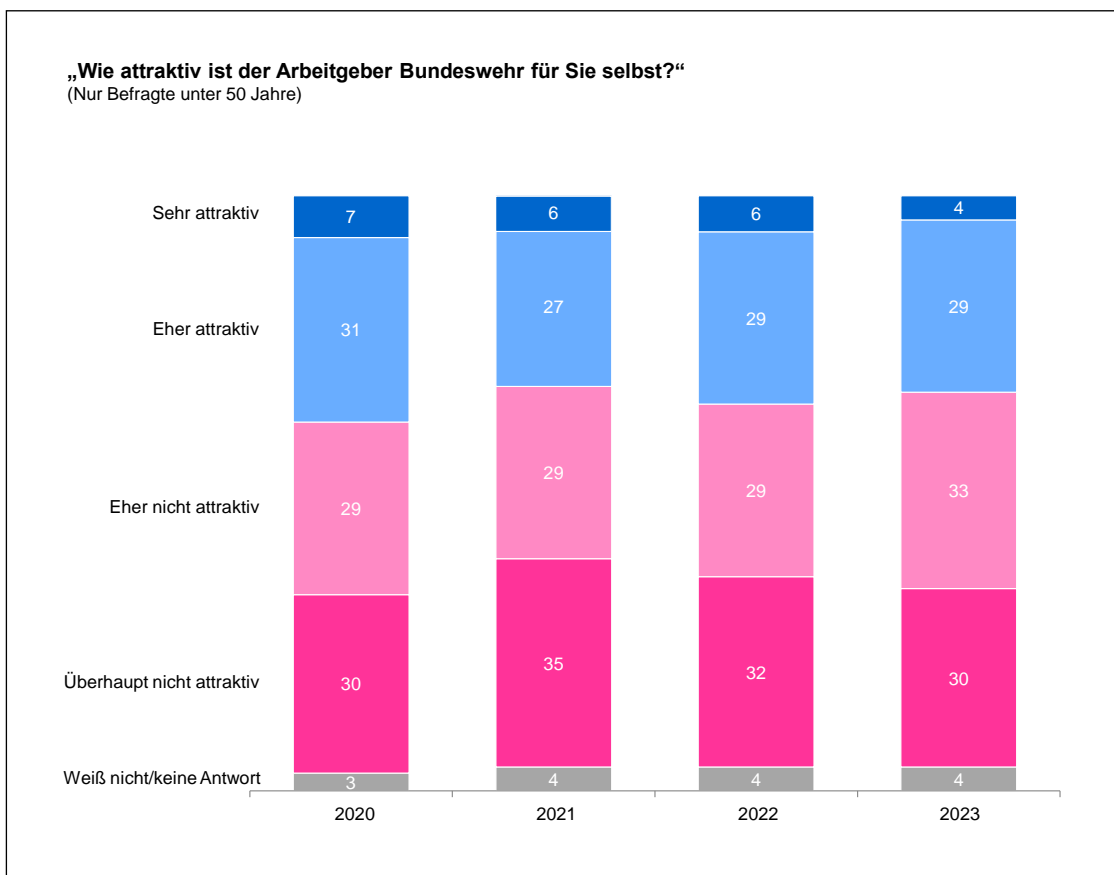
Bundeswehr bei den jungen Menschen leicht gestiegen: bei den Männern seit 2020 um 4 Prozentpunkte und bei den Frauen seit 2021 um 6 Prozentpunkte. Allerdings war bei den jungen Frauen im Jahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang um 6 Prozentpunkte zu verzeichnen, weshalb das Interesse junger Frauen an einer zivilen Tätigkeit bei der Bundeswehr im gesamten Betrachtungszeitraum 2020–2023 eher stagniert.

Bezüglich der Einstellung zu einer militärischen Verwendung in der Bundeswehr offenbart sich bis 2022 ein eindeutig negativer Trend und zwar unabhängig vom Geschlecht: Immer weniger junge Männer und Frauen können sich vorstellen, Soldat bzw. Soldatin bei der Bundeswehr zu werden. Im Betrachtungszeitraum 2020–2022 ist dieser Anteil bei den jungen Männern von 28 auf 19 Prozent gesunken. Der Rückgang bei den jungen Frauen von 13 auf 6 Prozent bedeutet, dass sich die Zahl der Frauen, die sich vorstellen können, Soldatin zu werden, innerhalb von nur drei Jahren halbiert hat. Dieser Einbruch ist zum größten Teil im Jahr 2021 und damit *vor* dem Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 zu verzeichnen. Mit Blick auf die aktuellen Zahlen ist dagegen festzustellen: Der negative Trend der letzten Jahre konnte vorerst gestoppt werden, denn der Anteil der jungen männlichen Interessenten am Soldatenberuf ist im Vergleich zum Vorjahr zumindest gleich geblieben (19 Prozent), während der Anteil der jungen Interessentinnen um 3 Prozentpunkte auf nun 9 Prozent gestiegen ist. Ungeachtet dieser Entwicklung ist festzuhalten: Nur ein sehr kleiner Teil der jungen Menschen kann sich aktuell vorstellen als Soldat oder Soldatin bei der Bundeswehr zu dienen. Dagegen könnte sich fast ein Drittel der jungen Männer und ein Viertel der jungen Frauen eine zivile Tätigkeit bei der Bundeswehr vorstellen. Das Interesse an zivilen Tätigkeiten bei der Bundeswehr ist unter den jungen Menschen sehr viel größer als am Soldatenberuf.

Grundsätzliche Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr für die Befragten selbst

Zusätzlich zum Interesse an einer beruflichen Tätigkeit bei der Bundeswehr wurden alle Befragten unter 50 Jahren auch nach der grundsätzlichen Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber für sich selbst gefragt. Diese Betrachtungsgröße wird seit 2020 erhoben. Aktuell sieht ungefähr ein Drittel der unter 50-Jährigen in der Bundeswehr einen sehr attraktiven (4 Prozent; -2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2022) oder eher attraktiven (29 Prozent; keine Veränderung) Arbeitgeber für sich selbst, während die Mehrheit der Befragten die Bundeswehr eher nicht (33 Prozent; +4 Prozentpunkte) oder überhaupt nicht (30 Prozent; -2 Prozentpunkte) als attraktiven Arbeitgeber für sich selbst betrachtet (vgl. Abbildung 8.3). Im Zeitverlauf (2020–2023) erweist sich die Antwortverteilung als weitgehend stabil, d.h. mit Blick auf die Arbeitgeberattraktivität für die Befragten selbst ist kein (negativer) Trend zu beobachten.

Abbildung 8.3: Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr für die Befragten selbst – nur Befragte unter 50 Jahre



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Frage wurde nur Befragten unter 50 Jahren gestellt (n = 1.060).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2020–2023.

Betrachtet man die persönliche Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen, ergeben sich nur wenige statistisch signifikante Unterschiede: Männer und Befragte aus Norddeutschland empfinden die Bundeswehr als attraktiveren Arbeitgeber für sich selbst als die entsprechenden Vergleichsgruppen (vgl. Tabelle 8.2). Zwischen den Altersgruppen, den Einkommens- und Bildungsgruppen sowie Befragten mit und ohne Migrationshintergrund bestehen keine statistisch signifikanten Unterschiede. Eine belastbare Auswertung der Wählergruppen ist nicht möglich, da die Fallzahlen für einige Gruppen zu gering sind.

Tabelle 8.2: Wahrgenommene Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr für die Befragten selbst in soziodemografischen Gruppen – nur Befragte unter 50 Jahre

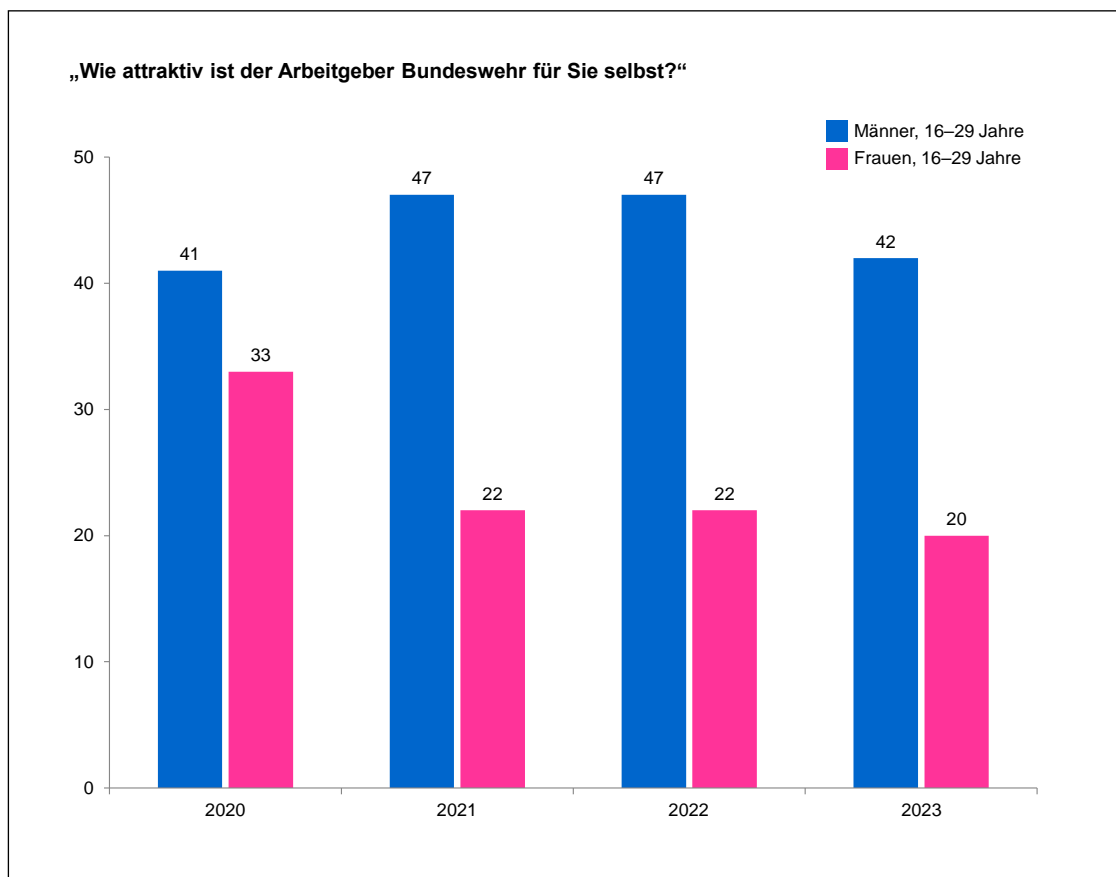
„Wie attraktiv ist der Arbeitgeber Bundeswehr für Sie selbst?“			
	Attraktiv ¹	Unattraktiv ²	Weiß nicht/ Keine Antwort
Insgesamt	33	63	4
Geschlecht ***			
Männer	42	54	4
Frauen	24	72	5
Alter n.s.			
16 bis 29 Jahre	32	64	5
30 bis 49 Jahre	34	62	4
Bildungsniveau n.s.			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	33	62	5
Realschulabschluss	31	64	4
Hauptschulabschluss	38	58	5
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat n.s.			
4.001 Euro und mehr	33	64	4
2.001 bis 4.000 Euro	35	61	3
Bis 2.000 Euro	25	65	10
Region *			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	42	57	1
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	33	63	4
Süddeutschland (BW, BY)	26	66	8
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	34	63	3
Migrationshintergrund n.s.			
Ja	32	61	8
Nein	33	63	4

Anmerkungen: Angaben in Prozent. 1) Anteile „Sehr attraktiv“ und „Eher attraktiv“ zusammengefasst; 2) Anteile „Überhaupt nicht attraktiv“ und „Eher nicht attraktiv“ zusammengefasst. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Frage wurde nur Befragten unter 50 Jahren gestellt (n = 1.060). Eine belastbare Auswertung der Wählergruppen ist nicht möglich, da die Fallzahlen für viele Gruppen zu gering sind. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023.

Wird die Gruppe der 16–29-Jährigen nach Geschlecht differenziert betrachtet, zeigt sich, dass die Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr bei den Frauen im Jahr 2021 einbrach (-11 Prozentpunkte im Vergleich zu 2020) und seitdem im Wesentlichen stagniert (vgl. Abbildung 8.4). Bei den jungen Männern folgte auf einen leichten Anstieg im Jahr 2021 (+6 Prozentpunkte im Vergleich zu 2020) im Jahr 2022 keine weitere Entwicklung und im Jahr 2023 ein Rückgang um 5 Prozentpunkte. Während aktuell 42 Prozent der jungen Männer die Bundeswehr als einen attraktiven Arbeitgeber für sich selbst empfinden, trifft dies nur auf 20 Prozent der jungen Frauen zu. Die jungen Frauen erweisen sich somit erneut als kritische Gruppe für die Personalwerbung der Bundeswehr.

Abbildung 8.4: Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr für die Befragten selbst – nach Geschlecht, nur 16–29-Jährige, Anteil „attraktiv“



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Sehr attraktiv“ und „Eher attraktiv“ wurden zusammengefasst. Die Frage wurde nur Befragten gestellt, die zum Zeitpunkt der Befragung noch nie in einem Dienstverhältnis bei der Bundeswehr gestanden haben (n = 407).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2020–2023.

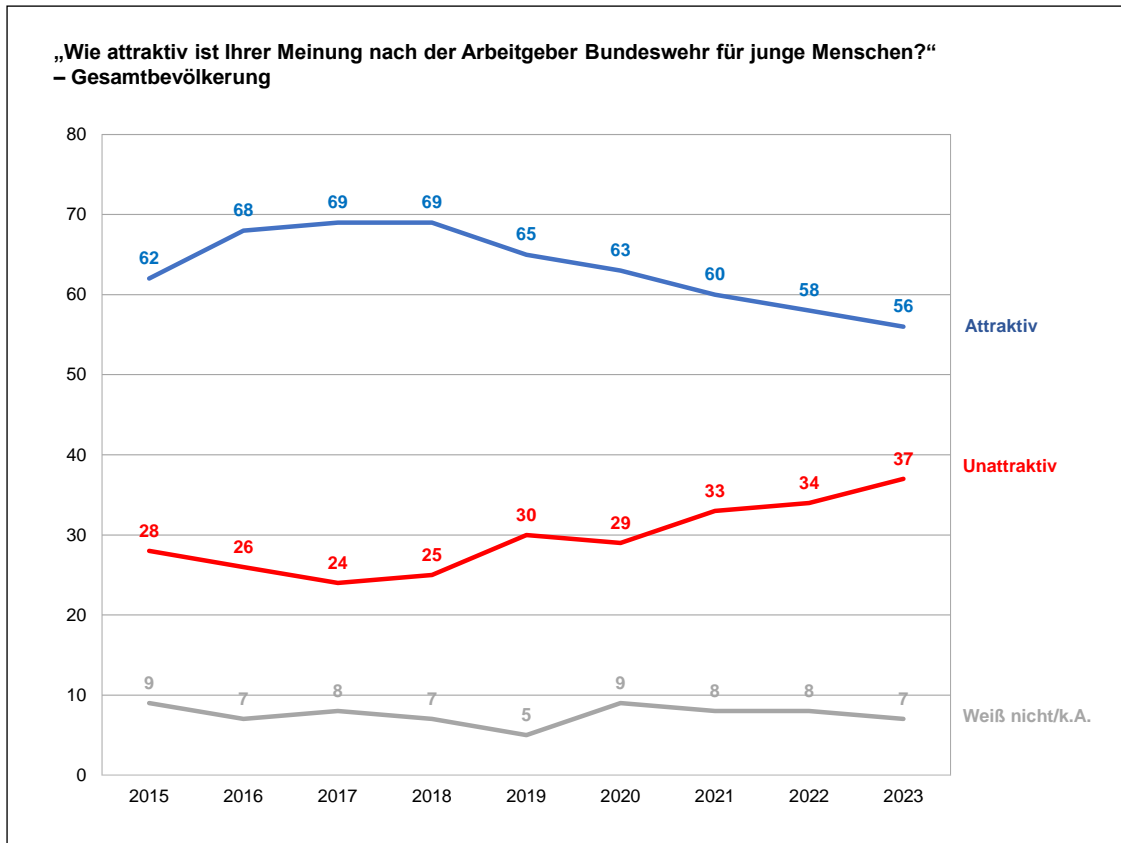
Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr in der Gesamtbevölkerung

Seit 2015 werden alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung gefragt, wie attraktiv ihrer Meinung nach der Arbeitgeber Bundeswehr für junge Menschen ist. Diese Frage wurde allen Befragten gestellt, also auch Personen, die selbst nicht mehr zur Gruppe der „jungen Menschen“ gehören. Der Grund für die Einbeziehung der älteren Befragten ist, dass diese in ihrer Rolle als Kolleginnen und Kollegen, Familienangehörige oder Erziehungsberechtigte potenzielle Bewerbungsinteressenten beeinflussen könnten. In der einschlägigen Forschungsliteratur zum Themenkomplex Arbeitgeberattraktivität und Personalgewinnung wird dem sozialen Umfeld ebenfalls eine große Bedeutung beigemessen.

Die Mehrheit der Befragten (56 Prozent; -2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2022) ist aktuell der Auffassung, dass die Bundeswehr für junge Menschen ein sehr oder eher attraktiver Arbeitgeber ist, während 37 Prozent gegenteiliger Meinung sind (+3 Prozentpunkte). Seit

2018 nimmt der Anteil derjenigen, die die Bundeswehr für einen attraktiven Arbeitgeber für junge Menschen halten, kontinuierlich ab (vgl. Abbildung 8.5).

Abbildung 8.5: Wahrgenommene Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber für junge Menschen 2015–2023

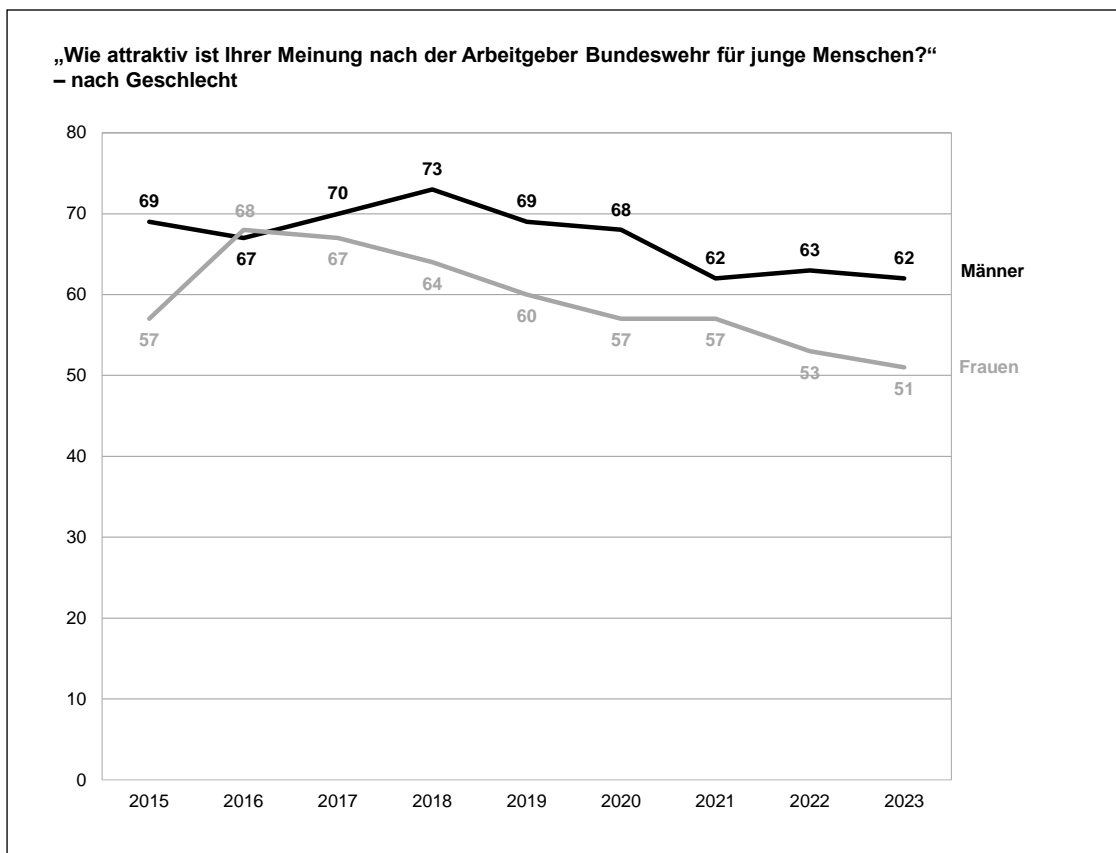


Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Sehr attraktiv“ und „Eher attraktiv“ sowie „Überhaupt nicht attraktiv“ und „Eher nicht attraktiv“ wurden jeweils zusammengefasst. Anzahl der Befragten (n = 2.211).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2015–2023.

Eine nach Geschlecht getrennte Auswertung der Daten offenbart, dass mit Ausnahme des Erhebungsjahres 2016 die Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr für junge Menschen von Frauen schlechter bewertet wird als von Männern (vgl. Abbildung 8.6). Die Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr ist bei den Frauen bereits seit 2016 rückläufig, während dies bei den Männern erst ab 2018 zu beobachten ist. Abschließend ist festzustellen, dass im Vergleich zu den jeweiligen Höchstwerten der Rückgang bei den Frauen (-17 Prozentpunkte, 2016 zu 2023) insgesamt größer ist als bei den Männern (-11 Prozentpunkte, 2018 zu 2023).

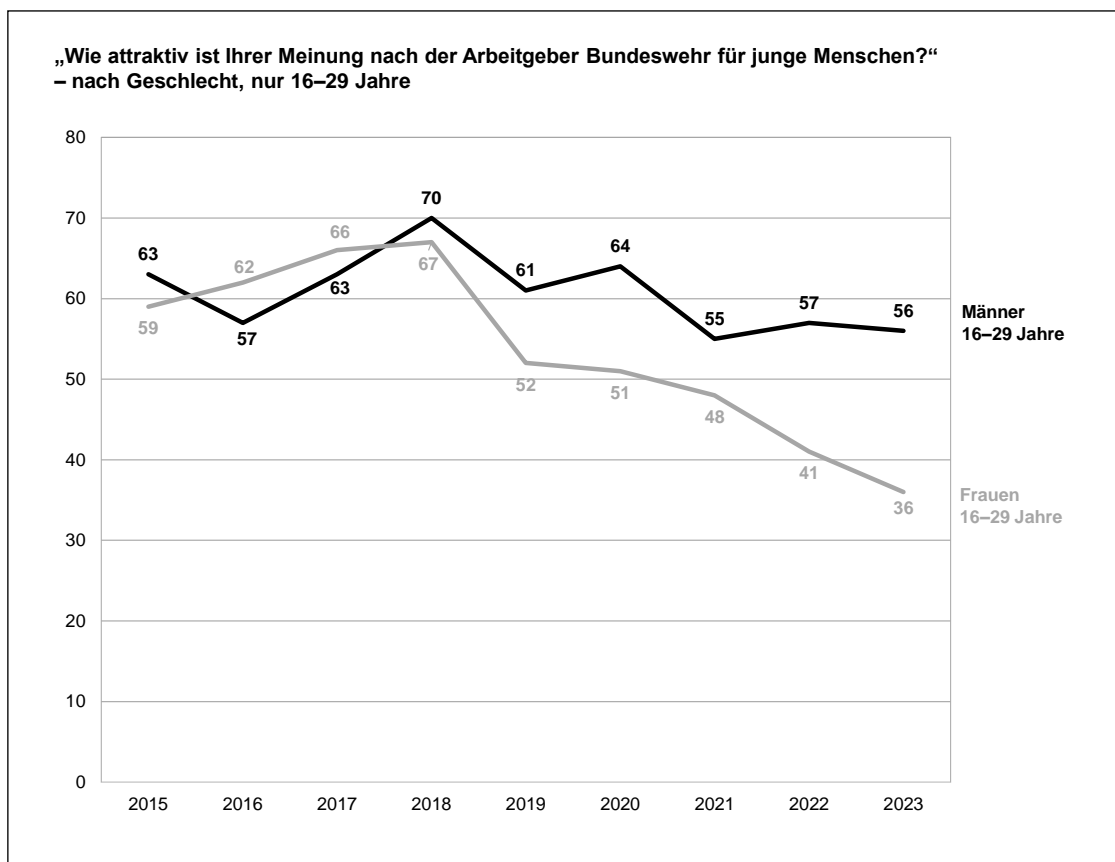
Abbildung 8.6: Wahrgenommene Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber für junge Menschen 2015–2023 – nach Geschlecht, Anteil „attraktiv“



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Sehr attraktiv“ und „Eher attraktiv“ wurden zusammengefasst.
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2015–2023.

Besonders stark fällt der Rückgang in der Bewertung der Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr bei jungen Frauen (16–29 Jahre) aus (vgl. Abbildung 8.7): Während sich die Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr in dieser Gruppe im Zeitraum 2015–2018 kontinuierlich verbesserte, ist von 2018 bis 2023 ein Rückgang um 31 Prozentpunkte zu verzeichnen. Somit hat sich seit 2018 der Anteil der jungen Frauen, die die Bundeswehr als attraktiven Arbeitgeber für junge Menschen empfinden, in etwa halbiert. Bei den jungen Männern ist seit 2018 ebenfalls ein Rückgang der Arbeitgeberattraktivität zu beobachten (-14 Prozentpunkte), der zwar deutlich geringer ausfällt als in der weiblichen Vergleichsgruppe, aber etwas größer ist als in der männlichen Gesamtbevölkerung (-11 Prozentpunkte; vgl. Abbildung 8.6).

Abbildung 8.7: Wahrgenommene Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber für junge Menschen 2015–2023 – nach Geschlecht, nur 16–29-Jährige, Anteil „attraktiv“



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Die Antwortanteile „Sehr attraktiv“ und „Eher attraktiv“ wurden zusammengefasst.
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2015–2023.

Die Auswertung der wahrgenommenen Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen offenbart eine Reihe von statistisch signifikanten Unterschieden. Männer, Befragte mit Migrationshintergrund, Anhänger der SPD sowie Befragte in Nord- und Ostdeutschland nehmen die Bundeswehr stärker als attraktiven Arbeitgeber für junge Menschen wahr als Befragte in den entsprechenden Vergleichsgruppen (vgl. Tabelle 8.3). Zudem wird die Arbeitgeberattraktivität der Bundeswehr mit steigendem Alter zunehmend positiv bewertet, d.h. je jünger die Befragten sind, umso vergleichsweise kritischer wird die Attraktivität der Bundeswehr bewertet. In der jüngsten Altersgruppe (16–29 Jahre) halten sich die Anteile positiver (46 Prozent) und negativer Bewertungen (45 Prozent) die Waage. Die Unterschiede zwischen den Einkommens- und Bildungsgruppen sind nicht statistisch signifikant.

Tabelle 8.3: Wahrgenommene Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr für junge Menschen – in soziodemografischen Gruppen

„Wie attraktiv ist Ihrer Meinung nach der Arbeitgeber Bundeswehr für junge Menschen?“			
	Attraktiv ¹	Unattraktiv ²	Weiß nicht/ Keine Antwort
Insgesamt	56	37	7
Geschlecht ***			
Männer	62	32	6
Frauen	51	41	9
Alter ***			
16 bis 29 Jahre	46	45	9
30 bis 49 Jahre	57	37	6
50 bis 69 Jahre	59	35	6
70 Jahre und älter	60	31	9
Bildungsniveau n.s.			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	56	37	6
Realschulabschluss	59	36	6
Hauptschulabschluss	58	34	8
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat n.s.			
4.001 Euro und mehr	56	38	6
2.001 bis 4.000 Euro	59	37	5
Bis 2.000 Euro	57	37	6
Wahlabsicht Bundestagswahl ***			
CDU/CSU	59	37	5
SPD	70	26	4
AfD	60	34	5
FDP	65	34	1
Die Linke	56	41	3
Bündnis 90/Die Grünen	46	47	7
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	48	39	13
Region *			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	63	34	3
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	59	36	5
Süddeutschland (BW, BY)	52	35	12
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	55	39	6
Migrationshintergrund *			
Ja	62	31	7
Nein	56	37	7

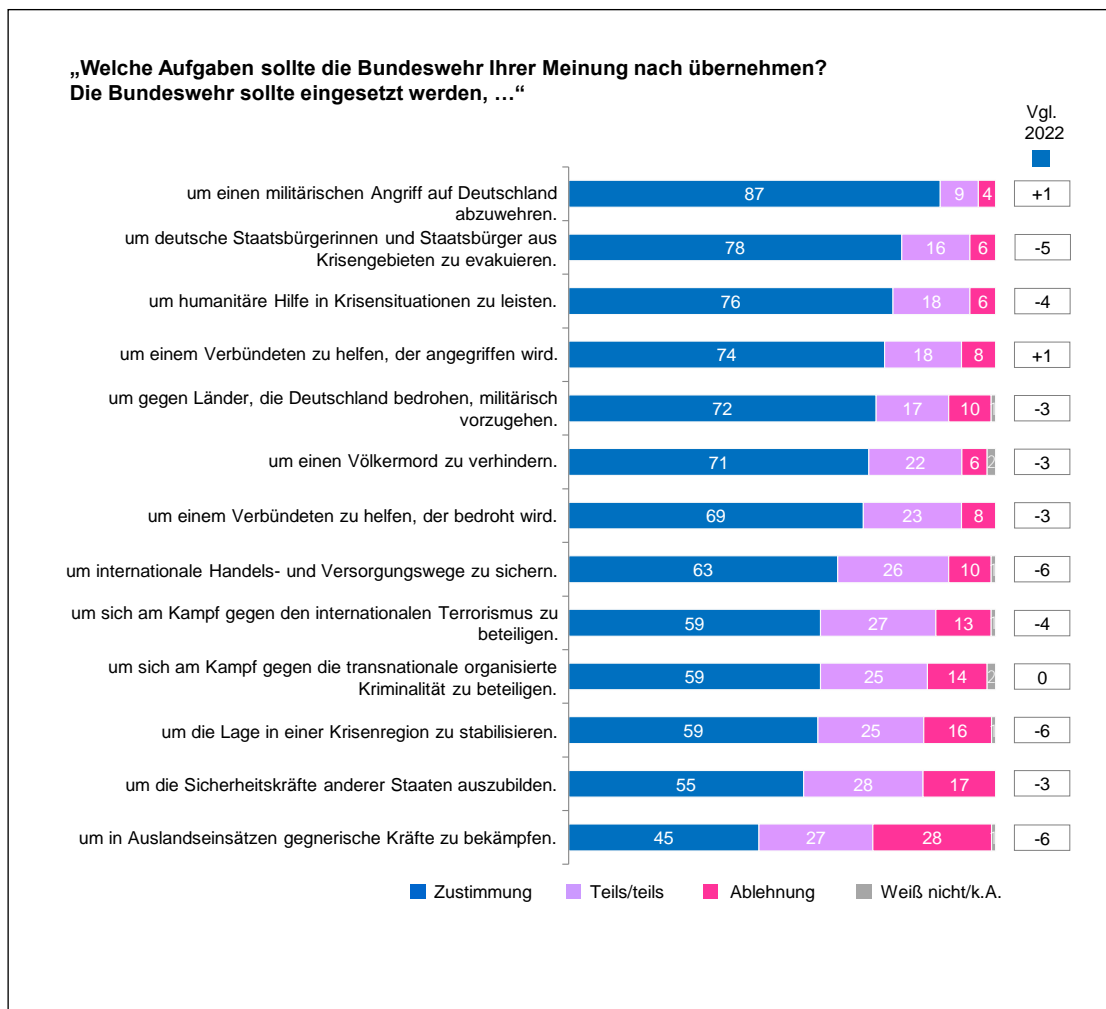
Anmerkungen: Angaben in Prozent. 1) Anteile „Sehr attraktiv“ und „Eher attraktiv“ zusammengefasst; 2) Anteile „Überhaupt nicht attraktiv“ und „Eher nicht attraktiv“ zusammengefasst. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, weil die Einzelwerte gerundet wurden. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023.

9 Aufgaben und Einsätze der Bundeswehr

Die Bundeswehr hat ein sehr breites Aufgabenspektrum, das im Weißbuch der Bundesregierung definiert wird. Die Bürgerinnen und Bürger wurden gefragt, welche Aufgaben die Bundeswehr aus ihrer Sicht übernehmen sollte. Die abgefragten Aufgabenbereiche lassen sich grundsätzlich in zwei Gruppen unterteilen. Aufgaben, die der Abwehr von „äußeren“ Gefahren dienen, und solche, bei denen die Bundeswehr im Inland eingesetzt wird. Insgesamt lässt sich feststellen: Der Einsatz der Bundeswehr wird im kompletten Aufgabenspektrum von einer Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger akzeptiert.

Abbildung 9.1: Einstellungen zu den Aufgaben der Bundeswehr



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ sowie „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2022 und 2023.

Von jenen Aufgaben, die der Abwehr von „äußeren“ Gefahren dienen, erhalten die Abwehr eines militärischen Angriffs auf Deutschland (87 Prozent; +1 Prozentpunkt im Vergleich zu 2022) und die Evakuierung von deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern aus Krisengebieten (78 Prozent; -5 Prozentpunkte) die höchsten Zustimmungswerte (vgl. Abbildung 9.1). Ein militärisches Vorgehen gegen Länder, die Deutschland bedrohen, wird ebenfalls von einer klaren Mehrheit unterstützt (72 Prozent; -3 Prozentpunkte). Humanitäre Nothilfe in Krisensituationen (76 Prozent; -4 Prozentpunkte) oder die Verhinderung eines Völkermords (71 Prozent; -3 Prozentpunkte), sowie der militärische Beistand für Verbündete, die angegriffen (74 Prozent; +1 Prozentpunkt) oder bedroht (69 Prozent; -3 Prozentpunkte) werden, finden ebenfalls die Unterstützung einer großen Mehrheit. Weitere Aufgaben im Rahmen des internationalen Krisenmanagements, wie die Sicherung internationaler Handels- und Versorgungswege (63 Prozent; -6 Prozentpunkte), die Beteiligung am Kampf gegen den internationalen Terrorismus (59 Prozent; -4 Prozentpunkte) und die transnationale organisierte Kriminalität (59 Prozent; keine Veränderung) liegen im mittleren Feld der Zustimmungswerte. Etwas weniger Zuspruch erfahren die Ausbildung ausländischer Sicherheitskräfte (55 Prozent; -3 Prozentpunkte) und die Bekämpfung gegnerischer Kräfte bei Auslandseinsätzen (45 Prozent; -6 Prozentpunkte).

Im Vergleich zum Vorjahr ist der öffentliche Zuspruch zu fast allen Aufgaben der Bundeswehr gesunken. Der Rückgang fällt für die Aufgaben, die dem Bereich des internationalen Krisenmanagements zuzuordnen sind, größer aus als für die Aufgaben der Landes- und Bündnisverteidigung (LV/BV). Überhaupt erfährt der Kernauftrag der Bundeswehr, die Landes- und Bündnisverteidigung, mehr Unterstützung als Aufgaben des internationalen Krisenmanagements. Dieser grundsätzlichen Präferenz entsprechend werden auch die konkreten LV/BV-Missionen der Bundeswehr deutlich positiver bewertet als die Auslandseinsätze im Rahmen des internationalen Krisenmanagements (vgl. Abbildung 9.4). Die Rückkehr der Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung als ihrem Hauptauftrag kommt dem eher traditionellen Aufgabenverständnis in der Bevölkerung entgegen.

Einstellungen zur Anwendung von Waffengewalt zur Aufgabenerfüllung

Die Ergebnisse in Abschnitt 10 lassen erkennen, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger eine relative Präferenz für den Einsatz „weicherer“ Mittel in der deutschen Außenpolitik, z.B. Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit, hat (vgl. Abschnitt 10, Abbildung 10.2). Vor diesem Hintergrund erfolgt auch eine klare Differenzierung mit Blick auf die Einsätze der Bundeswehr: Ausbildungs- und Stabilisierungseinsätze werden von einer absoluten Mehrheit der Bevölkerung befürwortet, nicht jedoch Kampfeinsätze.

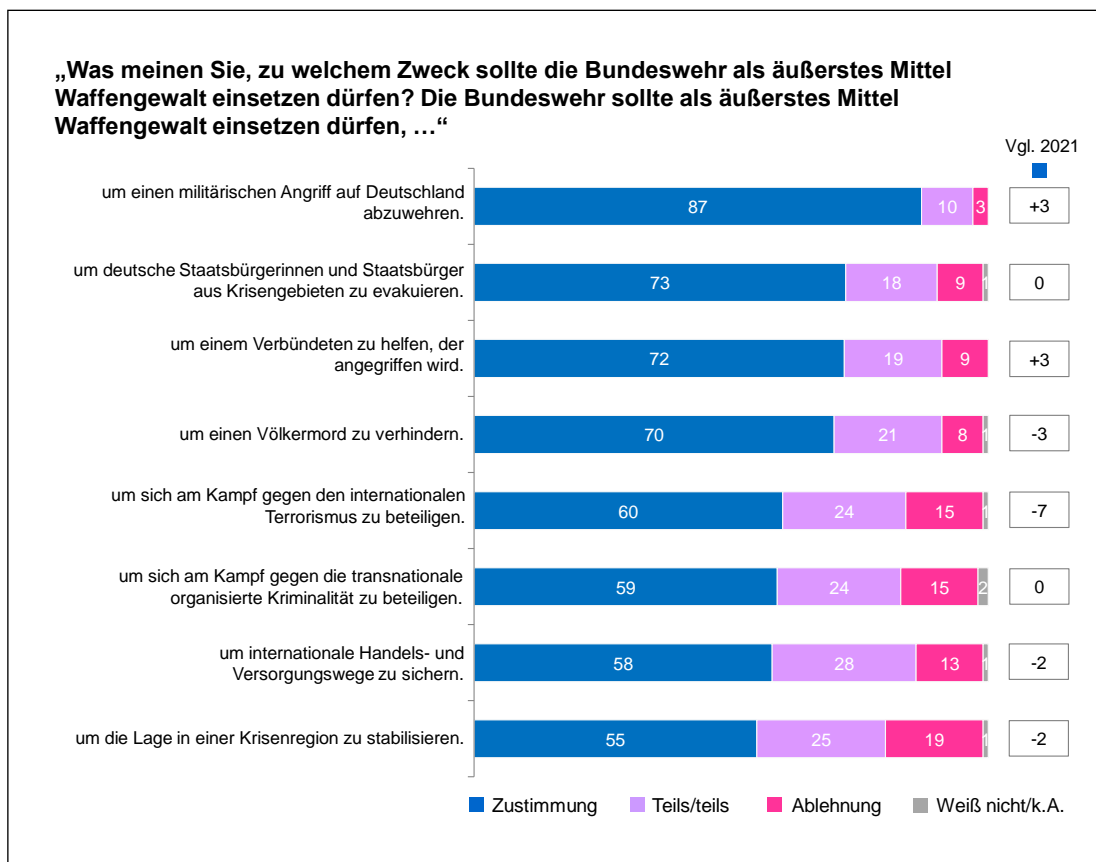
Von allen Aufgaben der Bundeswehr erfährt außerdem die Bekämpfung gegnerischer Kräfte in den Auslandseinsätzen den geringsten Zuspruch (vgl. Abbildung 9.1).

Die bisher angeführten Erkenntnisse über die Einstellung der deutschen Bevölkerung zum Einsatz von Waffengewalt basieren jedoch auf Daten, die mit äußerst abstrakten Aussagen erhoben wurden. Die Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zur Anwendung von Waffengewalt durch die Bundeswehr wurde dabei nicht zweckgebunden abgefragt. Die Formulierungen der üblichen Aussagen greifen insofern zu kurz, weil sie keine konkreten Einsatzziele oder konkreten Szenarien benennen. Somit werden die Befragten aufgefordert, der Beteiligung der Bundeswehr an Kampfeinsätzen zuzustimmen oder diese abzulehnen, ohne zu wissen, welchem Ziel diese Einsätze eigentlich dienen sollen. Der Einsatz militärischer Gewalt ist aber immer zweckgebunden und niemals Selbstzweck, weil er mit erheblichem Risiko für Mensch und Material einhergeht.⁴ Es stellt sich also immer die Frage: Wozu kämpfen? Die Nennung eines Einsatzziels könnte den Befragten ein Minimum an Informationen liefern, um eine grobe Kosten-Nutzen-Kalkulation durchzuführen.

Aus diesem Grund wurde in der diesjährigen Bevölkerungsbefragung zusätzlich die Einstellung der Befragten zum *zweckgebundenen Einsatz von Waffengewalt* durch die Bundeswehr erhoben. Die Abfrage erfolgte in Anlehnung und unmittelbar im Anschluss an die Fragen zu den grundlegenden Aufgaben der Bundeswehr (vgl. Abbildung 9.1). Nicht abgefragt wurden Aufgaben, zu deren Erfüllung der Einsatz von Waffengewalt weitgehend ausgeschlossen werden kann, z.B. die Leistung humanitärer Hilfe in Krisensituationen. Wie Abbildung 9.2 veranschaulicht, ist die Mehrheit (55 bis 87 Prozent) der Bürgerinnen und Bürger der Auffassung, dass die Bundeswehr zur Erfüllung ihrer grundlegenden Aufgaben in den Bereichen der Landes- und Bündnisverteidigung sowie des internationalen Krisenmanagements Waffengewalt als äußerstes Mittel einsetzen dürfen sollte – und zwar im gesamten Aufgabenspektrum. Nur ein geringer Teil der deutschen Bevölkerung lehnt den zweckgebundenen Einsatz von Waffengewalt als äußerstes Mittel ab (3 bis 19 Prozent).

⁴ Die Mandate für die Auslandseinsätze der Bundeswehr enthalten deshalb Regelungen, unter welchen Umständen der Einsatz von Waffengewalt durch die Bundeswehr zulässig ist. Die Anwendung von Waffengewalt wird im Einsatz außerdem durch die Einsatzregeln bestimmt, die den Soldatinnen und Soldaten in Form sogenannter Taschenkarten übermittelt werden.

Abbildung 9.2: Einstellungen zum zweckgebundenen Einsatz von Waffengewalt durch die Bundeswehr



Anmerkungen: Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Die Frage wurde 2022 nicht gestellt.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2021 und 2023.

Die Befragten stimmen dem Einsatz von Waffengewalt als äußerstes Mittel am meisten in folgenden Szenarien zu: Abwehr eines militärischen Angriffs auf Deutschland (87 Prozent; +3 Prozentpunkte im Vergleich zu 2021), Evakuierung deutscher Staatsbürgerinnen und Staatsbürger aus Krisengebieten (73 Prozent; keine Veränderung), Verteidigung eines Verbündeten, der angegriffen wird (72 Prozent; +3 Prozentpunkte) und Verhinderung eines Völkermords (70 Prozent; -3 Prozentpunkte). Eine absolute Mehrheit akzeptiert auch den Einsatz von Waffengewalt als äußerstes Mittel, um sich am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen (60 Prozent; -7 Prozentpunkte), um sich am Kampf gegen die transnationale organisierte Kriminalität zu beteiligen (59 Prozent; keine Veränderung), um internationale Handels- und Versorgungswege zu sichern (58 Prozent; -2 Prozentpunkte) und um die Lage in einer Krisenregion zu stabilisieren (55 Prozent; -2 Prozentpunkte). Insgesamt ist die Akzeptanz in der deutschen Bevölkerung zur Anwendung von Waffengewalt durch die Bundeswehr im Vergleich zu 2021 leicht zurückgegangen. Der Rückgang betrifft aber nur jene Aufgaben, die dem Bereich des

internationalen Krisenmanagements zuzuordnen sind. Die Akzeptanz für die Anwendung von Waffengewalt zur Landes- und Bündnisverteidigung ist dagegen geringfügig gestiegen.

Die hohen Zustimmungswerte stellen die in Politik und Wissenschaft verbreitete Annahme infrage, der zufolge die Mehrheit der Deutschen überzeugte Pazifisten seien. Tatsächlich zeigen die Ergebnisse in Abschnitt 10, dass der überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung dem Einsatz gewaltsamer Mittel in der internationalen Politik prinzipiell skeptisch gegenübersteht. Wie bereits erwähnt basieren diese Erkenntnisse allerdings auf Daten, die mit äußerst abstrakten Fragen erhoben wurden, d.h. ohne Sinn und Zweck des Einsatzes von Waffengewalt zu benennen. Wird die Einstellung zum Einsatz von Waffengewalt jedoch zweckgebunden abgefragt und den Befragten damit weitere Informationen für eine bessere Entscheidungsfindung zur Verfügung gestellt, so offenbaren die Ergebnisse in Abbildung 9.2 eindrucklich, dass eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger den Einsatz von Waffengewalt durch die Bundeswehr als äußerstes Mittel durchaus akzeptiert. Einschränkend ist hinzuzufügen, dass der Einsatz von Waffengewalt in der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung explizit als *äußerstes* Mittel benannt wird. Es ist folglich nicht zulässig, aus den Befunden zu schließen, die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger betrachte die Anwendung von Waffengewalt grundsätzlich als „Mittel der Wahl“. Dieser Interpretation stehen ebenfalls die Befunde aus Abschnitt 10 entgegen: Die Deutschen stehen dem Einsatz von Waffengewalt als Mittel in der Außenpolitik *prinzipiell* skeptisch gegenüber. Die vorstehenden Befunde offenbaren aber, dass der *zweckgebundene* Einsatz von Waffengewalt als äußerstes Mittel von der Mehrheit akzeptiert wird.

Bemerkenswert ist auch die Tatsache, dass sich die Zustimmungswerte zum zweckgebundenen Einsatz von Waffengewalt (vgl. Abbildung 9.2) ungefähr an den jeweiligen Zustimmungswerten zur grundsätzlichen Übernahme der verschiedenen Aufgaben orientieren (vgl. Abbildung 9.1). Zwischen der Zustimmung zur Übernahme der jeweiligen Aufgabe und der Bereitschaft zum Einsatz von Waffengewalt im Rahmen der Aufgabenerfüllung besteht tatsächlich für alle abgefragten Aufgaben (vgl. Abbildung 9.2) ein statistisch signifikanter, positiver und starker Zusammenhang (Korrelationskoeffizient nach Pearson: $r = 0,53$ bis $0,65$; $p < 0,001$). Dieser Befund legt nahe, dass die Bereitschaft zum Einsatz von Waffengewalt zu einem gewissen Grad aus der grundsätzlichen Bereitschaft zum Einsatz der Bundeswehr in den genannten Szenarien abgeleitet werden kann: Je mehr die Übernahme einer bestimmten Aufgabe durch die Bundeswehr befürwortet wird, desto größer ist auch die Akzeptanz für den zweckgebundenen Einsatz von Waffengewalt als äußerstes Mittel. Aus dieser Beobachtung lässt sich folgern, dass immer dann, wenn der Einsatz der Streitkräfte befürwortet wird, auch der (potenzielle) Einsatz von Waffengewalt als äußerstes Mittel mitgedacht wird.

Bündelt man die einzelnen Aussagen zur Anwendung zweckgebundener Gewalt durch die Bundeswehr in einer Indexvariable, lassen sich die Mittelwerte der Wählergruppen und soziodemografischen Gruppen in der deutschen Bevölkerung vergleichen (ein Mittelwert von 0 repräsentiert hier völlige Ablehnung, ein Mittelwert von 1 völlige Zustimmung und ein Wert von 0,5 eine ambivalente Position). Es ergibt sich folgendes Bild (vgl. Tabelle 9.1): Frauen, Wählerinnen und Wähler der Linken, der AfD und die Gruppe der Nichtwähler sowie Befragte in Ostdeutschland und solche ohne Migrationshintergrund stehen der zweckgebundenen Anwendung von Waffengewalt durch die Bundeswehr im Durchschnitt etwas weniger positiv gegenüber als die entsprechenden Vergleichsgruppen. Die Akzeptanz zur Anwendung von Waffengewalt wächst geringfügig mit dem Haushaltseinkommen der Befragten. Insgesamt sind die Einstellungsunterschiede zwischen den Gruppen jedoch gering und in allen untersuchten Gruppen besteht im Durchschnitt eine hohe Akzeptanz für den Einsatz von Waffengewalt durch die Bundeswehr als Ultima Ratio zur Erfüllung ihrer Aufgaben. Die hohe Akzeptanz für diesen zweckgebundenen Einsatz von Waffengewalt quer durch die deutsche Gesellschaft stellt die in Politik und Wissenschaft verbreitete Annahme infrage, der zufolge die Mehrheit der Deutschen überzeugte Pazifisten seien.

Tabelle 9.1: Einstellung zum zweckgebundenen Einsatz von Waffengewalt durch die Bundeswehr in soziodemografischen Gruppen

	Einstellung zum zweckgebundenen Einsatz von Waffengewalt durch die Bundeswehr
Insgesamt	0,72
Geschlecht **	
Männer	0,73
Frauen	0,71
Alter ^{n.s.}	
16 bis 29 Jahre	0,71
30 bis 49 Jahre	0,72
50 bis 69 Jahre	0,73
70 Jahre und älter	0,70
Bildungsniveau ^{n.s.}	
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,71
Realschulabschluss	0,73
Hauptschulabschluss	0,73
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat [*]	
4.001 Euro und mehr	0,73
2.001 bis 4.000 Euro	0,72
Bis 2.000 Euro	0,70
Wahlabsicht Bundestagswahl ***	
CDU/CSU	0,73
SPD	0,76
AfD	0,70
FDP	0,74
Die Linke	0,70
Bündnis 90/Die Grünen	0,72
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,69
Region ***	
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,70
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,69
Süddeutschland (BW, BY)	0,74
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,72
Migrationshintergrund ***	
Ja	0,76
Nein	0,71

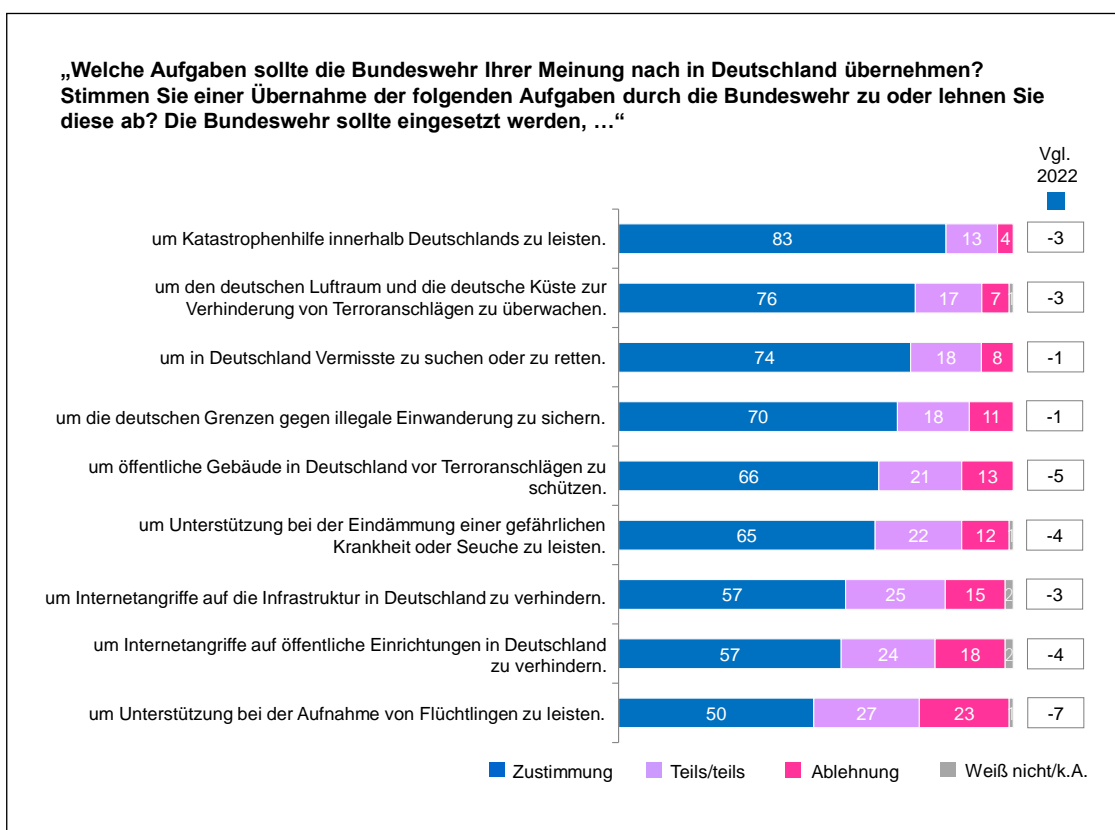
Anmerkungen: Ausgewiesen sind die Mittelwerte. Wertebereich der abhängigen Variable [0 – völlige Ablehnung; 1 – völlige Zustimmung]. Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** $p < 0,001$; ** $p < 0,01$; * $p < 0,05$; n.s. = nicht signifikant ($p \geq 0,05$). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet. Die Indexvariable hat eine sehr gute Skalenreliabilität (Cronbachs $\alpha = 0,85$).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023.

Einstellungen zu den Aufgaben der Bundeswehr im Inland

Neben den Kernaufgaben der Bundeswehr befürwortet die Mehrheit der Bevölkerung den Einsatz der Streitkräfte bei besonderen Lagen oder besonderen Schutzaufgaben im Inland (vgl. Abbildung 9.3). Wie bereits im Vorjahr erhalten der Einsatz der Bundeswehr zur Katastrophenhilfe (83 Prozent; -3 Prozentpunkte) sowie zum Schutz des deutschen Luftraums und der deutschen Küsten vor Terroranschlägen (76 Prozent; -3 Prozentpunkte) den größten Zuspruch der Befragten. Die vergleichsweise geringste Zustimmung erfahren der Einsatz der Bundeswehr bei der Aufnahme von Flüchtlingen (50 Prozent; -7 Prozentpunkte) sowie zur Verhinderung von Internetangriffen auf die Infrastruktur (57 Prozent; -3 Prozentpunkte) und auf öffentliche Einrichtungen in Deutschland (57 Prozent; -4 Prozentpunkte). Im Vergleich zum Vorjahr ist der öffentliche Zuspruch zum Einsatz der Bundeswehr im Inland leicht zurückgegangen, wobei sich die Reihenfolge der Aufgaben kaum verändert hat.

Abbildung 9.3: Einstellungen zu den Aufgaben der Bundeswehr im Inland



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ sowie „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst. Die Frage wurde nur der Hälfte der Befragten gestellt (n = 1.089).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2022 und 2023.

Einstellungen und Kenntnisstand zu den Einsätzen der Bundeswehr im Ausland

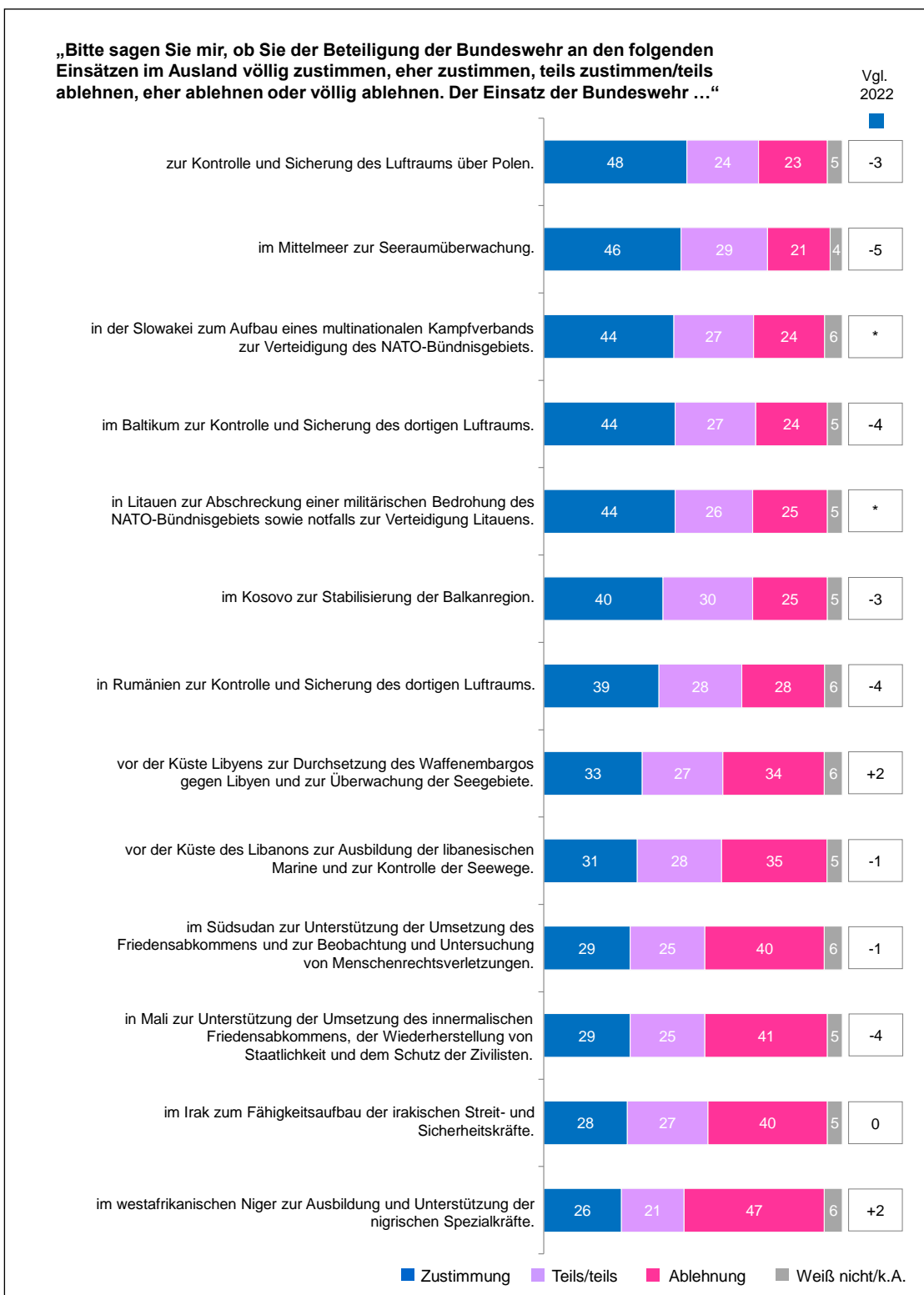
Grundsätzlich lassen sich die Einsätze der Bundeswehr im Ausland zwei Kategorien zuordnen: Die Auslandseinsätze im Rahmen des internationalen Krisenmanagements bedürfen der Zustimmung des Deutschen Bundestags (z.B. Friedenssicherung in Mali). Für die Beteiligung der Bundeswehr an Missionen zur Landes- und Bündnisverteidigung in anderen NATO-Staaten (sogenannte anerkannte Missionen) ist dagegen kein Mandat des Bundestags erforderlich (z.B. Sicherung des Luftraums im Baltikum). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Meinungsbild über die Einsätze der Bundeswehr im Ausland insgesamt nur geringfügig verändert.

Die *Beteiligung der Bundeswehr an den Missionen zur Landes- und Bündnisverteidigung* erfährt in der Bevölkerung im Durchschnitt mehr Zustimmung als die Auslandseinsätze des internationalen Krisenmanagements (vgl. Abbildung 9.4). Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zustimmung zu den Missionen zur Bündnisverteidigung an der NATO-Ostflanke leicht gesunken, bleibt aber deutlich über dem Niveau vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 (vgl. Abschnitt 5, Abbildung 5.2). Die *Auslandseinsätze der Bundeswehr im Rahmen des internationalen Krisenmanagements* werden insgesamt eher kritisch bewertet – wie bereits in den Vorjahren. Ausnahmen sind dabei die Seeraumüberwachung im Mittelmeer (Operation Sea Guardian: 46 Prozent Zustimmung; -5 Prozentpunkte im Vergleich zu 2022) und der Einsatz im Kosovo zur Stabilisierung der Balkanregion (40 Prozent Zustimmung; -3 Prozentpunkte), die als einzige Auslandseinsätze des internationalen Krisenmanagements von größeren Teilen in der Bevölkerung befürwortet werden. Die übrigen Einsätze des internationalen Krisenmanagements stoßen dagegen entweder auf ein geteiltes Stimmungsbild in der Bevölkerung (Libyen und Libanon) oder werden sogar überwiegend abgelehnt (Südsudan, Mali, Irak und Niger).⁵ Grundsätzlich fällt auf, dass die Bundeswehreinätze, die einen klaren Bezug zu Europa erkennen lassen, überwiegend positiv bewertet werden, während die Einsätze, die außerhalb Europas stattfinden, auf ein ambivalentes oder überwiegend ablehnendes Meinungsbild stoßen.

Der Wissensstand in der Bevölkerung über die konkreten Einsätze der Bundeswehr im Ausland bleibt auch im Jahr 2023 im Durchschnitt eher gering (vgl. Abbildung 9.5), obwohl im Vergleich zum Vorjahr die Bekanntheit aller Einsätze leicht gestiegen ist. Die Missionen der Landes- und Bündnisverteidigung sind durchschnittlich nicht viel bekannter als die Auslandseinsätze des internationalen Krisenmanagements.

⁵ Der Putsch im Niger begann am 26. Juli 2023 und somit nach der Datenerhebung (Ende am 23. Juli 2023), d.h. die hier berichteten Ergebnisse zur Einstellung der Bevölkerung zum Bundeswehreinatz in Niger wurden nicht durch die Berichterstattung über den Putsch beeinflusst.

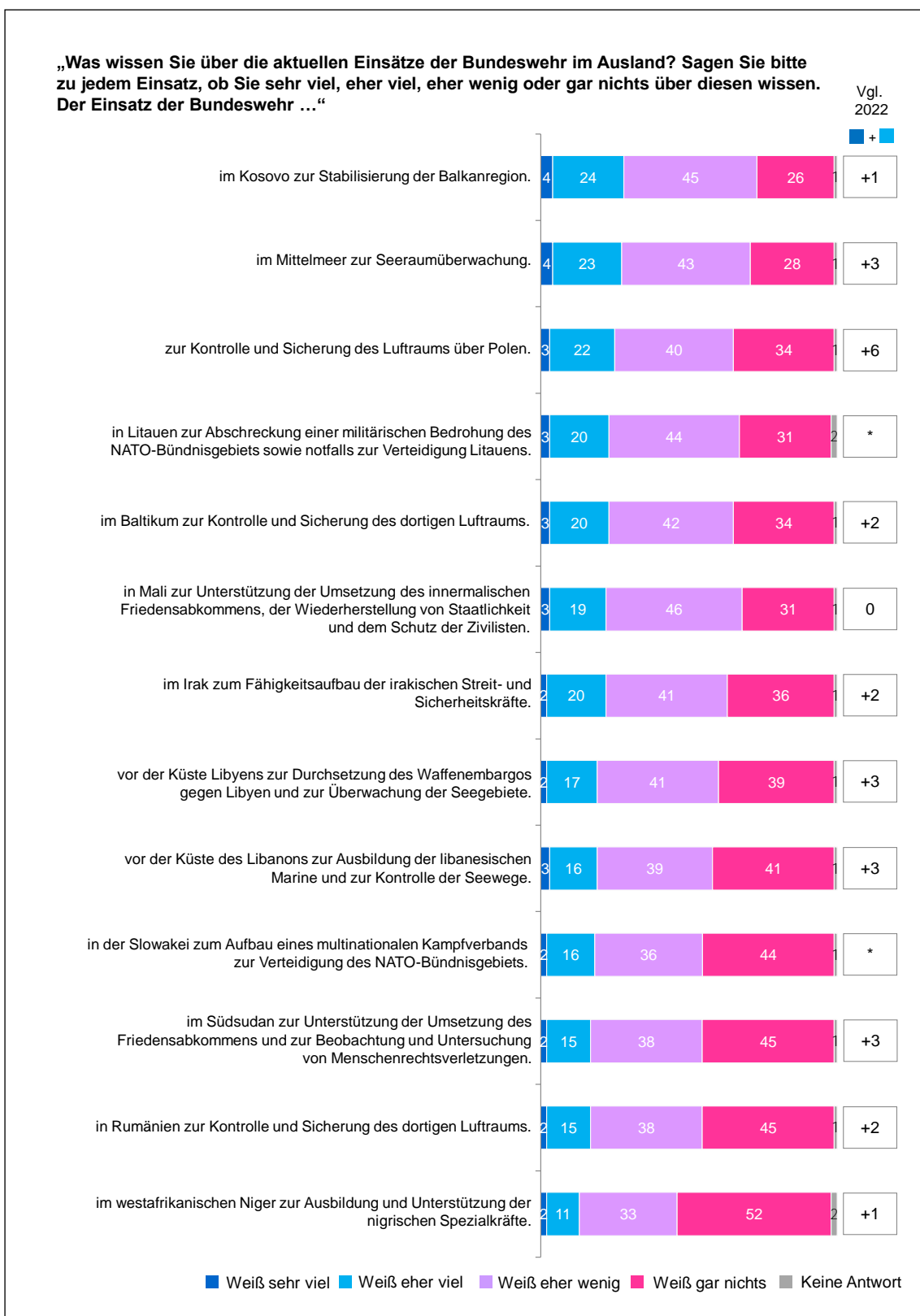
Abbildung 9.4: Einstellungen zu den Einsätzen der Bundeswehr im Ausland



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ sowie „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst. *Eingeschränkte Vergleichbarkeit zum Vorjahr aufgrund geänderter Frageformulierung.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2022 und 2023.

Abbildung 9.5: Kenntnisstand zu den Einsätzen der Bundeswehr im Ausland



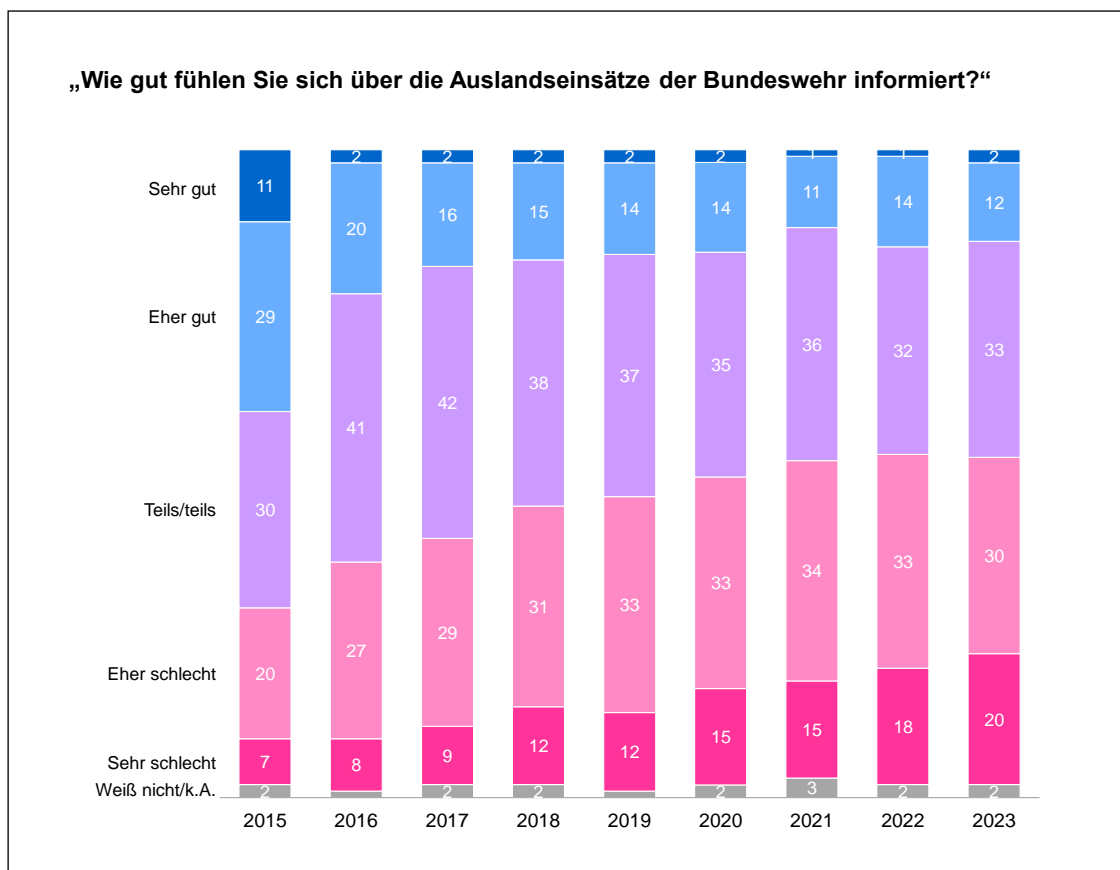
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. *Eingeschränkte Vergleichbarkeit zum Vorjahr aufgrund geänderter Frageformulierung.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2022 und 2023.

Die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger fühlt sich zudem schlecht über die Auslandseinsätze der Bundeswehr *informiert* (vgl. Abbildung 9.6). Eine Trendwende in der negativen Entwicklung der vergangenen Jahre ist nicht erkennbar: Der Anteil derjenigen, die sich sehr schlecht oder eher schlecht informiert fühlen, ist von 27 Prozent im Jahr 2015 kontinuierlich auf 51 Prozent im Jahr 2022 gestiegen und liegt aktuell bei 50 Prozent, während im gleichen Zeitraum der Anteil derjenigen, die sich gut informiert fühlen, von 40 Prozent auf aktuell 14 Prozent gesunken ist.

Der in der Bevölkerung geringe Wissensstand über die Einsätze der Bundeswehr im Ausland und der hohe Anteil an Befragten, die sich grundsätzlich schlecht über die Auslandseinsätze informiert fühlen, ist bedenklich, weil die Zustimmung zu diesen Einsätzen stark vom Kenntnisstand über sie abhängt. Tabelle 9.2 dokumentiert diese Zusammenhänge: Wissen schafft Zustimmung. Nichtwissen führt zu Vorbehalten.

Abbildung 9.6: Informiertheit über die Einsätze der Bundeswehr im Ausland 2015–2023



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2015–2023.

Tabelle 9.2: Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr in Abhängigkeit vom Kenntnisstand

„Bitte sagen Sie mir, ob Sie der Beteiligung der Bundeswehr an den folgenden Einsätzen im Ausland völlig zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen/teils ablehnen, eher ablehnen oder völlig ablehnen. Der Einsatz der Bundeswehr ...“				
	Stimme zu ¹	Teils/teils	Lehne ab ²	Weiß nicht/k.A.
Litauen (enhanced Forward Presence) ***				
Wissen vorhanden ³	69	19	12	0
Wissen nicht vorhanden ⁴	37	28	29	6
Polen (Luftraumüberwachung) ***				
Wissen vorhanden	67	17	15	1
Wissen nicht vorhanden	43	26	26	5
Baltikum (Air Policing Baltikum) ***				
Wissen vorhanden	68	17	15	0
Wissen nicht vorhanden	37	30	27	6
Slowakei (enhanced Vigilance Activities) ***				
Wissen vorhanden	63	18	18	0
Wissen nicht vorhanden	40	29	25	6
Rumänien (enhanced Air Policing South) ***				
Wissen vorhanden	65	20	15	1
Wissen nicht vorhanden	34	29	31	6
Mittelmeer (Operation Sea Guardian) ***				
Wissen vorhanden	70	22	8	0
Wissen nicht vorhanden	38	31	26	5
Kosovo (KFOR) ***				
Wissen vorhanden	62	23	14	0
Wissen nicht vorhanden	32	33	30	5
Mali (MINUSMA) ***				
Wissen vorhanden	52	24	24	1
Wissen nicht vorhanden	23	25	46	6
Libanon (UNIFIL) ***				
Wissen vorhanden	60	24	17	0
Wissen nicht vorhanden	25	30	40	5
Libyen (EUNAVFOR Med Irini) ***				
Wissen vorhanden	64	19	17	0
Wissen nicht vorhanden	26	30	38	6
Südsudan (UNMISS) ***				
Wissen vorhanden	59	22	18	1
Wissen nicht vorhanden	23	26	45	6
Irak (Capacity Building Irak) ***				
Wissen vorhanden	53	26	19	1
Wissen nicht vorhanden	21	28	46	5
Niger (EUTM Mali/Gazelle) ***				
Wissen vorhanden	58	19	23	1
Wissen nicht vorhanden	21	22	51	6

Anmerkungen: Angaben in Prozent. 1) Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; 2) Antwortanteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst; 3) Antwortanteile „Weiß sehr viel“ und „Weiß eher viel“ zusammengefasst; 4) Antwortanteile „Weiß eher wenig“ und „Weiß gar nichts“ zusammengefasst. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023.

Abschließend soll berichtet werden, ob zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung Unterschiede in der Einstellung und im Kenntnisstand zu den Einsätzen der Bundeswehr im Ausland bestehen. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die Einstellungen und der Kenntnisstand zu den acht Einsätzen im Bereich des internationalen Krisenmanagements (IKM) und den fünf Einsätzen der Landes- und Bündnisverteidigung (LV/BV) jeweils in Indexvariablen zusammengefasst. Die vier Indexvariablen haben einen Wertebereich von 0 (völlige Ablehnung bzw. niedriger Kenntnisstand) bis 1 (völlige Zustimmung bzw. hoher Kenntnisstand). Ein Mittelwert von 0,5 repräsentiert eine ambivalente Einstellung bzw. einen mittleren Kenntnisstand.

Obgleich zwischen den untersuchten Gruppen statistisch signifikante Unterschiede bestehen, unterscheiden sich die Mittelwerte der Gruppen nicht substantiell. In allen Gruppen ist die Einstellung zu den LV/BV-Einsätzen im Durchschnitt eher positiv, während die IKM-Einsätze auf ein geteiltes Meinungsbild oder eine tendenziell ablehnende Haltung stoßen. Ausnahmen bestätigen dabei die Regel: Einzig die Wählerinnen und Wähler der AfD, die Gruppe der Nichtwähler sowie Befragte in Ostdeutschland haben eine im Durchschnitt ambivalente Einstellung zu den Einsätzen im Bereich der Landes- und Bündnisverteidigung. Der Kenntnisstand zu den LV/BV- und den IKM-Einsätzen ist in allen Gruppen ähnlich gering. Folgende statistisch signifikante Unterschiede sind dennoch bemerkenswert: Frauen haben zu beiden Einsatzarten eine kritischere Haltung und sie sind – nach eigenen Angaben – über diese weniger informiert als Männer. Während sich die Einstellung zu den beiden Einsatzarten zwischen den Altersgruppen nicht unterscheidet, offenbart der Gruppenvergleich, dass die jüngeren Befragten (16–29 Jahre) den im Durchschnitt geringsten Kenntnisstand zu den Einsätzen haben. Zustimmung und Kenntnisstand zu ihnen steigen mit wachsendem Haushaltseinkommen. Der Kenntnisstand über die Einsätze nimmt außerdem mit höherer Bildung zu. Im Vergleich der Regionen wird deutlich: Befragte in Ostdeutschland haben die im Durchschnitt kritischste Haltung zu den Einsätzen der Bundeswehr, während die Befragten in Süddeutschland über den im Durchschnitt geringsten Kenntnisstand verfügen. Zu beiden Einsatzarten ist in Norddeutschland die Einstellung am positivsten und der Kenntnisstand am größten. Die Zustimmung zu den Einsätzen im Bereich der Landes- und Bündnisverteidigung ist bei Befragten mit Migrationshintergrund stärker ausgeprägt als bei Befragten ohne Migrationshintergrund. Dafür ist bei Letzteren der Kenntnisstand zu den IKM-Einsätzen etwas größer. Mit Blick auf die Wählergruppen fällt auf: Die Wählerinnen und Wähler der AfD und die Gruppe der Nichtwähler haben die kritischste Haltung zu beiden Arten von Einsätzen der Bundeswehr im Ausland. Der Kenntnisstand über die Einsätze ist dagegen am geringsten unter den Nichtwählern.

Tabelle 9.3: Einstellung und Kenntnisstand zu den Einsätzen der Bundeswehr im Ausland in soziodemografischen Gruppen

	Einstellung:		Kenntnisstand:	
	LV/BV	IKM	LV/BV	IKM
Insgesamt	0,57	0,48	0,29	0,29
Geschlecht	***	***	***	***
Männer	0,60	0,50	0,34	0,34
Frauen	0,54	0,46	0,23	0,23
Alter	n.s.	n.s.	***	***
16 bis 29 Jahre	0,55	0,47	0,23	0,23
30 bis 49 Jahre	0,57	0,49	0,32	0,30
50 bis 69 Jahre	0,58	0,48	0,30	0,30
70 Jahre und älter	0,57	0,48	0,28	0,29
Bildungsniveau	n.s.	n.s.	***	***
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,57	0,50	0,32	0,32
Realschulabschluss	0,57	0,48	0,30	0,30
Hauptschulabschluss	0,58	0,47	0,25	0,25
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	***	**	*	***
4.001 Euro und mehr	0,60	0,50	0,31	0,31
2.001 bis 4.000 Euro	0,57	0,50	0,30	0,30
Bis 2.000 Euro	0,53	0,46	0,27	0,26
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***	***	***
CDU/CSU	0,62	0,50	0,32	0,31
SPD	0,63	0,57	0,34	0,36
AfD	0,49	0,43	0,29	0,31
FDP	0,66	0,48	0,36	0,31
Die Linke	0,54	0,49	0,28	0,28
Bündnis 90/Die Grünen	0,57	0,52	0,30	0,28
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,51	0,42	0,22	0,22
Region	***	***	***	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,62	0,55	0,41	0,40
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,46	0,42	0,26	0,28
Süddeutschland (BW, BY)	0,59	0,46	0,22	0,23
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,59	0,51	0,30	0,29
Migrationshintergrund	***	n.s.	n.s.	**
Ja	0,67	0,50	0,28	0,25
Nein	0,56	0,48	0,29	0,29

Anmerkungen: Ausgewiesen sind die Mittelwerte. Alle Variablen haben einen Wertebereich von [0 – völlige Ablehnung/niedriger Kenntnisstand; 1 – völlige Zustimmung/hoher Kenntnisstand]. Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet. Die vier abhängigen Variablen weisen alle eine sehr gute Skalenreliabilität auf (Cronbachs alpha: 0,92 [Einstellung LV/BV]; 0,90 [Einstellung IKM]; 0,88 [Kenntnisstand LV/BV]; 0,90 [Kenntnisstand IKM]).

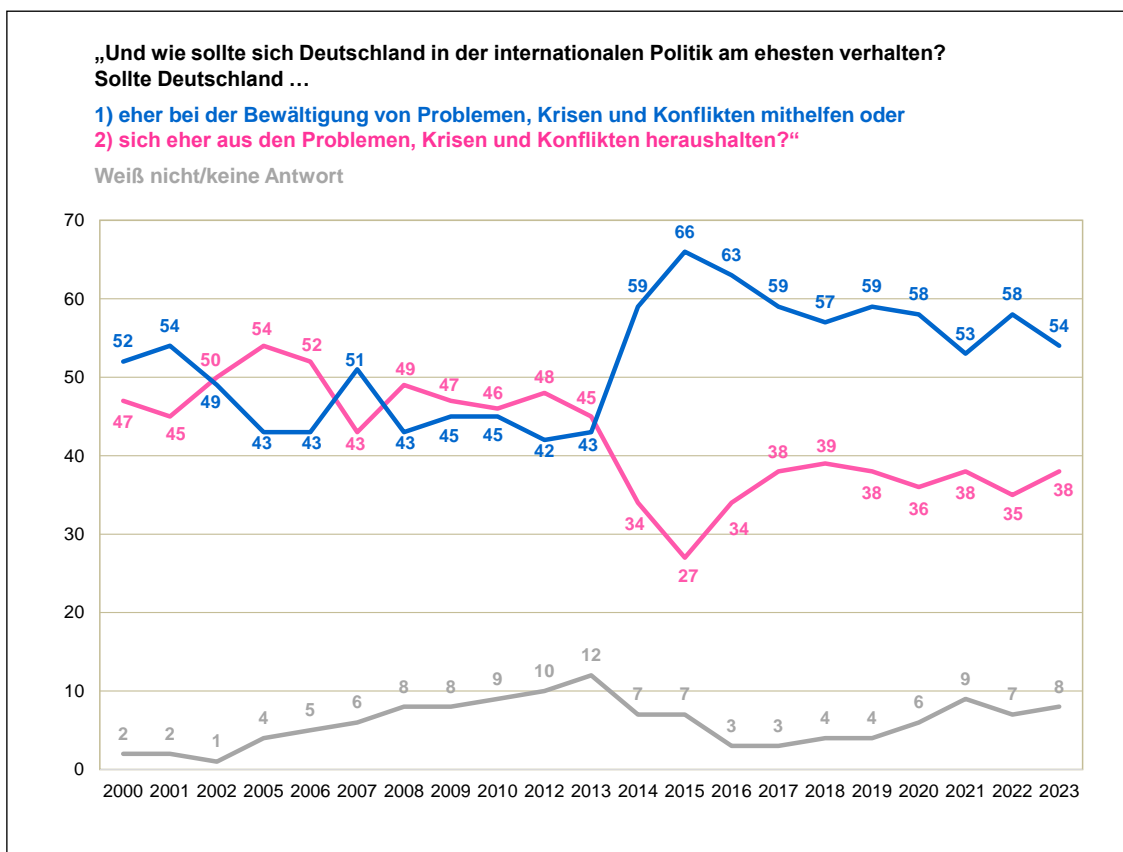
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023.

10 Außenpolitische Einstellungen

Einstellung zum außenpolitischen Engagement Deutschlands

Seit 2014 plädiert eine absolute Mehrheit der Befragten für eine aktive deutsche Außenpolitik. Aktuell sprechen sich 54 Prozent (-4 Prozentpunkte im Vergleich zu 2022) dafür aus, dass Deutschland bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mit-helfen sollte, während 38 Prozent (+3 Prozentpunkte) eine gegenteilige Meinung haben (vgl. Abbildung 10.1).

Abbildung 10.1: Einstellung zum außenpolitischen Engagement Deutschlands 2000–2023



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Bis 2013 lautete die Formulierung der Antwortoptionen wie folgt: „1) eher eine aktive Politik verfolgen und bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen oder 2) sich eher auf die Bewältigung der eigenen Probleme konzentrieren und sich aus Problemen, Krisen und Konflikten anderer möglichst heraushalten?“. 2014 wurde die Formulierung der Antwortoptionen geändert: „1) eher eine aktive Politik verfolgen und bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen oder 2) eher eine passive Politik verfolgen und sich aus Problemen, Krisen und Konflikten anderer möglichst heraushalten?“. 2015 wurden beide Varianten der Frageformulierungen abgefragt. Ein Vergleich dieser Daten zeigte, dass sich die Antwortverteilung zwischen alter und neuer Formulierung nicht signifikant unterscheidet. 2019 wurden erneut zwei Formulierungen verwendet: Die Frageformulierung der Antwortoption 2) wurde der einen Hälfte der Befragten mit dem Zusatz „... Konflikten anderer“ gestellt und der anderen Hälfte der Befragten ohne den Zusatz „anderer“ (Split-Half). Die Antwortverteilung unterschied sich zwischen den Formulierungen nicht statistisch signifikant. Die Frage wurde 2003, 2004 und 2011 nicht erhoben.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2000–2002, 2005–2010, 2012–2023.

Tabelle 10.1: Einstellung zum außenpolitischen Engagement Deutschlands in soziodemografischen Gruppen

„Und wie sollte sich Deutschland in der internationalen Politik am ehesten verhalten? Sollte Deutschland ... 1) eher bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen [Aktiv] oder 2) sich eher aus Problemen, Krisen und Konflikten heraushalten [Passiv] ?“			
	Aktiv	Passiv	Weiß nicht/k.A.
Insgesamt	54	38	8
Geschlecht ^{n.s.}			
Männer	55	38	8
Frauen	53	39	9
Alter ^{***}			
16 bis 29 Jahre	50	32	18
30 bis 49 Jahre	58	37	5
50 bis 69 Jahre	52	41	7
70 Jahre und älter	53	40	7
Bildungsniveau ^{***}			
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	61	32	6
Realschulabschluss	50	43	7
Hauptschulabschluss	52	39	9
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat ^{***}			
4.001 Euro und mehr	61	30	10
2.001 bis 4.000 Euro	56	37	7
Bis 2.000 Euro	49	47	5
Wahlabsicht Bundestagswahl ^{***}			
CDU/CSU	62	33	5
SPD	68	28	5
AfD	37	59	4
FDP	69	31	0
Die Linke	48	46	6
Bündnis 90/Die Grünen	72	21	5
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	38	46	16
Region ^{***}			
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	61	34	5
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	49	47	4
Süddeutschland (BW, BY)	50	38	12
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	56	35	8
Migrationshintergrund ^{***}			
Ja	62	30	8
Nein	53	39	8

Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100 Prozent, da die Einzelwerte gerundet wurden. Analyseverfahren: Chi²-Unabhängigkeits-Test, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023.

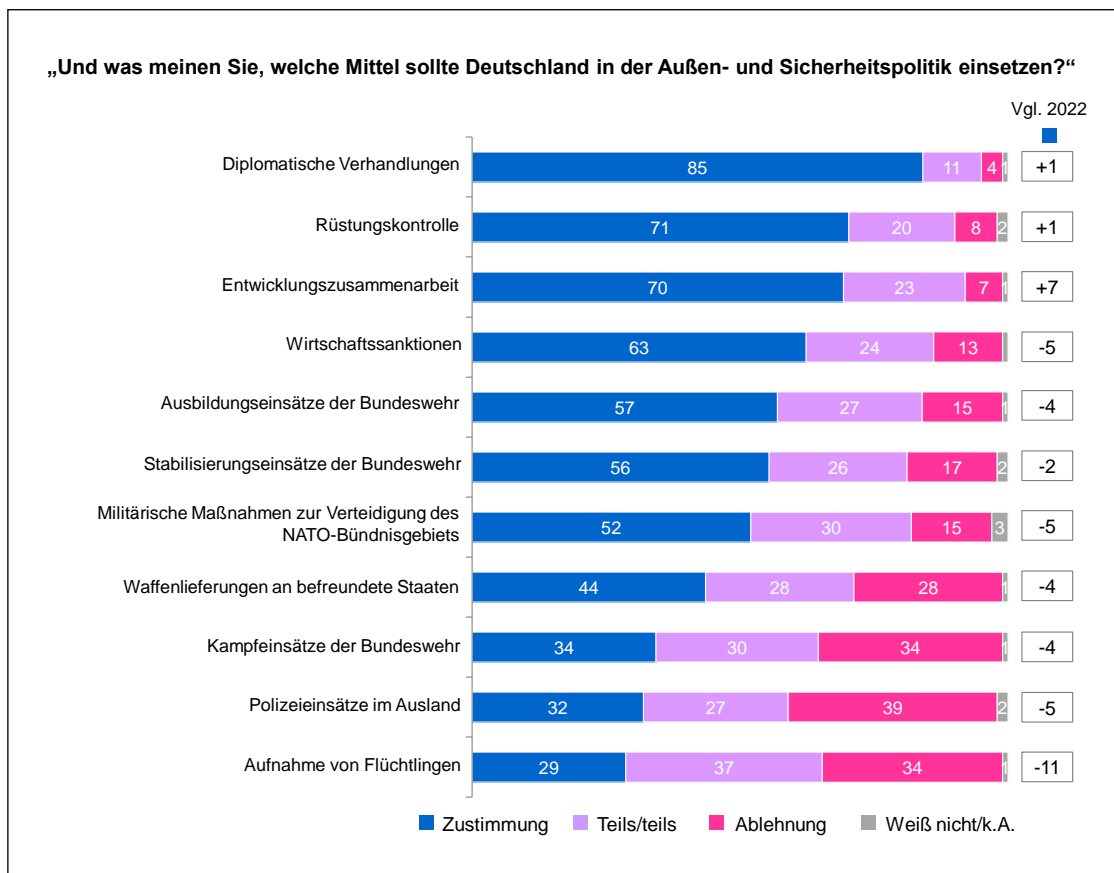
In der Einstellung zu Deutschlands außenpolitischem Engagement bestehen zwischen den soziodemografischen Gruppen und den Wählergruppen in der deutschen Bevölkerung statistisch signifikante Unterschiede (vgl. Tabelle 10.1). Mit wenigen Ausnahmen spricht sich aber in allen untersuchten Gruppen eine Mehrheit für eine aktive Außenpolitik aus. Befragte im Alter von 30 bis 49 Jahren stimmen einer aktiven Außenpolitik mehr zu als die anderen Altersgruppen. Auffällig ist der hohe Anteil an nicht gegebenen Antworten (18 Prozent) in der jüngsten Altersgruppe (16–29 Jahre), der einen vergleichsweise hohen Grad von Unentschlossenheit andeutet. Befragte in der Gruppe mit der höchsten Bildung (mindestens Hochschul- bzw. Fachhochschulreife) befürworten ein aktives deutsches Engagement in der internationalen Politik deutlich stärker als die Befragten in den Gruppen mit geringerer Bildung. Die Zustimmung zu einer aktiven deutschen Außenpolitik steigt auch mit dem Haushaltseinkommen der Befragten. Der Vergleich zwischen den Regionen offenbart eklatante Unterschiede. Während in Nord-, West- und Süddeutschland eine absolute Mehrheit für ein aktives deutsches Engagement plädiert, ist das Meinungsbild in Ostdeutschland zwiegespalten: Die Befürworter einer aktiven (49 Prozent) und einer passiven (47 Prozent) Außenpolitik halten sich dort die Waage. Befragte mit Migrationshintergrund sprechen sich deutlich stärker für eine aktive deutsche Außenpolitik aus als Befragte ohne Migrationshintergrund. Die Einstellungsunterschiede zwischen den Wählergruppen fallen ebenfalls sehr deutlich aus: Während eine klare Mehrheit der Wählerinnen und Wähler der Grünen, der SPD, der CDU/CSU und der FDP eine aktive deutsche Außenpolitik befürwortet, sprechen sich die AfD-Anhänger und die Gruppe der Nichtwähler mehrheitlich für eine passive Außenpolitik aus. Wählerinnen und Wähler der Linken sind zwiegespalten: Auch in dieser Gruppe halten sich Befürworter und Gegner einer aktiven deutschen Außenpolitik die Waage.

Mittel der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik

Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung befürwortet den Einsatz von zivilen und militärischen Mitteln in der Außen- und Sicherheitspolitik, wobei eine relative Präferenz für den Einsatz ziviler Mittel besteht. Wie in den Vorjahren erhalten diplomatische Verhandlungen (85 Prozent; +1 Prozentpunkt im Vergleich zu 2022), Rüstungskontrolle (71 Prozent; +1 Prozentpunkt) und Entwicklungszusammenarbeit (70 Prozent; +7 Prozentpunkte) die höchsten Zustimmungswerte. Diese Mittel sind auch die einzigen, die im Vergleich zum Vorjahr mehr und nicht weniger öffentliche Zustimmung erfahren. Ebenfalls unterstützt eine absolute Mehrheit Wirtschaftssanktionen (63 Prozent; -5 Prozentpunkte) sowie eine Reihe militärischer Mittel: Ausbildungseinsätze der Bundeswehr (57 Prozent; -4 Prozentpunkte); Stabilisierungseinsätze der Bundeswehr (56 Prozent; -2 Prozentpunkte); militärische Maßnahmen zur Verteidigung des NATO-Bündnisgebiets (52 Prozent; -5 Pro-

zentpunkte). Überwiegend positiv ist auch die öffentliche Meinung zu Waffenlieferungen an befreundete Staaten (44 Prozent; -4 Prozentpunkte). Eine ambivalente Haltung haben die Bürgerinnen und Bürger zu möglichen Kampfeinsätzen der Bundeswehr (34 Prozent Zustimmung; 30 Prozent teils/teils; 34 Prozent Ablehnung). Vornehmlich abgelehnt werden Polizeieinsätze im Ausland (32 Prozent Zustimmung; 27 Prozent teils/teils; 39 Prozent Ablehnung) und die Aufnahme von Flüchtlingen (29 Prozent Zustimmung; 37 Prozent teils/teils; 34 Prozent Ablehnung).

Abbildung 10.2: Einstellungen zu den Mitteln der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ sowie „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2022 und 2023.

Werden die Einstellungen zu den zivilen und militärischen Mitteln jeweils in Indexvariablen zusammengefasst und die Mittelwerte der soziodemografischen Gruppen und Wählergruppen miteinander verglichen, zeigt sich: Es besteht zwar in allen untersuchten Gruppen eine relative Präferenz für den Einsatz ziviler Mittel, aber der Einsatz militärischer Mittel wird in keiner Gruppe überwiegend abgelehnt (vgl. Tabelle 10.2).

Tabelle 10.2: Einstellung zum Einsatz ziviler und militärischer Mittel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik in soziodemografischen Gruppen

	Zivile Mittel	Militärische Mittel
Insgesamt	0,70	0,59
Geschlecht	n.s.	**
Männer	0,70	0,60
Frauen	0,71	0,57
Alter	n.s.	n.s.
16 bis 29 Jahre	0,69	0,59
30 bis 49 Jahre	0,70	0,60
50 bis 69 Jahre	0,71	0,59
70 Jahre und älter	0,70	0,59
Bildungsniveau	n.s.	n.s.
Hochschul- bzw. Fachhochschulreife	0,71	0,61
Realschulabschluss	0,70	0,58
Hauptschulabschluss	0,70	0,58
Haushaltsnettoeinkommen pro Monat	*	***
4.001 Euro und mehr	0,72	0,62
2.001 bis 4.000 Euro	0,70	0,59
Bis 2.000 Euro	0,69	0,56
Wahlabsicht Bundestagswahl	***	***
CDU/CSU	0,72	0,63
SPD	0,74	0,64
AfD	0,61	0,53
FDP	0,68	0,61
Die Linke	0,71	0,55
Bündnis 90/Die Grünen	0,76	0,63
Keine Parteipräferenz, Nichtwähler, w.n./k.A.	0,68	0,53
Region	***	***
Norddeutschland (SH, HH, HB, NI)	0,72	0,59
Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN, TH)	0,66	0,52
Süddeutschland (BW, BY)	0,72	0,59
Westdeutschland (NW, RP, HE, SL)	0,70	0,62
Migrationshintergrund	***	***
Ja	0,75	0,65
Nein	0,70	0,58

Anmerkungen: Ausgewiesen sind die Mittelwerte. Wertebereich der abhängigen Variablen [0 – völlige Ablehnung; 1 – völlige Zustimmung]. Analyseverfahren: Varianzanalysen, Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n.s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05). Der Signifikanztest für die Varianzanalyse gibt an, ob sich der Mittelwert mindestens einer Gruppe von dem Mittelwert mindestens einer anderen Gruppe unterscheidet. Die beiden Indexvariablen haben eine akzeptable bis gute Skalenreliabilität (Cronbachs alpha: 0,65 [zivile Mittel]; 0,74 [militärische Mittel]).

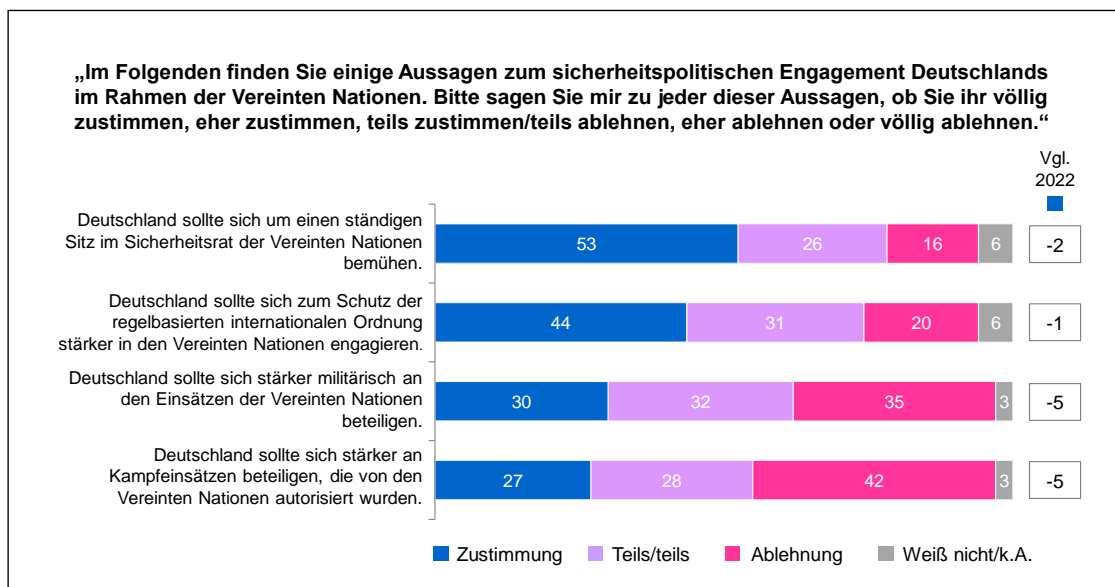
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023.

Der *Einsatz ziviler Mittel* wird mit steigendem Haushaltseinkommen und von Wählerinnen und Wählern der SPD und der Grünen sowie Befragten mit Migrationshintergrund stärker befürwortet als von den entsprechenden Vergleichsgruppen (vgl. Tabelle 10.2). Im Vergleich zu den anderen Regionen fällt die Einstellung zum Einsatz ziviler Mittel in Ostdeutschland etwas weniger positiv aus. Männer, Befragte mit hohem und mittlerem Haushaltseinkommen, Wählerinnen und Wähler der SPD, CDU/CSU, Grünen und der FDP sowie Befragte mit Migrationshintergrund bewerten den *Einsatz militärischer Mittel* im Durchschnitt positiver als die entsprechenden Vergleichsgruppen. Die kritischste Haltung zum Einsatz militärischer Mittel haben AfD-Anhänger, die Gruppe der Nichtwähler und Befragte in Ostdeutschland.

Engagement in den Vereinten Nationen

Die Vereinten Nationen sind das einzige globale Forum für Fragen der Konfliktprävention und Friedenssicherung. Die Charta der Vereinten Nationen bildet die völkerrechtliche Grundlage für die regelbasierte internationale Ordnung. Seit 1973 ist die Bundesrepublik Deutschland Mitglied in den Vereinten Nationen und engagiert sich im Rahmen dieser Mitgliedschaft für die Stärkung der regelbasierten internationalen Ordnung und die Prävention und Bewältigung gewaltsamer Konflikte – auch mit militärischen Mitteln. Aktuell ist die Bundeswehr an fünf Einsätzen der Vereinten Nationen beteiligt. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen trägt Verantwortung für die internationale Sicherheit und ist hierzu mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet. Für die Mandatierung der Auslandseinsätze der Bundeswehr sind die Entscheidungen des VN-Sicherheitsrats ebenfalls von Bedeutung. In den letzten Jahren litt die Handlungsfähigkeit des Sicherheitsrats unter den oftmals widersprüchlichen Interessen seiner fünf ständigen Mitglieder Russland, China, USA, Frankreich und Großbritannien. Nicht zuletzt auch deshalb engagiert sich Deutschland seit Jahren für eine Reform des Sicherheitsrates und hat sich wiederholt um einen der zehn nichtständigen Sitze beworben. Zuletzt war Deutschland in den Jahren 2019 und 2020 nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Abbildung 10.3: Aussagen zu Deutschlands Engagement im Rahmen der Vereinten Nationen



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst.

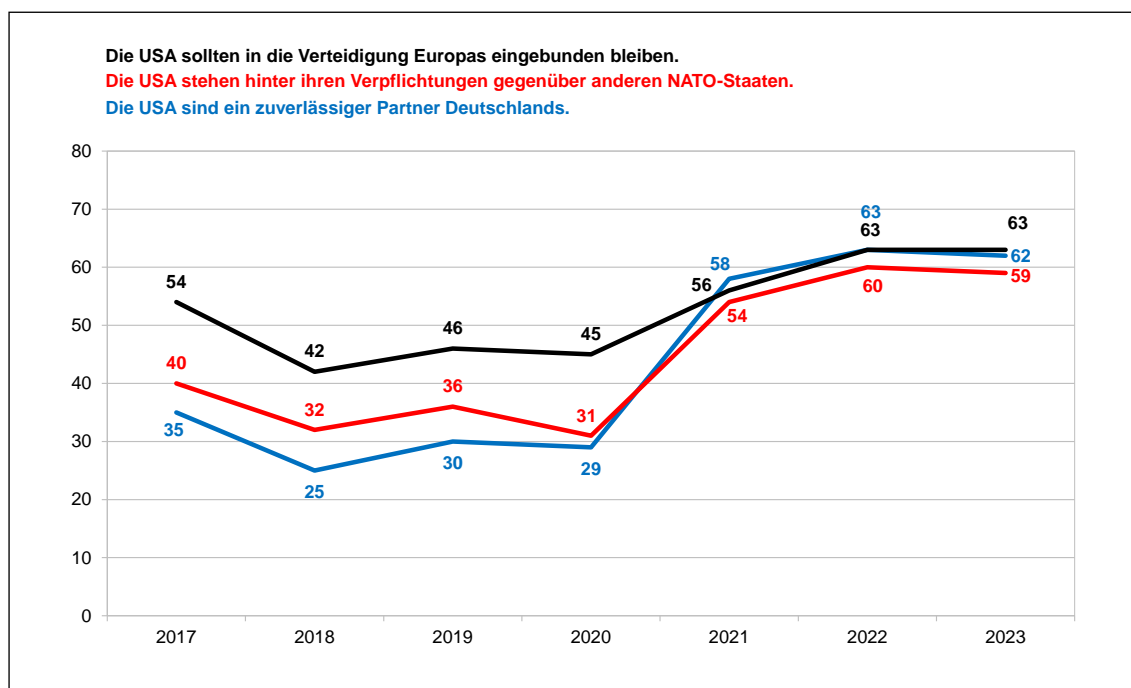
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2022 und 2023.

Eine Mehrheit (53 Prozent; -2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2022) der Befragten unterstützt Deutschlands Bemühen um einen ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat, eine Minderheit von 16 Prozent lehnt dies ab und etwas mehr als ein Viertel (26 Prozent) ist geteilter Meinung (vgl. Abbildung 10.3). Eine relative Mehrheit (44 Prozent; -1 Prozentpunkt) plädiert dafür, dass sich Deutschland zum Schutz der regelbasierten internationalen Ordnung stärker in den Vereinten Nationen engagieren sollte, etwas weniger als ein Drittel (31 Prozent) hat hierzu eine ambivalente Haltung und 20 Prozent lehnen dies ab. Die Aussage, Deutschland sollte sich an den Einsätzen der VN stärker militärisch beteiligen, stößt in der Bevölkerung auf ein geteiltes Echo: Etwas weniger als ein Drittel (30 Prozent; -5 Prozentpunkte) stimmt der Aussage zu, ein Drittel ist geteilter Meinung (32 Prozent) und etwas mehr als ein Drittel (35 Prozent) lehnt ein stärkeres militärisches Engagement ab. Eine stärkere Beteiligung Deutschlands an Kampfeinsätzen, die von den Vereinten Nationen autorisiert wurden, lehnt eine relative Mehrheit (42 Prozent) ab und jeweils etwas mehr als ein Viertel sind unentschlossen (28 Prozent) oder lehnen die Beteiligung an solchen Einsätzen explizit ab (27 Prozent). Eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wünscht sich also, dass Deutschland im VN-Sicherheitsrat mitentscheiden kann, ist aber nicht bereit, die damit einhergehende Verantwortung für die globale Sicherheit mit einem robusten nationalen Engagement zu hinterlegen.

Bilaterale Beziehungen zu den USA

Wurden die bilateralen Beziehungen zu den USA während der Amtszeit von Präsident Donald Trump (2017–2021) von den Bundesbürgerinnen und -bürgern eher kritisch wahrgenommen, so verbesserte sich diese Wahrnehmung schlagartig mit dem Amtsantritt von Präsident Joe Biden im Jahr 2021 (vgl. Abbildung 10.4). Auf den großen „Biden-Effekt“ im Jahr 2021 folgte 2022 ein etwas kleinerer „Ukraine-Effekt“. Insbesondere die Wahrnehmung der USA als verlässlicher Bündnispartner verbesserte sich weiter. Spannungen zwischen Europa und den USA empfinden die Bürgerinnen und Bürger aktuell als die geringste Bedrohung für ihre persönliche Sicherheit (vgl. Abschnitt 2, Tabelle 2.1).

Abbildung 10.4: Zustimmung zu Aussagen über die bilateralen Beziehungen zu den USA 2017–2023



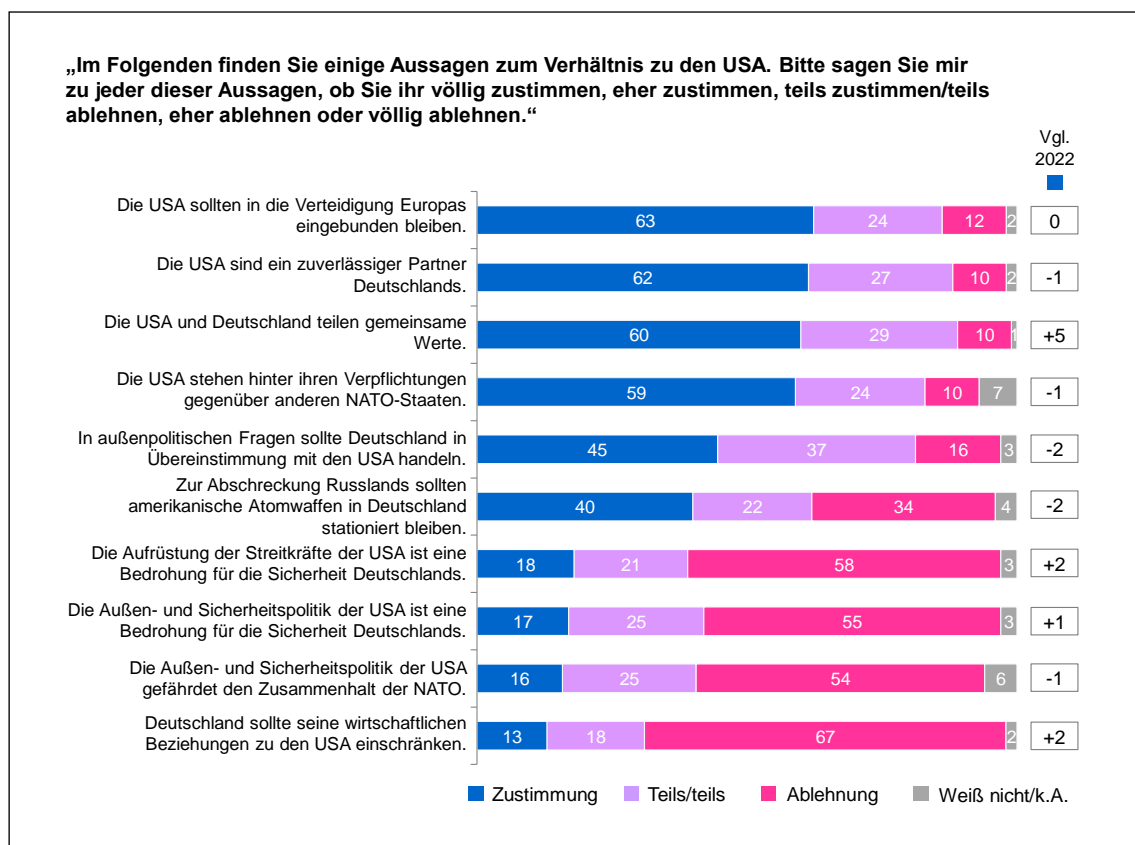
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2017–2023.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das positive Meinungsbild über die USA kaum verändert (vgl. Abbildung 10.5). Eine klare Mehrheit der Deutschen nimmt die USA als einen verlässlichen Partner Deutschlands wahr (62 Prozent; -1 Prozentpunkt), der mit Deutschland gemeinsame Werte teilt (60 Prozent; +5 Prozentpunkte), der hinter seinen Verpflichtungen gegenüber anderen NATO-Partnern steht (59 Prozent; -1 Prozentpunkt) und der weiterhin in die Verteidigung Europas eingebunden bleiben sollte (63 Prozent; keine Veränderung). Umgekehrt vertritt nur eine Minderheit von 16 Prozent (-1 Prozentpunkt) die Auffassung, dass die Außen- und Sicherheitspolitik der USA den

Zusammenhalt der NATO gefährdet, während eine Mehrheit von 54 Prozent diese Aussage ablehnt. Damit einher geht auch die Überzeugung, dass die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik im Allgemeinen (55 Prozent; -2 Prozentpunkte) sowie die Aufrüstung der amerikanischen Streitkräfte (58 Prozent; keine Veränderung) *keine* Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands darstellen. Eine Einschränkung der wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA wird von einer klaren Mehrheit abgelehnt (67 Prozent; -1 Prozentpunkt). Die grundsätzliche Bereitschaft zur Orientierung an den USA in außenpolitischen Fragen ist dagegen leicht zurückgegangen: Eine relative Mehrheit (45 Prozent; -2 Prozentpunkte) vertritt die Position, Deutschland sollte in außenpolitischen Fragen in Übereinstimmung mit den USA handeln, während 16 Prozent gegenteiliger Auffassung und 37 Prozent hierzu unentschieden sind. Uneins ist die Bevölkerung in der Frage, ob amerikanische Atomwaffen in Deutschland stationiert bleiben sollten, um Russland abzuschrecken: 40 Prozent stimmen für den Verbleib amerikanischer Atomwaffen in Deutschland, 22 Prozent sind unentschieden und 34 Prozent sprechen sich dagegen aus.

Abbildung 10.5: Aussagen über die bilateralen Beziehungen zu den USA



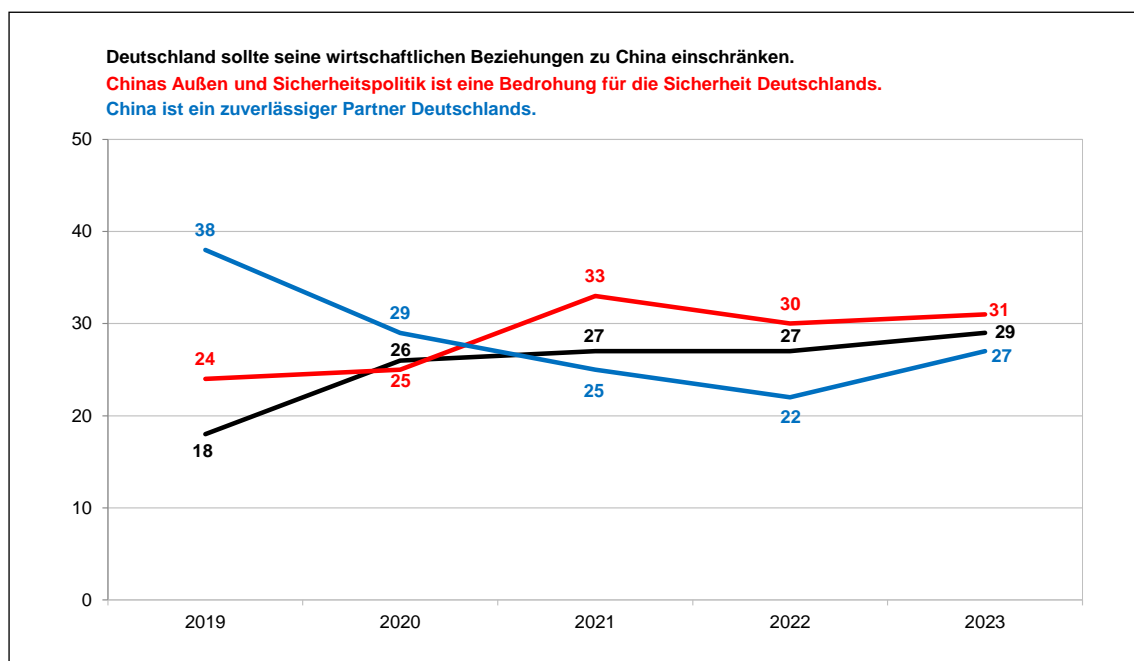
Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2022 und 2023.

Bilaterale Beziehungen zu China

In der im Juli 2023 veröffentlichten China-Strategie der Bundesregierung wird China gleichsam als Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale bezeichnet, der offensiv und in seinem Interesse versuche, die bestehende regelbasierte internationale Ordnung umzugestalten – mit Auswirkungen auf die europäische und globale Sicherheit. Insbesondere Chinas Taiwan-Politik sorgt für angespannte Beziehungen zu vielen westlichen Ländern. Zudem investiert China nach den USA am meisten in die Aufrüstung seiner Streitkräfte. Wie die Ergebnisse in Abschnitt 2 gezeigt haben, gehören die Spannungen zwischen dem Westen und China aber nicht zu den vorrangigen Sorgen der Deutschen (vgl. Tabelle 2.1).

Abbildung 10.6: Zustimmung zu Aussagen über die bilateralen Beziehungen zu China 2019–2023

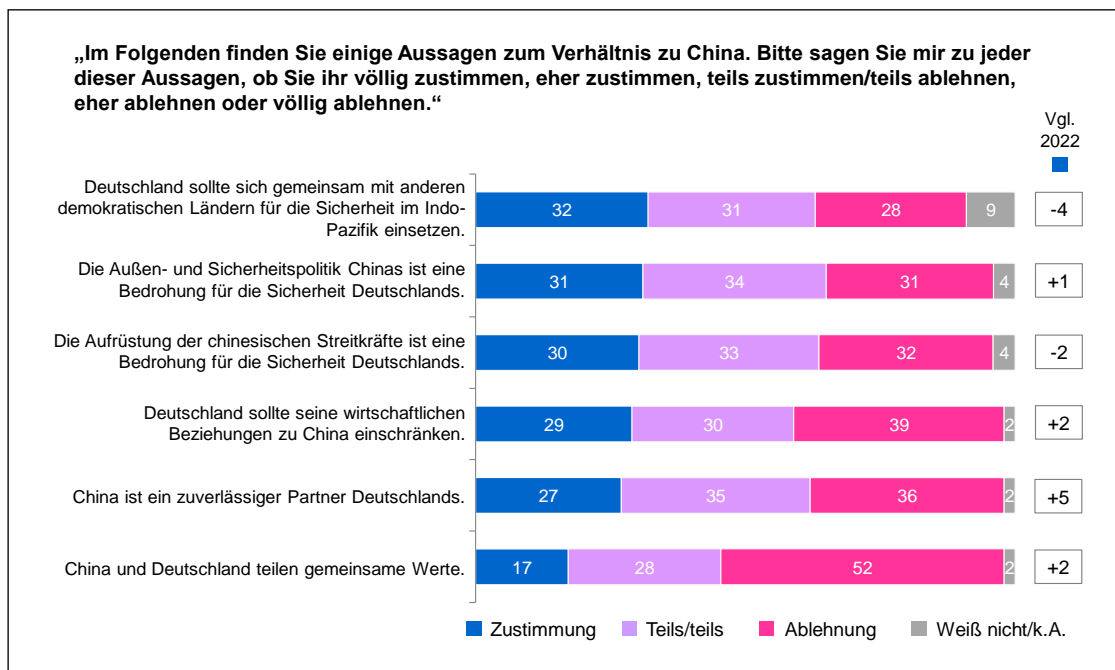


Anmerkungen: Angaben in Prozent. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2019–2023.

Die öffentliche Wahrnehmung der bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und China wird in der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung seit 2019 erhoben. Bis einschließlich 2022 hat sich die Wahrnehmung Chinas als ein zuverlässiger Partner Deutschlands kontinuierlich verschlechtert (vgl. Abbildung 10.6). Dieser negative Trend setzt sich im Jahr 2023 zwar nicht fort, aber die Wahrnehmung bleibt ambivalent bis kritisch: Aktuell sehen 27 Prozent (+5 Prozentpunkte im Vergleich zu 2022) der Bürgerinnen und Bürger in China einen zuverlässigen Partner, 36 Prozent tun dies nicht und 35 Prozent sind in dieser Frage unentschieden.

Abbildung 10.7: Aussagen über die bilateralen Beziehungen zu China



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst.

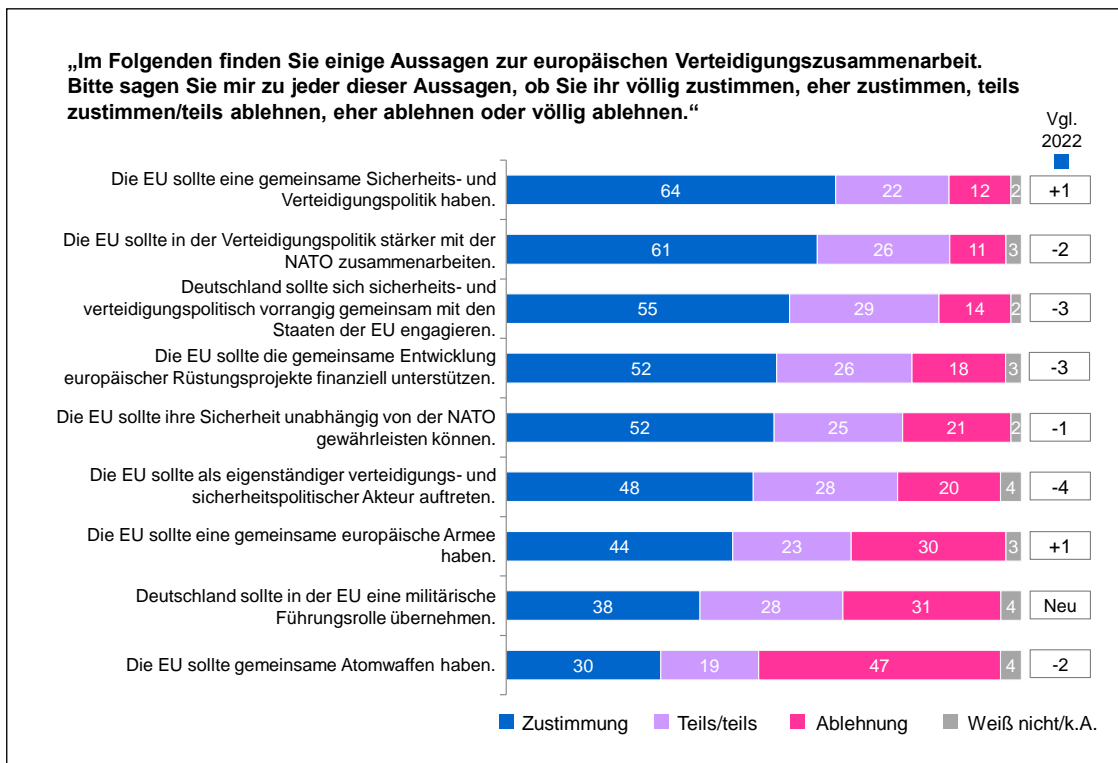
Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2022 und 2023.

Überhaupt zeigt sich das aktuelle Meinungsbild zu China im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert und bleibt in seiner Ausprägung äußerst ambivalent (vgl. Abbildung 10.7). Klarheit herrscht nur in einem Punkt: Lediglich 17 Prozent (+2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2022) sind der Auffassung, dass China und Deutschland gemeinsame Werte teilen, während eine absolute Mehrheit gegenteiliger Meinung ist (52 Prozent; +1 Prozentpunkt). Hinsichtlich aller anderen Aspekte der bilateralen Beziehungen ist sich die deutsche Bevölkerung uneins: Ist China Partner, Wettbewerber oder systemischer Rivale? Diese diffuse Wahrnehmung betrifft die chinesische Außen- und Sicherheitspolitik und die Aufrüstung der chinesischen Streitkräfte als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands ebenso wie die Frage der Einschränkung der wirtschaftlichen Beziehungen zu China. Unklarheit besteht in der Bevölkerung auch zu einem möglichen deutschen Engagement im Indo-Pazifik: Etwas weniger als ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger (32 Prozent; -4 Prozentpunkte) befürwortet, dass sich Deutschland gemeinsam mit anderen demokratischen Staaten für die Sicherheit im Indo-Pazifik einsetzt, während 28 Prozent ein solches Engagement ablehnen und 31 Prozent unentschieden sind. Die in der China-Strategie erklärte Bereitschaft der Bundesregierung, die regelbasierte internationale Ordnung durch ein aktives deutsches Engagement im Indo-Pazifik zu stärken, stößt in der eigenen Bevölkerung somit weiterhin auf ein geteiltes Echo.

11 Europäische Verteidigungszusammenarbeit

In der deutschen Bevölkerung besteht ein insgesamt positives Meinungsbild zur Verteidigungskooperation im Rahmen der Europäischen Union. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich diese positive Grundhaltung kaum verändert (vgl. Abbildung 11.1): Eine absolute oder relative Mehrheit ist der Auffassung, dass die EU eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik haben sollte (64 Prozent; +1 Prozentpunkt), die Entwicklung europäischer Rüstungsprojekte finanziell unterstützen (52 Prozent; -3 Prozentpunkte) und als eigenständiger sicherheits- und verteidigungspolitischer Akteur auftreten (48 Prozent; -4 Prozentpunkte) sollte. Trotz des hohen öffentlichen Zuspruchs zur Vertiefung der EU-Verteidigungskooperation, plädiert eine klare Mehrheit (61 Prozent; -2 Prozentpunkte) für eine engere verteidigungspolitische Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO. Darüber hinaus sind 55 Prozent (-3 Prozentpunkte) davon überzeugt, dass sich Deutschland sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig gemeinsam mit den Staaten der EU engagieren sollte.

Abbildung 11.1: Einstellungen zur EU-Verteidigungszusammenarbeit



Anmerkungen: Angaben in Prozent. Nicht alle Prozentangaben ergeben in der Summe 100, da die Einzelwerte gerundet wurden. Die Antwortanteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ sowie „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ wurden jeweils zusammengefasst.

Datenbasis: ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2022 und 2023.

Dem Aufbau einer gemeinsamen europäischen Armee im Rahmen der EU stehen die Befragten etwas kritischer gegenüber: Eine relative Mehrheit (44 Prozent; +1 Prozentpunkt) begrüßt den Aufbau einer EU-Armee, 23 Prozent sind unentschieden und 30 Prozent lehnen dies ab. Uneins sind sich die Bürgerinnen und Bürger auch in der Frage, ob Deutschland in der EU eine militärische Führungsrolle übernehmen sollte: 38 Prozent befürworten dies, 28 Prozent sind geteilter Meinung und 31 Prozent lehnen eine militärische Führungsrolle Deutschlands ab. Überwiegend kritisch stehen die Befragten dem Aufbau eines gemeinsamen europäischen Atomwaffenarsenals gegenüber: 30 Prozent (-2 Prozentpunkte) sprechen sich dafür aus, 19 Prozent sind unentschieden und 47 Prozent lehnen diese Überlegung ab. Wie die Ergebnisse zu den bilateralen Beziehungen zu den USA in Abschnitt 10 gezeigt haben, plädiert eine relative Mehrheit von 40 Prozent für die Stationierung amerikanischer Atomwaffen in Deutschland zur Abschreckung Russlands.

EU-Verteidigungszusammenarbeit als Beitrag zur europäischen Säule der NATO

Hinsichtlich der Kooperation zwischen der EU und der NATO scheinen sich die Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger zu widersprechen. Während 52 Prozent (-1 Prozentpunkt) dafür plädieren, dass die EU ihre Sicherheit unabhängig von der NATO gewährleisten können sollte, sprechen sich 61 Prozent (-2 Prozentpunkte) für eine engere Zusammenarbeit von EU und NATO in der Verteidigungspolitik aus. Dieser scheinbare Widerspruch kann jedoch aufgelöst werden: Die Einstellung zu Deutschlands Mitgliedschaft und Engagement in der NATO (vgl. Abschnitt 5) korreliert statistisch signifikant und positiv mit allen genannten Aspekten der EU-Verteidigungszusammenarbeit, d.h. je mehr Deutschlands Mitgliedschaft und Engagement in der NATO unterstützt wird, desto stärker wird auch die EU-Verteidigungszusammenarbeit befürwortet.⁶ Die Gruppe der NATO-Befürworter in der deutschen Bevölkerung stimmt darüber hinaus allen Teilaspekten der EU-Verteidigungszusammenarbeit stärker zu als die Gruppe der NATO-Gegner: Die Zustimmung zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik liegt bei 74 statt 31 Prozent; zur EU als eigenständiger sicherheitspolitischer Akteur bei 64 statt 32 Prozent; zum Europäischen Verteidigungsfonds bei 64 statt 25 Prozent; zur EU-Armee bei 50 statt 23 Prozent; zu gemeinsamen Atomwaffen bei 35 statt 18 Prozent. Diese Befunde legen nahe, dass der Ausbau der EU-Verteidigungszusammenarbeit als Beitrag zur Stärkung der europäischen Säule der NATO verstanden wird.

⁶ Bivariate Korrelation nach Pearson zwischen der Einstellung zur NATO und der Einstellung zu einer gemeinsamen EU-Armee ($r = 0,19$; $p < 0,001$), zur gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ($r = 0,43$; $p < 0,001$), zur EU als eigenständiger sicherheitspolitischer Akteur ($r = 0,20$; $p < 0,001$) und zum gemeinsamen europäischen Verteidigungsfonds ($r = 0,44$; $p < 0,001$).

12 Fazit

Infolge von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine veränderte sich das sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbild in Deutschland im Jahr 2022 stark. Der Krieg beeinträchtigte das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger erheblich und führte dazu, dass Russland erstmalig von einer Mehrheit als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands wahrgenommen wurde. Als Reaktion auf diese veränderte Bedrohungswahrnehmung stieg die öffentliche Zustimmung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf einen historischen Höchstwert und die Bundeswehr-Missionen zur Sicherung der NATO-Ostflanke wurden erstmalig von einer Bevölkerungsmehrheit unterstützt. Was bleibt 2023 von dieser Wende im sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbild?

Nach über einem Jahr Krieg und mehr als Hunderttausend Toten und Verwundeten in der Ukraine ist das Bedrohungsgefühl der Bürgerinnen und Bürger durch Krieg in Europa und andere militärische Risikofaktoren nach wie vor hoch, jedenfalls im Vergleich zum Niveau vor dem Krieg. Im Vergleich zum Vorjahr ist es hingegen zum Teil deutlich zurückgegangen. Dieser Befund erklärt sich aus dem bisherigen Verlauf des Ukraine-Kriegs. Während Russland bis dato keines seiner selbsterklärten Kriegsziele erreichen konnte und große Verluste erlitten hat, ist es der Ukraine mithilfe westlicher Waffenlieferungen gelungen, Russlands Invasionsstruppen zurückzudrängen. Somit erscheint ein weiterer Vormarsch der russischen Streitkräfte zum jetzigen Zeitpunkt nicht wahrscheinlich. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung fühlen sich die Bürgerinnen und Bürger in ihrer persönlichen Sicherheit weniger durch militärische Konflikte bedroht als durch Risikofaktoren, die in ihrem Alltagsleben unmittelbar erfahrbar sind. Die größte Sorge der Deutschen ist die Inflation, während das Bedrohungsgefühl durch die Zuwanderung nach Deutschland im Vergleich zum Vorjahr stark gestiegen ist – wobei zu beachten ist, dass die Inflation und die Zuwanderung bereits seit vielen Jahren zu den am häufigsten genannten Bedrohungen gehören.

Die öffentliche Wahrnehmung Russlands hat sich kaum verändert: Eine große Mehrheit sieht in Russland eine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands – und das quer durch alle Bevölkerungsschichten. Eine Rückkehr zum ambivalenten Russland-Bild vor 2022 zeichnet sich derzeit nicht ab. Uneins sind die Deutschen dagegen in der Frage der militärischen Unterstützung für die Ukraine. Annähernd gleich große Teile in der Bevölkerung sprechen sich für eine militärische Unterstützung aus bzw. präferieren eine Unterstützung ausschließlich mit nichtmilitärischen Mitteln. Diese Haltung deckt sich mit der

seit vielen Jahren in der deutschen Bevölkerung bestehenden grundsätzlichen Präferenz für den Einsatz nichtmilitärischer Mittel in der Außen- und Sicherheitspolitik. Vorbehalte und Zweifel an Deutschlands Militärhilfe für die Ukraine bestehen vor allem an den Rändern des politischen Spektrums und in Ostdeutschland. Zudem hängt die Bereitschaft zur militärischen Unterstützung der Ukraine maßgeblich von der Wahrnehmung Russlands als Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands ab.

Der Wunsch der Bürgerinnen und Bürger, die nationale Verteidigungsfähigkeit zu stärken, ist nahezu unverändert: In allen Bevölkerungsschichten plädiert eine absolute Mehrheit für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben sowie der Zahl der Soldatinnen und Soldaten. Auch hält weiterhin eine Mehrheit die Einführung eines Wehrdienstes für notwendig und erhofft sich hiervon positive Auswirkungen auf die nationale Verteidigungsfähigkeit. Dagegen ist die im vergangenen Jahr leicht gestiegene persönliche Verteidigungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger wieder annähernd auf das Niveau vor dem Krieg gesunken.

Überraschend stark zurückgegangen ist die öffentliche Zustimmung zu Deutschlands militärischem Engagement zur Rückversicherung der östlichen Bündnispartner und zur Sicherung der NATO-Ostflanke: statt absoluter Mehrheiten stimmen nur noch relative Mehrheiten diesen Aufgaben zu. Auch die Unterstützung für die konkreten Bundeswehr-Missionen an der NATO-Ostflanke ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Zwar ist das Meinungsbild noch immer überwiegend positiv, aber der Rückgang in der Bündnissolidarität der deutschen Bevölkerung ist aus zwei Gründen bedenklich. Zum einen könnte dieser sich negativ auf das Vertrauen der NATO-Bündnispartner auswirken. Zum anderen könnte ein schwindender gesellschaftlicher Rückhalt die Einsatzmotivation der an der NATO-Ostflanke eingesetzten Soldatinnen und Soldaten beeinträchtigen.

Die Einstellung zu den Einsätzen der Bundeswehr im Ausland hängt maßgeblich vom Kenntnisstand über diese ab und dieser ist für *alle* Einsätze der Bundeswehr äußerst gering. Die Mehrheit der Deutschen fühlt sich zudem schlecht über die Einsätze informiert. Um ein „freundliches Desinteresse“ an den vielen neuen und alten Bundeswehr-Missionen zu vermeiden, sollte den Bürgerinnen und Bürgern ein umfassendes Informationsangebot zu den Einsätzen geboten werden.

Die Bundeswehr wird von den Befragten im Vergleich zum Vorjahr etwas häufiger bei Beiträgen in den Massenmedien und bei persönlichen Begegnungen wahrgenommen. Der Eindruck, den die Bürgerinnen und Bürger dabei von der Bundeswehr gewonnen haben, ist mehrheitlich positiv und nochmals etwas besser als im Vorjahr. Der Teil der deutschen Bevölkerung, der angibt, eine positive Einstellung zur Bundeswehr zu haben, erreicht mit 86 Prozent einen historischen Höchstwert. Zudem vertrauen 87 Prozent der Bundeswehr,

bei 61 Prozent der Befragten genießt die Bundeswehr ein hohes Ansehen und eine absolute Mehrheit bewertet die Beziehungen zwischen Bundeswehr und Gesellschaft positiv. Wie in den 20 Jahren zuvor erweist sich die positive Grundhaltung der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr somit in der aktuellen sicherheitspolitischen Lage als stabil und belastbar.

Aus ihrer positiven öffentlichen Wahrnehmung und hohen gesellschaftlichen Akzeptanz kann die Bundeswehr jedoch vorerst kein Kapital schlagen, wenn es um ihre Wahrnehmung als attraktiver Arbeitgeber geht. Zwar wird die Bundeswehr von einer absoluten Mehrheit als attraktiver Arbeitgeber für junge Menschen angesehen, jedoch hat sich seit 2018 ein negativer Trend herausgebildet, der sich fortsetzt. Am stärksten ausgeprägt ist der Rückgang unter jungen Frauen (16–29 Jahre). Unabhängig vom Geschlecht ist zu beobachten, dass sich nur ein sehr kleiner Teil der jungen Menschen vorstellen kann, als Soldat oder Soldatin bei der Bundeswehr zu dienen.

13 Methodologie

Die jährliche Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) existiert seit 1996 und stellt die längste und umfangreichste Zeitreihe sicherheits- und verteidigungspolitischer Umfragen in Deutschland dar. Die Erhebung und Erforschung der öffentlichen Meinung zur Bundeswehr und zur deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist für die Bundeswehr von großer Bedeutung, weil sie als Armee in der Demokratie auf den Rückhalt der Bürgerinnen und Bürger angewiesen ist.

Ziele und Selbstverständnis

Die jährliche ZMSBw-Bevölkerungsbefragung ist der Gradmesser für die gesellschaftliche Legitimation, Relevanz und Integration der Streitkräfte. Ihre Ergebnisse dienen dazu, das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Gesellschaft zu analysieren sowie die Informationsarbeit der Bundeswehr zu evaluieren (Ressortforschung). Mit der öffentlichkeitswirksamen Publikation der Befragungsergebnisse in vielfältigen Produktformaten (Forschungsberichte, Zeitschriften- und Webartikel, Monografien, Podcasts, Vorträge, Interviews) leistet das ZMSBw zudem einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Sinne des Integrationsziels der Inneren Führung (Wissenstransfer). Darüber hinaus werden die Befragungsdaten in hochwertigen wissenschaftlichen Fachpublikationen aufbereitet, als Grundlage für sozialwissenschaftliche Qualifikationsarbeiten und im Rahmen der universitären Lehre genutzt sowie der Forschung allgemein im Datenarchiv des GESIS zur Verfügung gestellt (Grundlagenforschung).

Durchführung und Datenerhebung

Die Erarbeitung des Studienkonzepts, der Ausschreibungsunterlagen und des Fragebogens der Bevölkerungsbefragung erfolgten ebenso am ZMSBw wie die Auswertung der erhobenen Daten. Die Umfragedaten werden von einem externen Befragungsinstitut erhoben. Mit der Überprüfung des Fragebogens (Pretest) und der Datenerhebung wurde 2023 im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung das externe Meinungsforschungsinstitut Ipsos GmbH beauftragt, das eines der größten Markt- und Meinungsforschungsinstitute in Europa ist. Das beauftragte Institut führt die Interviews in den Haushalten der Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer durch und erstellt auf Grundlage der in den Interviews erhobenen Daten einen Datensatz. Für die Untersuchung wurde die Grundgesamt-

heit (d.h. alle Personen, die für die Analyse von Interesse sind und über die im Rahmen der Untersuchung Aussagen getroffen werden sollen) definiert als die deutschsprachige und in Privathaushalten lebende Bevölkerung ab 16 Jahren. Da nicht alle Personen der Grundgesamtheit befragt werden können, wurde eine repräsentative Stichprobe gezogen. Die Auswahl der Personen in der Stichprobe erfolgte zufällig durch ein mehrstufig geschichtetes Verfahren, sodass jedes Element der Grundgesamtheit dieselbe Chance hatte, in die Stichprobe zu gelangen. Die Daten der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023 wurden vom 19. Juni bis 23. Juli 2023 erhoben. Befragt wurden 2.211 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger. Die Interviews dauerten im Mittel 57 Minuten und die Ausschöpfungsquote lag bei 53 Prozent. Die Teilnahme ist grundsätzlich freiwillig, anonym und wird nicht vergütet. Die erhobenen Daten wurden durch das Umfrageinstitut im Anschluss an die Erhebung nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bildung und Ortsgröße gewichtet, um die realisierte Stichprobe der demografischen Struktur der Grundgesamtheit anzupassen. Nach Aufbereitung der erhobenen Daten durch die Ipsos GmbH erhielt das ZMSBw am 31. Juli 2023 den Datensatz, der Grundlage der vorstehenden Auswertungen ist.

Tabelle 13.1: Angaben zur ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023

Erhebungsmethode	Computergestützte persönliche Interviews (CAPI)
Erhebungszeitraum	19.06.2023 bis 23.07.2023
Grundgesamtheit	Personen ab 16 Jahren, die in Privathaushalten in der Bundesrepublik Deutschland leben
Stichprobe	Repräsentative, mehrfach geschichtete Zufallsstichprobe nach dem Random-Route Verfahren
Fallzahl	2.211 Nettointerviews
Fragebogenlänge	57 Minuten (Durchschnitt)
Eingesetzte Interviewer	324
Ausschöpfungsquote	53 Prozent

Qualitätssicherung

Ein wesentliches Merkmal der Qualitätssicherung ist die Vorgabe, dass das beauftragte Meinungsforschungsinstitut über unabhängige ISO-Zertifizierungen nach ISO 9001 und ISO 20252 (internationale Qualitätsstandards in der Markt-, Meinungs- und Sozialforschung) verfügen muss. Mit diesen Zertifizierungen werden die Qualitätsstandards und Prozesse transparent und regelmäßig von unabhängigen Stellen überprüft. Darüber hinaus müssen die beauftragten Befragungsinstitute die Einhaltung der berufsständischen Qualitätskriterien gewährleisten, wie sie vom Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V. (ADM), der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. (ASI) und der Deutschen Gesellschaft für Online-Forschung e.V. (DGOF) verabschiedet wurden. Insbesondere schließt dies die „Standards zur Qualitätssicherung in der Markt- und Sozialforschung“ ein, die vom ADM, der ASI und vom Berufsverband Deutscher Markt- und Sozialforscher e.V. herausgegeben wurden. Im Zuge der Qualitäts-

sicherung wurde der Fragebogen einem Pretest unterzogen, um Fehler in der Programmierung und mögliche Verständnisprobleme seitens der Befragten zu identifizieren. Der Pretest umfasste 162 Interviews, die vom 5. bis 11. Juni 2023 unter realen Feldbedingungen stattfanden, d.h. die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden zufällig in ganz Deutschland ausgewählt und beantworteten die Fragen in einem computergestützten persönlichen Interview (CAPI) in ihrem Haushalt. Infolge des Pretests ergab sich am Fragebogen kein inhaltlicher Veränderungsbedarf. Um die durchschnittliche Dauer der Interviews auf eine Stunde zu begrenzen, wurden mehrere Splits in den Fragebogen eingebaut, d.h. bestimmte Fragen oder Fragebatterien wurden nur der Hälfte der Befragten gestellt (Split-Half).

Vergleichbarkeit von Umfrageergebnissen

Oft werden in und von den Medien Zahlen oder Prozentangaben verschiedener Umfragestudien zum gleichen Thema wiedergegeben, die sich mitunter widersprechen. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Abweichende oder widersprüchliche Ergebnisse unterschiedlicher Befragungsstudien können sich unter anderem durch Unterschiede in den folgenden Faktoren ergeben:

- Befragungszeitraum;
- Erhebungsmodus (CAPI, CATI, mixed mode);
- Art der Stichprobe (Zufalls-, Quoten-, Convenience-Stichprobe);
- Stichprobengröße und Stichprobenfehler;
- Grundgesamtheit, auf die die Stichprobe bezogen wird;
- Frageformulierungen;
- Anzahl und Formulierung der Antwortskalen und -optionen;
- Reihenfolge der Fragen und Themen im Fragebogen.

Aus den genannten Gründen könnten die Forschungsergebnisse des ZMSBw zum sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland von den Ergebnissen anderer Studien zu ähnlichen Themen abweichen.

Erhebung der Variable Geschlecht

Das Geschlecht der Teilnehmenden wurde mit der folgenden Frage erfasst: „Welches Geschlecht haben Sie?“. Als Antwortoptionen wurden angeboten: männlich, weiblich und divers. Die Antwortoption „divers“ wurde von keiner der teilnehmenden Personen ausgewählt. Auswertungen nach Geschlecht beschränken sich deshalb auf die Analysekategorien „männlich“ und „weiblich“ bzw. „Männer“ und „Frauen“.

Der vorliegende Bericht präsentiert die Ergebnisse der ZMSBw-Bevölkerungsbefragung 2023. Zentrale Themen sind das Sicherheitsgefühl und die Bedrohungswahrnehmungen der Bürgerinnen und Bürger sowie deren außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Einstellungen. Die öffentliche Wahrnehmung, die Arbeitgeberattraktivität sowie die gesellschaftliche Akzeptanz der Bundeswehr und ihrer Aufgaben und Einsätze sind weitere Themenbereiche.

Dr. Timo Graf, Forschungsbereich Militärsoziologie, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam.